



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Land Grabbing“ als Entwicklungschance?

Eine Analyse der entwicklungspolitischen Diskurse zum
wachsenden Interesse an großen Agrarflächen in Afrika

Verfasser

Clemens Pöschko

angestrebter akademischer Grad

Magister der Naturwissenschaften (Mag. rer. nat.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 344 456

Studienrichtung lt. Studienblatt:

190 Lehramtsstudium

344 Unterrichtsfach Englisch

456 Unterrichtsfach Geographie und Wirtschaftskunde

Betreuerin:

Ass.-Prof. Mag. Dr. Elisabeth Aufhauser

Danksagung

Die vorliegende Arbeit ist nur das Produkt eines von mir gegangenen längeren Weges. Es ist Teil des Abschlusses meines Studiums und somit wesentlich mehr als die rund 130 bedruckten Seiten. Ich habe die letzten Jahre äußerst genossen, hatte Zeit und Mut in- und außerhalb des Studiums vieles auszuprobieren und mich selbst ein Stück näher kennen zu lernen. Einen solchen Weg will man mit Menschen gehen die das Leben bereichern. Somit danke ich vielen großartigen Menschen die – manche kürzer, manche länger– mich begleitet haben. Ich danke FreundInnen, Bekannten, Verwandten, KollegInnen, MitbewohnerInnen, Reisebekanntschaften, LehrerInnen, ProfessorInnen und vielen weiteren Menschen die sich in keiner Kategorie wiederfinden.

Besonderer Dank gilt meinen Eltern für ihre Unterstützung in vielerlei Hinsicht. Es gibt mir Sicherheit von diesen zwei für mich bedeutenden Menschen unterstützt und in meinem Tun bekräftigt zu werden.

Mein Dank gilt auch meiner Diplomarbeitbetreuerin Frau Ass.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elisabeth Aufhauser. Sie hat mich über den langen Zeitraum der Diplomarbeitsphase begleitet, gab mir ausführliches und nötiges Feedback und half mir so auch stolz zu sein auf die vorliegende Arbeit.

Erklärung

Hiermit versichere ich,

1. dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
2. dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
3. und dass diese Arbeit mit der von der Begutachterin beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Clemens Pöschko

Wien, 17.02.2014

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Forschungsfragen	4
3. Inhaltliche Grundlagen und Theorien	9
3.1. Entwicklungstheorien und die Geographie.....	9
3.1.1. Wachstums- und Modernisierungstheorien	10
3.1.2. Dependenztheorien	14
3.1.3. Ende der großen Theorien	20
3.2. Forschungsstand zu „Land Grabbing“	30
3.2.1. Ursachen.....	31
3.2.2. Ausmaß	35
3.2.3. AkteurlInnen	41
4. Forschungsmethode.....	43
4.1. Diskurs und Diskursanalyse.....	43
4.2. Diskursanalyse in der Geographie	46
4.3. Forschungsdesign.....	49
4.4. Analyseschema.....	52
4.4.1. Kurze Erschließung des Diskurses und Diskurskontextes, knappe Charakterisierung der Diskursebene	52
4.4.2. Gewinnung und Aufbereitung des Materialkorpus	53
4.4.3. Strukturanalyse	56
4.4.4. Feinanalyse	57
4.4.5. Überprüfung der Ergebnisse durch die Argumentationsanalyse nach TOULMIN (1958).....	59
4.4.6. Synoptische Gesamtanalyse im Sinne der Gesamtreflexion	61
4.4.7. Beantwortung der Forschungsfragen	62
5. Forschungsergebnisse	63
5.1. Ergebnisse der Strukturanalyse	64
5.2. Ergebnisse der Feinanalyse	70
5.2.1. Feinanalyse von Text No. 1: De Schutter 2009	70
5.2.2. Feinanalyse von Text No. 2: FAO et al. 2010	77
5.2.3. Feinanalyse von Text No. 3a und 3b: GCAR et al. 2010 und CECCAM et al. 2011	84
5.3. Überprüfung der Ergebnisse durch die Argumentationsanalyse	92
5.4. Synoptische Gesamtanalyse im Sinne der Gesamtreflexion	99

5.5. Beantwortung der Forschungsfragen	107
6. Fazit und Ausblick.....	113
7. Literaturverzeichnis	116
8. Anhang	122
8.1. Abbildungsverzeichnis.....	122
8.2. Abstract, deutsch.....	122
8.3. Abstract, englisch	123
8.4. Beispiele aus der Feinanalyse	124
8.4.1. Text No. 1: DE SCHUTTER 2009	124
8.4.2. Text No. 2: FAO et al. 2010	125
8.4.3. Text No. 3a: GCAR et al. 2010	126
8.5. Lebenslauf	127

Abkürzungsverzeichnis

FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (engl. Food and Agricultural Organization of the United Nations)
FDI	Auslandsdirektinvestitionen (engl. Foreign Direct Investment)
IFAD	Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (engl. International Fund for Agricultural Development)
NGO	Nichtregierungsorganisation (engl. Non-Governmental Organization)
RAI	Prinzipien für nachhaltiges landwirtschaftliches Investment welches die Rechte, Lebensgrundlagen und Ressourcen respektiert (engl. Principles for responsible agricultural investment that respects rights, livelihoods and resources)
SAP	Strukturanpassungsprogramme (engl. Structural Adjustment Program)
UN	Vereinte Nationen (engl. United Nations)
UNCTAD	Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (engl. United Nations Conference on Trade and Development)

1. Einleitung

Zwiebelkrise in Indien, neuer Wettlauf um Ressourcen in Afrika, Biotreibstoff statt Essen, Chinas Engagement in Afrika – Das sind nur einige mögliche Aspekte die alle auf eine Wiederentdeckung von Grund und Boden zu Beginn des 21.

Jahrhunderts hindeuten. Wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 etwas gelehrt hat, dann dass die Realwirtschaft verglichen mit der Finanzwirtschaft ein sicherer Hafen für Investitionen ist. Neben der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Lebensmittelpreiskrise, die Erdölkrise und die Klimakrise die Treiber des wachsenden Interesses an Land. Hinzu kommen neue AkteurInnen, Schwellenländer die den Anspruch auf Mitbestimmung und Bedeutung erheben und neue Mächtige am globalen Wirtschaftsmarkt. Mit der Suche nach neuen Anbauflächen veränderte sich die globale Landwirtschaft in den letzten Jahren. Diese Flächen liegen in Südostasien, Südamerika und Osteuropa, vor allem aber im Afrika südlich der Sahara. Dieser verlorene Teil der Erde ist noch immer der ärmste und ist am wenigsten entwickelt. Wie kann also landwirtschaftliche Entwicklungspolitik funktionieren zwischen Neokolonialismus, neuer globaler Agrarordnung und Anspruch auf Verbesserung der Lebensumstände? Eine Beantwortung dieser Frage ist wegen der hohen Aktualität und des großen Umfangs des Themas nur schwer möglich und ist nicht Ziel dieses Forschungsprojektes. Interessant ist allerdings von welchen Ansätzen und Argumentationen die AkteurInnen im Diskurs geleitet werden. Diese AkteurInnen versuchen ihre spezielle Konstruktion von Wahrheit zu vermitteln, ihre entwicklungspolitischen Ideologien zu verbreiten und ihre Macht sowohl zu festigen, als auch auszubauen.

Das wachsende Interesse an großen Agrarflächen vor allem in Afrika wird von den AkteurInnen mit unterschiedlichen Bezeichnungen benannt.

„Auslandsdirektinvestitionen in die Landwirtschaft“, „großstrukturliche Agrarinvestitionen“ und „verantwortungsvolles landwirtschaftliches Investment“ sind einige der Bezeichnungen für ein Phänomen das aus globalisierungs- und entwicklungskritischer Sicht gerne „Land Grabbing“ genannt wird. Das lässt sich mit „schnappen“, „greifen“ oder „grapschen“ nach Land oder einfach mit

„Landnahme“ übersetzten. „Land Grabbing“ hat daher eher eine negative Bedeutung und wird in Verbindung gebracht mit gewaltvollem Entreißen von Land. Diese Bezeichnung ist auch sehr bekannt und wird in den Medien verwendet. In diesem Forschungsprojekt wird ebenfalls diese nicht unproblematische Bezeichnung „Land Grabbing“ verwendet und genau wegen dieser erwähnten umstrittenen Bedeutung unter Anführungszeichen gesetzt. Dieses aktuelle Phänomen lässt sich damit am Besten ausdrücken und würde mit „Auslandsdirektinvestitionen“ nur unzureichend beschrieben werden.

Wenn es um Grund und Boden zusammen mit menschlichem Handeln geht, ist die Geographie als Disziplin immer gefordert. Denn wo es um Rauman eignung und Kampf um Raum geht, ist Geographie als fächerübergreifende Querschnittsdisziplin genau richtig. So kann geographische Entwicklungsforschung einen Beitrag leisten „Land Grabbing“ besser zu verstehen. Dabei liegt der räumliche Schwerpunkt auf dem am stärksten betroffenen Teil der Erde, nämlich Afrika südlich der Sahara. Doch „Land Grabbing“ ist längst ein globales Phänomen, also werden auch andere Regionen betrachtet.

Die unterschiedlichen entwicklungspolitischen Ansätze und Argumentationen rund um „Land Grabbing“ werden mithilfe der Diskursanalyse bearbeitet. Das dafür notwendige Forschungsdesign bezieht sich vor allem auf Siegfried JÄGER's Kritische Diskursanalyse (2004⁴), allerdings an das Forschungsprojekt angepasst. Damit lassen sich sprachlich-rhetorische und inhaltlich-ideologische Mittel offenlegen und einer Interpretation zuführen. Weil es aber unterschiedliche Wahrheiten gibt und somit nicht die „eine“ Wahrheit, können nur verschiedene Interpretationen angeboten und Deutungen vorgeschlagen werden. Die gewonnenen Ergebnisse sollen entsprechend dem Hinweis von JÄGER (2004⁴: 186) betrachtet werden: „Nicht dem Fetisch Objektivität im Sinne naturwissenschaftlicher Scheinobjektivität aufsitzen!“.

Nach diesem ersten und einleitenden Kapitel werden im Kapitel 2 die Forschungsfragen vorgestellt. Das beinhaltet die Klärung des Forschungsinteresses, die Darlegung der leitenden Forschungsfrage sowie der

zusätzlichen Unterfragen. Im darauf folgenden Kapitel werden die forschungsrelevanten inhaltlichen Grundlagen und Theorien erörtert (Kapitel 3 Inhaltliche Grundlagen und Theorien). Diskutiert wird der aktuelle Stand der Forschung zu Entwicklungstheorien und zu „Land Grabbing“. In Kapitel 4 (Forschungsmethode) werden forschungsrelevante Methoden und Annahmen diskutiert sowie deren Operationalisierung im vorliegenden Forschungsprojekt. Das beinhaltet Unterkapitel zur Diskurstheorie und der Diskursanalyse, zu der Diskursanalyse in der Geographie, zum Forschungsdesign und zum Analyseschema des vorliegenden Forschungsprojektes. Danach widmet sich das ausführlichste Kapitel den Ergebnissen der Forschung (Kapitel 5 Forschungsergebnisse). Das beinhaltet jeweils Unterkapitel zu Ergebnissen der Strukturanalyse (Kapitel 5.1) und der Feinanalyse (Kapitel 5.2). Anschließend werden exemplarisch diese Ergebnisse mit der Argumentationsanalyse überprüft und grafisch dargestellt (Kapitel 5.3). Es folgt eine zusammenfassende und vergleichende Gesamtanalyse der bisherigen Ergebnisse in Kapitel 5.4 (Synoptische Gesamtanalyse im Sinne der Gesamtreflexion). Nach dieser bereits ersten Zusammenfassung werden anschließend die Forschungsfragen konzentriert beantwortet (Kapitel 5.5 Beantwortung der Forschungsfragen). Abschließend wird ein Fazit gezogen und ein Ausblick gewagt (Kapitel 6 Fazit und Ausblick).

2. Forschungsfragen

Das wachsende Interesse an großen Agrarflächen v.a. in Afrika bietet viele Möglichkeiten für geographische Forschung. Die Thematik ist kontrovers, ideologisch aufgeladen und von stark unterschiedlichen Zugängen geprägt. Hinzu kommt, dass Zahlen und Fakten zu „Land Grabbing“ nur kaum oder in schlechter Qualität vorhanden sind. So ist etwa bereits die mediale Diskussion darüber von unterschiedlichen Meinungen und Machtpositionen der AkteurInnen gekennzeichnet. In diesem von divergierenden Absichten gekennzeichneten Diskurs, ist es eine Herausforderung die entwicklungspolitischen Ansätze erkennen und einordnen zu können. Der Fokus dieser Arbeit ist die Analyse eben dieser entwicklungspolitischen Diskurse zum wachsenden Interesse an großen Agrarflächen in Afrika. Es sollen Ansätze und Argumentationen der AkteurInnen offengelegt und deren ideologischer, entwicklungspolitischer und ökonomischer Hintergrund dargestellt werden. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den vorgegebenen und den tatsächlich verwendeten und angewendeten Ansätzen und Argumentationen. So scheint es durchaus möglich und intendiert, dass AkteurInnen eine gewisse Diskursposition, etwa wegen ihrer hohen sozialen Wünschbarkeit, zwar in ihren Texten oberflächlich propagieren, in den tatsächlichen Handlungen aber nach anderen Prinzipien vorgehen. Zu dieser Schwierigkeit mehr im Kapitel 4. Forschungsmethode. Unter AkteurInnen werden in Folge in dieser Arbeit entwicklungspolitische Organisationen bezeichnet die sich mit dem Thema „Land Grabbing“ befassen. Diese werden in Kapitel 4.4. Analyseschema näher bestimmt und sind, vereinfacht ausgedrückt, die HerausgeberInnen der vier Schlüsseltexte. Als leitende, sehr allgemeine und daher noch zu spezifizierende Forschungsfrage wurde folgende formuliert:

Welche entwicklungspolitischen Ansätze und Argumentationen kennzeichnen den Diskurs rund um Investitionen im Agribusiness in Afrika?

Die folgenden Unterfragen sollen detailliert das Forschungsinteresse beantworten:

- Wie wird im Diskurs die bisherige Entwicklung von „Land Grabbing“ in Afrika bewertet?

Eine Analyse der bisherigen Entwicklung soll klären, wie Auswirkungen von „Land Grabbing“ von den AkteurInnen bewertet werden sowie ob und wie es diese Auswirkungen überhaupt gibt. Diese Einschätzung kann, muss aber nicht, Ausgangspunkt für zukünftige Argumentationen der AkteurInnen sein. Die Ergebnisse sollen unterschiedliche Diskurspositionen, mögliche Gemeinsamkeiten und Überlappungen aufzeigen.

- Kann „Land Grabbing“ eine Entwicklungschance für Afrika sein? Wenn ja, zu welchen Bedingungen?

Hier interessiert die Argumentation der AkteurInnen ob und zu welchen Bedingungen „Land Grabbing“ überhaupt eine Entwicklungschance für Länder des Südens, hier im Detail für Afrika, sein kann. Das beginnt bereits bei der Definition des Phänomens, sprich ob die AkteurInnen den Begriff „Land Grabbing“ verwenden, von „Auslandsdirektinvestitionen in der Landwirtschaft“ sprechen oder sich auf „Kauf und Pacht von großen Landflächen“ beziehen. Die Ergebnisse sollen die entwicklungspolitische Positionierung der AkteurInnen aufzeigen sowie deren ideologischen, entwicklungstheoretischen und ökonomischen Hintergrund.

- Welche Auswirkungen können und sollen Investitionen auf lokaler Ebene haben?

Die Investitionen sind meist global gedacht und organisiert, gespürt und erlebt werden sie allerdings oft auf der Ebene der lokalen Bevölkerung. Die ist bei „Land Grabbing“ besonders betroffen, weil Arbeit in der Landwirtschaft die Existenzgrundlage von großen Teilen der ländlichen Bevölkerung Afrikas ist. Im Diskurs gibt es intendierte und nicht intendierte Auswirkungen auf der lokalen Ebene. Interessant für die folgende Arbeit ist der Umgang mit diesen Auswirkungen.

- Wie wird „Entwicklung“ überhaupt definiert und wie soll diese erreicht werden?

Hier wird die Vorstellung der AkteurInnen von Entwicklung analysiert und eine Einordnung in entwicklungstheoretische Ansätze versucht (siehe Kapitel 3.1 Entwicklungstheorien und die Geographie). Denn es gibt

divergierende Definitionen und Ansichten von Entwicklung und wie diese auf wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Ebene stattfinden soll. Neben der unterschiedlichen Definition der Ziele, gibt es auch verschiedene Maßnahmen diese Ziele zu erreichen.

- Wie ist die Rolle der AkteurInnen im entwicklungspolitischen Diskurs um „Land Grabbing“ zu bewerten?
Eine einfache Aufzählung der AkteurInnen scheint unmöglich, denn unzählige AkteurInnen sind im Diskurs vertreten. Dazu kommt, dass die AkteurInnen durch unterschiedliche Gründe bestimmte und vor allem unterschiedlich mächtige Machtpositionen haben. Die Forschungsfrage will diese Machtverhältnisse aufzeigen sowie dominierende und marginalisierte AkteurInnen nennen.
- Welche wünschenswerten und nicht wünschenswerten Normen von Entwicklung für Afrika werden verwendet bzw. konstruiert?
JedeR AkteurIn hat gewisse Vorstellungen von Wahrheit, Ordnung und Normalität der Entwicklung Afrikas. Diese Vorstellungen leiten die Handlungen und manifestieren sich in auch in der verwendeten Sprache. Eine Offenlegung dieser Normen wird zeigen, welche wünschenswerten und nicht wünschenswerten Vorstellungen von Entwicklung im Diskurs vorhanden sind.

Gewisse Annahmen und Voraussetzungen leiten wohl jegliches menschliche Denken und Handeln. So leiten auch gewisse Annahmen die Entwicklungspolitik. Das fängt bereits bei der Definition von Entwicklung an, darunter wird alltäglich wohl ein Prozess des wirtschaftlichen Aufschwungs verstanden. Doch bereits diese Ausrichtung auf wirtschaftliche Entwicklung ist umstritten, beachtet etwa soziale und ökologische Gesichtspunkte nicht und zeigt, dass der gewählte Schwerpunkt auf Ökonomie und auf Messung mittels ökonomischer Maßzahlen liegt (etwa Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, Höhe der Auslandsdirektinvestitionen). Dabei werden andere, alternative und vielleicht auch konkurrierende Annahmen zur Entwicklungspolitik nicht beachtet, eventuell sogar bewusst missachtet. Genau dieses Feld der Beachtung und Missachtung im

Diskurs rund um Entwicklungspolitik in Afrika interessiert. Das Thema „Land Grabbing“ in Afrika ist ein Phänomen der letzten Jahre, dadurch kaum in Strukturen, Organisationen und Maßnahmen der üblichen Entwicklungspolitik eingeordnet und höchst umstritten. Es scheint, als ob es raschen und großflächigen Kauf und Pacht von Land in Afrika gibt und dies passiert vorbei an üblichen Institutionen (etwa den Vereinten Nationen) und durch neue AkteurInnen (etwa die Golfstaaten und einige asiatische Schwellenländer). Bei einem so heiklen Thema interessieren die Aushandlungsprozesse, die Interessen und Machtpositionen welche im Diskurs vorhanden sind.

Die entwicklungspolitischen Diskurse rund um „Land Grabbing“ sind, wie erwähnt, höchst aktuell. Daher ist eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema sowohl interessant und nötig, als auch von wissenschaftlichem Wert. Denn die oft unübersichtlichen Ereignisse, Stellungnahmen, Medienberichte und Artikel sollen durch diese Arbeit, durch die gewählte Forschungsfrage und -methode aufgearbeitet werden. Dieser detaillierte Blick auf den herrschenden Diskurs soll entwicklungspolitische Ansätze und Argumentationen des Diskurses offenlegen und einen „status quo“ bestimmen. Damit soll die Thematik in der Wirtschaftsgeographie und in der Geographischen Entwicklungsforschung einen Platz bekommen. Das kann und soll Ausgangspunkt für weitere geographische Forschung sein.

Neben dem wissenschaftlichen Wert soll die praktische Relevanz beim Verstehen von „Land Grabbing“ und den Hintergründen liegen. Konkret kann das beispielsweise auch im Geographie und Wirtschaftskundeunterricht verwendet werden. Es könnten Zeitungsartikeln bearbeitet werden in denen unterschiedliche entwicklungspolitische Standpunkte vorkommen. Damit kann man auf entwicklungspolitische Hintergründe und Ideologien der AkteurInnen schließen. Das kann ein guter Einstieg in das Thema Entwicklung in der 4. Klasse AHS Unterstufe zu „Zentren und Peripherien in der Weltwirtschaft“ sein. Vertiefend bearbeitet werden kann es in der 8. Klasse AHS Oberstufe zu „Politische und ökonomische Systeme im Vergleich“.

Zu den Forschungsfragen und dem Forschungsinteresse wird im Kapitel 4 die zur

Bearbeitung passende Forschungsmethode beschrieben. Vorher gibt das dritte Kapitel einen Überblick über forschungsrelevante inhaltliche Grundlagen und Theorien zu Entwicklungstheorien und zu „Land Grabbing“.

3. Inhaltliche Grundlagen und Theorien

In diesem Kapitel werden für das Forschungsprojekt maßgebliche inhaltliche Grundlagen und Theorien erörtert. Das sind auf der einen Seite Entwicklungstheorien (Kapitel 3.1 Entwicklungstheorien und die Geographie) und auf der anderen Seite der Forschungsstand zu „Land Grabbing“. Beim Forschungsstand zu „Land Grabbing“ (Kapitel 3.2) ist auf die hohe Aktualität des Themas generell hinzuweisen und daher sind die Zahlen und Fakten mit Vorsicht zu genießen. Soweit möglich, wurden aktuelle Daten verwendet.

3.1. Entwicklungstheorien und die Geographie

Damit die entwicklungspolitischen Diskurse überhaupt interpretiert werden können, braucht es Wissen über Entwicklungstheorien. Diese in der Entwicklungsforschung aufgestellten Theorien sollen erklären was Entwicklung überhaupt ist, wie Entwicklung bzw. Unterentwicklung zustande kommt und ob Entwicklung überhaupt erstrebenswert ist. Das ist bei weitem nicht unumstritten, denn beim letzten Aspekt gibt es spätestens seit den Post-Development Ansätzen Kritik an bestehenden und von Ländern des Nordens propagierten Konzepten von „Entwicklung“.

Dieses Kapitel versucht einen Überblick zu geben über die Vielfalt der Entwicklungstheorien, ist dabei aber bei weitem nicht vollständig. Zuerst werden die zwei großen Theorieschulen Modernisierungstheorie (Kapitel 3.1.1 Wachstums- und Modernisierungstheorien) und Dependenztheorie (Kapitel 3.1.2 Dependenztheorien) beschreiben, wobei die Modernisierungstheorie von der Wachstumstheorie ergänzt wird. Abseits dieser zwei großen Denkschulen werden die Grundbedürfnisstrategie, der Neoliberale Entwicklungsansatz und der Post-Development Ansatz (siehe 3.1.3 Ende der großen Theorien) diskutiert weil diese hilfreich und anwendbar für die Erklärung von „Land Grabbing“ sein können. Es werden Bezeichnungen verwendet, die in der jeweiligen Theorie auch verwendet werden (etwa „Entwicklungsländer“ oder „Länder des Südens“).

3.1.1. Wachstums- und Modernisierungstheorien

Die erste moderne Entwicklungstheorie und auch Grundlage für die spätere Modernisierungstheorie war die ökonomisch geprägte Wachstumstheorie. Dieser in den 1940er Jahren entstandene Ansatz basiert auf keynesianischen Ideen, verwirklicht etwa von Paul N. ROSENSTEIN-RODAN (2008 [1944]), dessen Artikel an dieser Stelle beschrieben wird (vgl. FISCHER et al. 2008: 26).

ROSENSTEIN-RODAN (2008 [1944]: 27-38) sah Westeuropa und Nordamerika als große Profiteure ihrer eigenen Wirtschaftspolitik und da vor allem der Industrialisierung. Der starke und eingreifende Staat sorgte für Generierung von hohem Einkommen und Reichtum, aber auch für dessen breite Verteilung in der Bevölkerung. In armen Ländern sieht er die grundlegenden Probleme bei einer zu hohen Bevölkerungsdichte und einem unproduktiven Agrarsektor. Dieser sei gekennzeichnet von unnötig vielen Arbeitskräften, rückständigen Anbaumethoden und damit einhergehenden schwankenden und geringen Erträgen. Die ärmeren Weltregionen konnten daher in dem Ausmaß nicht mithalten mit den reichen Ländern und so wurden die Unterschiede größer. In diesen Unterschieden lagen auch potentielle Probleme für die politische Stabilität, für Ordnung und Frieden von reichen Ländern begraben, weil die Menschen in armen Ländern sich benachteiligt fühlten. Als Lösung sieht er bessere Ausbildungsmöglichkeiten der ArbeiterInnen und vor allem eine Erhöhung der Produktivität. Beides erfordere allerdings in den armen Ländern nicht vorhandenes Kapital. Wenn dieses Kapital im Inland gespart wird, ist eine rasche kapitalintensive Industrialisierung in vielen Wirtschaftsbereichen allerdings nicht möglich. Anders ausgedrückt: Arme und wirtschaftliche rückständige Ländern können sich nicht selbst entwickeln. Der wissenschaftliche Hintergrund bildet die Theorie der unzureichenden Sparfähigkeit von armen Ländern von SINGER, MYRDAL und NURKSE (vgl. KOLLAND 2006²: 84). Die einzig wirkliche Lösung sei daher Investition aus dem Ausland um die Industrialisierung in allen Wirtschaftssektoren voranzutreiben und somit Wohlstandsvermehrung zu ermöglichen.

Diese erste Konzeption von der Wachstumstheorie als Entwicklungstheorie zeigt einen aktiven und im Ausland investierenden Staat, der durch einen

industrialisierenden „big push“ gleichmäßiges Wachstum für wirtschaftlich rückständige Länder schafft (vgl. FISCHER et al. 2008: 26). Diese Industrialisierung in vielen Wirtschaftssektoren wurde auch kritisiert, weil sie nicht auf lokale, möglicherweise durch komparative Kostenvorteile begünstigte Gegebenheiten in den armen Ländern setzt, sondern versucht ein universelles Modell schafft (vgl. ebd.: 90).

An die stark ökonomisch argumentierenden Ansätze der Wachstumstheorie setzt in den 1950er Jahren die ähnliche Modernisierungstheorie an. Die ökonomische Rückständigkeit von armen Ländern wird zudem erweitert auf gesellschaftliche, politische, kulturelle und eben ökonomische Rückständigkeit. Wie schon bei der Wachstumstheorie erklärt auch die Modernisierungstheorie interne und somit endogene Strukturen als Grund für die Unterentwicklung eines Staates. (vgl. SCHOLZ 2004: 81; GEBHARDT et al. 2011²: 747)

Gründe für Rückständigkeit sind auch „[...] Traditionalität, Traditionelle Verhaltensmuster (z. B. mangelnde Innovationsfähigkeit), traditionelle sozio-kulturelle Strukturen (z. B. das indische Kastenwesen mit seinen fehlenden sozialen Aufstiegschancen und traditionelle Wirtschafts- sowie Raumstrukturen [...]“ (GEBHARDT et al. 2011²: 747). Somit werden ökonomische mit gesellschaftlichen Merkmalen verknüpft und damit argumentiert, dass gewisse traditionelle Strukturen in den armen Ländern die Entwicklung nach Vorbild der reichen Länder behindern: „Ökonomischer Stillstand war aus dieser Sicht selbstverschuldet und beruhte immer auf einem Zuwenig: an Motivation, an Bildung, an Rationalität, an Demokratie, an Kapital“ (FISCHER et al. 2006b²: 35). Als Vorbild gelten nach der Modernisierungstheorie die industrialisierten westlichen Länder deren Gesellschaften den Prämissen der selbst definierten „Moderne“ folgen. Somit müssen die armen Länder Entwicklung „nachholen“ um auf den Entwicklungsstand von „entwickelten“ Ländern zu kommen. Diese Entwicklung soll durch externe, technische, wirtschaftliche und finanzielle Hilfe angeleitet werden um später auch gesellschaftliche Entwicklung nach westlicher Modernisierungslogik zu erreichen. Ziel ist somit die Imitation westlicher Industrienationen durch nachholende Entwicklung. (vgl. SCHOLZ 2004: 81f.)

Der ideologische Ursprung der Modernisierungstheorie ist nach KOLLAND (vgl. 2006²: 85f.) zu suchen bei der protestantischen Ethik von Max WEBER (siehe 1905) und der Systemtheorie Talcott PARSONS (siehe 1951). WEBER argumentierte, dass die kapitalistische Modernisierung ihren Ursprung in einer Bewusstseinsänderung hat. Diese sei verursacht durch eine Abkehr vom Jenseits, einer positiven Einstellung zur Berufsarbeit sowie zur Rationalität. Die Systemtheorie PARSONS soll gesellschaftliche Systeme beschreiben und sie besagt, dass Änderungen in einem gesellschaftlichen Bereich auch Änderungen in einem anderen Bereich erzeugen sollen. Diese vorerst nicht wirtschaftliche sondern gesellschaftliche Systemtheorie zeigt Gesellschaften auf einer Linie zwischen den zwei entgegengesetzten Polen „Traditionalität“ und „Modernität“, wobei das Ziel gesellschaftliche Entwicklung ist (vgl. KOLLAND 2006²: 85f.). Umgelegt auf Vorstellung von Wirtschaft bedeutet „Modernisierung [...] den Übergang von einer traditionellen, rückständigen und prinzipiell statischen Ordnung zu einer modernen, industrialisierten und grundsätzlich dynamischen Gesellschaft“ (KOLLAND 2006²: 86f.).

Eine, wenn auch hier sehr knappe, Zusammenfassung der wichtigsten Ansätze der Modernisierungstheorie kommt nicht ohne die Theorie der fünf Wachstumsstadien von Walt Whitman ROSTOW aus dem Jahr 1960 (2008 [1960]) aus. Wie auch bisher erwähnte Modernisierungsansätze sieht die Stadientheorie nicht nur ökonomische sondern auch gesellschaftliche Entwicklung als zentral an. Der Fokus liegt auf Wachstumsstadien (oder -stufen genannt) die am Weg von einer traditionellen hin zu einer modernen Gesellschaft der Reihe nach unbedingt durchlaufen werden müssen und nicht umgangen werden können. In jedem Stadium gibt es unterschiedliche Wirtschaftssektoren die jeweils maßgeblich bedeutend sind. Dieser Aspekt ist zugleich ein Unterschied zur Wachstumstheorie, die diese unterschiedliche Bedeutung der Wirtschaftssektoren nicht behandelt. (vgl. POTTER et al. 2004²: 89; KOLLAND 2006²: 88f.)

In ROSTOW's Wachstumsstadien (engl.: stages of economic growth) ist das erste Stadium die „traditionelle Gesellschaft“. Diese ist geprägt von Landwirtschaft die limitiert ist von Produktivitätsobergrenzen und auf Eigenversorgung ausgerichtet ist. Dieses Stadium ist gekennzeichnet von vormoderner Wissenschaft und

Technik und damit verbundener arbeitsintensiven Landwirtschaft. Hinzu kommt die streng vertikale Hierarchie der Gesellschaft. In dem darauf folgendem Stadium kommt es zu „Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg“. Vereinzelt private und öffentliche Investoren sind bereit Risiken einzugehen, wollen Profite machen und somit wirtschaftlichen Fortschritt ermöglichen. Die Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft ist begründet mit erstmaligen Fortschritten bei den Anbaumethoden. Damit kommt es auch zu Überschüssen, zu ersten Exporten und internationalem Handel. Diese Gesellschaft im Umbruch kommt „[...] nur langsam voran in einer Wirtschaft und Gesellschaft, die im Wesentlichen noch immer charakterisiert ist durch traditionelle, wenig produktive Methoden, durch die alte Sozialstruktur und ihre Werte [...]“ (ROSTOW 2008 [1960]: 44). In der dritten und wichtigsten Stufe folgt der endgültige „wirtschaftliche Aufstieg“ (engl.: take off). Begründet durch technologischen Fortschritt und folgendes kontinuierliches Wachstum, hohe Investitionen und steigende Produktivität in der Landwirtschaft. Die Industrien entwickeln sich prächtig, reinvestieren die erwirtschafteten Profite und expandieren. Gesellschaft und Politik entwickeln sich von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, „Wachstum wird ihr Normalzustand“ (ROSTOW 2008 [1960]: 45). Im anschließenden Stadium kommt es zur „Entwicklung zur Reife“, die Wirtschaft wächst stetig und die moderne Technik wird auf alle Bereiche ausgedehnt. Die hohen Investitionsraten übertreffen den Bevölkerungszuwachs, neue Industrien entstehen, alte Industrien sterben und der internationale Handel wird ausgebaut. Zudem entwickelt sich eine dynamische Gesellschaft welche Verhältnisse schafft „[...] die mit den Erfordernissen der modernen, effizienten Produktion in Einklang stehen; alte Werte und Institutionen werden gegen neue ausgetauscht oder so verändert, dass sie den Wachstumsprozess unterstützen, statt ihn aufzuhalten“ (ROSTOW 2008 [1960]: 47). Im fünften Stadium, dem „Zeitalter des hohen Massenkonsums“, findet wirtschaftliche Reifung der Konsumgüter und Dienstleistungen über die Grundbedürfnisse hinaus statt. Finanzielle Mittel und moderne Gesellschaften ermöglichen ein Sozialsystem, soziale Sicherheit und Massenkonsum. (vgl. ROSTOW 2008 [1960]: 40-50)

Der Unterschied zwischen der Wachstumstheorie nach ROSENSTEIN-RODAN und den vielfältigen Ansätzen der Modernisierungstheorie liegt also in einer

Verbreiterung der Ansätze in Richtung gesellschaftlichen Anspruch. Während die Wachstumstheorie ökonomische Entwicklung von externen Kapitalgebern als Entwicklungshilfe betrachtet, sind in der Modernisierungstheorie reiche Länder mit deren gesellschaftlichen Tugenden und Ordnungen zusätzlich zu der starken Wirtschaft Vorbild für die Entwicklung armer Länder.

Die Kritik an der Modernisierungstheorie wirft ihr vor die westliche Welt als alleiniges Vorbild zu nehmen und damit als westliches, normatives und ideologisch geprägtes Modell den angeblich einzigen Weg zur Modernisierung vorzugeben. Konkret wird der Modernisierungstheorie vorgeworfen ethnozentristisch zu sein, d.h. nur wirtschaftliche und gesellschaftliche Standards der entwickelten Länder des Nordens anzuerkennen. Umgekehrt werden arme Länder als unterentwickelt, traditionell und rückständig angesehen, immer im Vergleich zu den musterhaften Ländern des Nordens. Hinzu kommt eine Vorstellung von Rationalität die erneut auf einer Konzeption des Nordens von Trennung zwischen Zielen und Mitteln der Entwicklung basiert. Die Modernisierungstheorie, in den 1950er Jahre die bedeutendste Entwicklungstheorie, vernachlässigt eine differenzierte Betrachtung der armen Länder und geht von einer einzigen Definition von Entwicklung aus. (vgl. KOLLAND 2006²: 87)

Auch ROSTOW's Wachstumsstadientheorie ist umstritten, etwa wegen der modellhaft zu durchlaufenden Stadien. Die genauen Kriterien und Maßzahlen bei den Stadien, etwa die nötige Investitionstätigkeit, sind nicht definiert. Zu wenig geht das Modell auf Unterschiede zwischen den armen Ländern ein und zu stark nimmt die Stadientheorie westliche Länder als Vorbild. Es zeigt sich der ideologische und politische Hintergrund des Autors, ein bekennender Gegner des Kommunismus und ausgebildeter Historiker und Ökonom. Seine Ideen manifestierten sich maßgeblich in der US-amerikanischen Entwicklungs- und Außenpolitik der 1960er Jahre. (vgl. KOLLAND 2006²: 89; FISCHER et al. 2008: 39)

3.1.2. Dependenztheorien

Die zweite große Entwicklungstheorie neben der Modernisierungstheorie ist die

Dependenz- oder Abhängigkeitstheorie. Die Ansätze der Dependenztheorie haben gemeinsam „[...] ihre Fokussierung auf externe Entwicklungsfaktoren und damit verbunden ihre mehr oder weniger stark ausgeprägte Skepsis, ob Entwicklung unter den bestehenden weltwirtschaftlichen Bedingungen möglich sei“ (FISCHER et al. 2008: 19). Dependenzansätze interessieren sich also für externe, also von anderen Räumen kommende, Entwicklungsfaktoren, ganz im Gegensatz zu endogenen Faktoren die bei der Modernisierungstheorie im Fokus sind.

Dependenzansätze kamen Mitte der 1960er Jahre auf und zu ihrer Entstehung muss man die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bedingungen zu dieser Zeit beachten. Die Studentenrevolte 1968 polarisierten in der Gesellschaft, dazu kamen der Ölpreisschock und die Asienkriege der US-Amerikaner. Arme Länder wurden in den Jahren davor nicht reicher, die Versprechungen der Modernisierungstheorien schienen gebrochen und die Entwicklungsdebatte wurde radikalisiert. Das wirtschaftliche Aufholen der armen Länder war so einfach wie theoretisch gedacht nicht möglich. (vgl. POTTER et al. 2004²: 106f.; FISCHER et al. 2006b²: 36)

Die Abkehr von bisherigen Paradigmen der Entwicklungstheorie vollzog sich erstmals von den armen Ländern ausgehend. Obwohl die europäischen und US-amerikanischen Ansätze (wie der unten beschriebene von A.G. FRANK) auch bedeutend waren (vgl. POTTER et al. 2004²: 107), kamen einige Vertreter der Dependenzansätze aus Indien, Afrika und vor allem aus Lateinamerika (vgl. FISCHER et al. 2006b²: 37). Dort formierte sich Widerstand gegen die bekannten und eurozentristischen Entwicklungstheorien und es wurde Entwicklung aus Perspektive der armen Länder betrachtet. „Wichtige Fragenkomplexe, mit denen sich die Autoren beschäftigten, waren der Kolonialismus und die durch ihn geformten Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen, weiters die zu Lasten der Dritten Welt strukturierte internationale Arbeitsteilung sowie die Rolle des Auslandskapitals und der multinationalen Konzerne [...]“ (FISCHER et al. 2006b²: 37).

Im Unterschied zur Modernisierungstheorie werden in den Ansätzen der Dependenztheorie nicht eigene, endogene Entwicklungsmängel der Länder als Ursache für Unterentwicklung gesehen, sondern externe Faktoren thematisiert,

durch die Unterentwicklung zustande gekommen ist. Externe Faktoren wie beispielsweise Kolonialismus und internationaler Handel sorgen für Abhängigkeiten zwischen armen und reichen Ländern zulasten der ausgebeuteten, rohstoffproduzierenden und kapitalschwachen armen Länder. (vgl. KOLLAND 2006²: 93)

Diese ungleichen Handelsbedingungen oder anders ausgedrückt die Verschlechterung der „terms of trade“ sorgen für die Aufteilung der Weltwirtschaft in Zentren und Peripherien. Während in den Zentren die Macht und technologische Führerschaft, etwa der wissensbasierten Industrie, sitzt, kommt den Peripherien die Rolle der Rohstofflieferanten zu. Diese Ungleichheit sorgt dafür, dass die armen Länder Rohstoffe unverarbeitet exportieren und von reichen Ländern die weiterverarbeiteten und teuren Industrieprodukte importieren müssen. Das daraus entwickelte „Zentrum-Peripherie-Modell“ gilt als theoretische Grundlage für die Ansätze der Dependenztheorien. (vgl. POTTER et al. 2004²: 108; KOLLAND 2006²: 93; siehe PREBISCH 2008 [1964])

Die Dependenztheorie ist stark beeinflusst von Andre Gunder FRANK's Werk. Sein Artikel „Die Entwicklung der Unterentwicklung“ (FRANK 2008 [1966]) gibt bereits im Titel seine von ihm vertretene Position von Entwicklungstheorie wieder. Sie besagt: „[...] development and underdevelopment are opposite sides of the same coin, and that both are the necessary outcome and manifestations of the contradictions of the capitalist system of development“ (POTTER et al. 2004²: 109). Das bedeutet also, dass Unterentwicklung eine direkte Folge der Eingliederung von Entwicklungsländern in das kapitalistische System der entwickelten und reichen Länder ist. Erneut ist die Ablehnung von endogenen Faktoren als Begründung von Entwicklung bzw. Unterentwicklung erkennbar. Denn externe Faktoren, hier die Teilnahme am weltweiten Kapitalismus, werden zur Erklärung von Unterentwicklung bemüht (vgl. POTTER et al. 2004²: 108-111). FRANK's marxistische und antikapitalistische Ansätze bekamen auch deshalb so viel Aufmerksamkeit, weil er radikal gegen dominierende Modernisierungstheorien schrieb und durchaus provokant seine Thesen präsentierte (vgl. FISCHER et al. 2008: 147).

Die Argumentation von FRANK muss an dieser Stelle detaillierter erklärt werden, um dependenztheoretische Ansätze und ihre politischen Implikationen verstehen zu können. Bisherige Entwicklungstheorien entsprechen den Entwicklungsgeschichten und -erfahrungen der Länder des Nordens bzw. der reichen Länder. Den historischen und von Kolonialismus geprägten Ursachen für Unterentwicklung in den armen Ländern wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Daraus entsteht nach FRANK eine einseitige und falsche Vorstellung von Entwicklung und Unterentwicklung, sowie von den ökonomischen Bedingungen der kapitalistischen Beziehung zwischen reichen Metropolen und armen Satelliten. FRANK's Argumentation folgend ist es nicht möglich, dass unterentwickelte Länder einfach dem Vorbild der entwickelten Länder folgen müssen um auf denselben Entwicklungsstand zu kommen. (vgl. FRANK 2008 [1966]: 148f.)

Das ist der Ursprung des Metropolen-Satelliten-Modells welches zeigen soll, „[...] dass die heutige Unterentwicklung zu einem großen Teil aus vergangenen und andauernden wirtschaftlichen und anderen Beziehungen zwischen den unterentwickelten Satelliten und den nunmehr entwickelten metropolitanen Ländern entstanden ist“ (FRANK 2008 [1966]: 149). Die Profite bzw. Überschüsse in den unterentwickelten Ländern werden durch Satelliten in diesen Ländern in die reichen Metropolen im Ausland transferiert. Die nationalen Satelliten in den armen Ländern beuten ihre hierarchisch untergeordneten lokalen und regionalen Satelliten aus und sorgen so für den Aufbau einer kapitalistischen Struktur innerhalb eines Landes. Gewissermaßen fungieren diese Satelliten als „Handlanger“ oder „Partner“ der Metropolen, ohne jedoch je die Möglichkeit zum Aufstieg zu einer Metropole zu haben. (vgl. FRANK 2008 [1966]: 152, 156)

Die enge Beziehung zwischen ausgebeuteten Satellit und ausbeutende Metropole ist für die unterentwickelten Länder eine einseitige und beschränkende Beziehung mit großen Nachteilen für die Satelliten. Vereinfacht ausgedrückt ist die Unterentwicklung umso höher je enger die Beziehung zwischen unterentwickelten und entwickelten Ländern ist. Bei Abbruch dieser Beziehung und Austritt aus dem kapitalistischen System kommt es nach FRANK zu starker Entwicklung in den unterentwickelten Ländern weil es den Ausbeuter in der Metropole nicht mehr gibt. (vgl. FRANK 2008 [1966]: 157f.)

Die letzte Hypothese, wonach nur ein Abbruch der Beziehungen mit den kapitalistischen Metropolen für eigentliche Entwicklung sorgen würde, weist hin auf die marxistische Position des Satelliten-Metropolen-Modells und der dazugehörigen Theorie von FRANK. Sie geht über rein ökonomische Aspekte hinaus und zielt auf eine holistische Betrachtung der unterentwickelten Gesellschaft ab. Das beinhaltet auch eine Kritik an den Eliten in den unterentwickelten Gesellschaften und fordert eine sozialistische Revolution um die Abhängigkeit (Dependenz) von den kapitalistischen Metropolen zu beenden. (vgl. KOLLAND 2006²: 94)

Die kapitalismuskritische Weltsystemtheorie von Immanuel WALLERSTEIN passt am ehesten noch zu den Ansätzen der Dependenztheorie: „Sowohl in seiner politischen – antikapitalistischen – Grundhaltung, die ihn als Teil der westlichen 68er-Linken ausweist, als auch in etlichen seiner Konzepte (Zentrum-Peripherie, ungleicher Tausch [Anm.: siehe oben zu beiden Konzepten]) zeigt sich seine Nähe zur Dependenztheorie“ (FISCHER et al. 2008: 168). Der bedeutendste Unterschied zu anderen Ansätzen der Dependenztheorie und zugleich die Kritik daran ist seine Überzeugung an eine Dreiteilung der Welt. Während bisher an einer Zweiteilung (etwa Zentrum-Peripherie oder Metropolen-Satelliten) festgehalten wurde, beschreibt WALLERSTEIN eine Semi-Peripherie im dreiteiligen Weltsystemmodell zwischen Zentrum und Peripherie. Die Semi-Peripherie ist höchst wettbewerbsorientiert und ambitioniert und möchte durch industrielle Produktion auch zum Zentrum werden. Allerdings ist es auch möglich zur Peripherie abzustiegen, es gibt also Zeitperioden des Wachstums, des Abschwungs und der Krise. Damit bricht die Weltsystemtheorie mit der Annahme, dass Entwicklung auf externe Gründe zurückzuführen ist und argumentiert für eine komplexere Begründung durch sowohl externe, als auch interne Faktoren. Eine vergleichbare Bezeichnung für Semi-Peripherie ist der Begriff der „Schwellenländer“. (vgl. POTTER et al. 2004²: 111f.)

WALLERSTEIN's Weltsystemanalyse zeigt bereits erste Züge einer Kritik wonach die Dependenztheorie zu vereinfachend und zu wenig komplex auf die Gegebenheiten und Herausforderungen der Entwicklungsdebatte reagiert. Die

Dependenzansätze stehen als Reaktion auf die damaligen klassischen Wirtschaftstheorien oppositionell zu den Modernisierungstheorien. Diese beiden großen Denkschulen stehen konträr gegenüber, erklären sich auch durch diese ideologisch-gegnerische Stellung und im ersten Schritt nicht durch selbstständige empirische Begründung.

Eine weitere Kritik besagt, dass es eine unzureichende Aussage ist, den reichen Ländern die komplette und alleinige Schuld für die Armut und Unterentwicklung in Entwicklungsländern zu geben. Dieser Kritik folgend ist die Entwicklung in den reichen Ländern „[...] vor allem auf die innere Entwicklung, die innere Aneignung von Mehrwert zurückzuführen und [stammt] weniger aus der Ausbeutung der Peripherien“ (KOLLAND 2006²: 97f.).

Zudem werden bei der Begründung von Unterentwicklung durch rein externe Faktoren (wie etwa die Verschlechterung der „terms of trade“ durch die asymmetrische Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie) oft nur die Beziehungen zwischen zwei Ländern betrachtet, nicht aber die innerstaatlichen Beziehungen. Das beinhaltet nationale und lokale Ausbeutungs-, Abhängigkeits- und Machtverhältnisse die dazu führen, dass Menschen behindert werden an Entwicklung teilzuhaben. Das können korrupte Machteliten, politische Systeme, Traditionalität und strikte soziale Hierarchien sein. (vgl. KOLLAND 2006²: 98)

Eine Forderung der Dependenztheorie besagt, dass Abkoppelung vom kapitalistischen Wirtschaftssystem, etwa durch importsubstituierende Industrie oder Zollbarrieren, nötig ist um Entwicklung zu ermöglichen. Gegen diese einfache These sprechen wirtschaftlich in den letzten 20 Jahren erfolgreich gewordene Staaten wie Thailand, Südkorea, Indien und China. Ökonomische Abkoppelung scheint in Zeiten der Globalisierung fast unmöglich und auch für die wenigen verbliebenen und sich abkoppelnden Länder wie etwa Kuba und Nordkorea nicht ökonomisch förderlich. (vgl. POTTER et al. 2004²: 111; SCHOLZ 2004: 85)

Die Dependenzansätze lassen sich aus der Geschichte heraus erklären bzw. besser verstehen. Entstanden sind sie in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg die geprägt war vom kalten Krieg, der politischen Zweiteilung in westlich und

kommunistisch orientierte Staaten. Hinzu kommt ein Fehlen der modernen Kommunikationsmethoden, ein nicht vollständig ausgeprägtes Verständnis für die Pluralität der Welt und einem damit einhergehenden Dualismus. Die meisten der neueren Entwicklungstheorien gehen auf Umbrüche in der Zeit ein und rufen ein Ende der großen Theorien aus.

3.1.3. Ende der großen Theorien

Die zwei bisher vorgestellten Denkschulen der modernen klassischen Entwicklungstheorie lassen sich einigermaßen klar trennen zwischen Modernisierungs- und Dependenzansätzen. Ab Mitte der 1970er Jahre wurde allerdings immer deutlicher, dass diese Ansätze zu wenig Erklärungsmöglichkeit für die Phänomene und Herausforderungen der aktuellen Entwicklungsdebatte bieten. Sowohl die geringen und wenig messbaren Erfolge von Entwicklungspolitik, als auch die beschränkte Erklärungskraft der vorhandenen Entwicklungstheorien führte zum Ausrufen des Endes der großen Theorien. (vgl. GEBHARDT et al. 2011²: 748)

An dieser Stelle werden drei Entwicklungstheorien diskutiert die als „Alternative Ansätze“ gelten (vgl. POTTER et al. 2004²: 83) und „[...] einen weniger umfassenden Erklärungsanspruch als die 'großen Theorien' (Modernisierungs- und Dependenztheorien) [erheben]“ (FISCHER et al. 2008: 20). „Vielmehr stellten sie deren Auswirkung auf Wachstum und Individualisierung fundamental in Frage, kritisieren den ihnen zu Grunde liegenden Eurozentrismus und verweisen auf die Schattenseiten dieser sogenannten Entwicklung [...]“ (ebd.). Das sind die Grundbedürfnisstrategie, der Neoliberale Entwicklungsansatz und der Post-Development Ansatz.

Mitte der 1970er Jahre war die Reaktion auf die unzureichenden realen Erfolge in den armen Ländern der Welt die Grundbedürfnisstrategie, gewissermaßen „[...] das Eingeständnis, dass eine nachholende Industrialisierung nach westlichem Muster und das Rostow'sche 'Stadium des Massenkonsums' für die Peripherie immer unerreichbarer [erscheint] und es mittlerweile nur noch um die

Durchsetzung absoluter Mindeststandards [geht]“ (FISCHER et al. 2006b²: 38). Entsprechend dessen Ansatz soll das Erreichen von den grundlegenden menschlichen, sowohl materiellen als auch immateriellen, Bedürfnissen sein. Damit befasst sich dieser Ansatz mit der kleinsten Ebene, dem Menschen an sich, und nicht mit einer höheren Ebene, wie der Gesellschaft. Dementsprechend positiv war die Reaktion von Entwicklungshilfe-Organisationen auf diese „Strategie von unten“ oder „bottom up strategy“. (vgl. ebd.; SCHOLZ 2004: 213)

Die Grundbedürfnisstrategie hat ihren Ursprung bei Lateinamerikanischen Theoretikern, die 1976 auf der Weltbeschäftigungskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation der UN (ILO) ihre Ideen dazu vorstellten. Als ökonomische Begründung konnte argumentiert werden, dass die Vergangenheit gezeigt hat, dass Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern einher ging mit Zunahme der Armut. Wirtschaftliche Entwicklung hatte also nicht geholfen bei der Bekämpfung der Armut, denn es kam nicht einmal zur Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse. Das erste und wichtigste Ziel muss nach der Grundbedürfnisstrategie die Befriedigung der Existenzbedürfnisse Nahrung, Kleidung und Unterkunft sein, aber auch der Kampf gegen Krankheiten. Die Grundbedürfnisstrategie wurde von einer Reihe internationaler Organisationen unterstützt, wie etwa der ILO, der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), der UNEP (Umweltprogramm der UN) und, wenn auch mit Abstrichen, der Weltbank. Letztere versuchte die Grundbedürfnisstrategie zu nutzen, um Armutsbekämpfung zu betreiben und nicht um mehr Staatseinfluss zu propagieren. Denn die Grundbedürfnisstrategie war durchaus „[...] inspired by, if not entirely based on, socialist principles“ (POTTER et al. 2004²: 115). Gewissermaßen adaptierte die Weltbank so die ursprünglichen Ideen der Grundbedürfnisstrategie welche auf mehr Staatseinfluss basierten. (vgl. ebd.: 114f.)

Die stärkere Betonung einer lokal verwurzelten Entwicklung und ländlicher Entwicklung war eine völlig neue Herangehensweise. Erstmals diskutierte man über die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und über deren Vorstellung von Entwicklung. Der Schwerpunkt lag bei der Armutsbekämpfung und bei den Problemen der allerärmsten Menschen auf der Welt. Die Wege diese Ziele zu

erreichen waren umstritten und zeigten unterschiedliche Ansätze der Grundbedürfnisstrategie. Diese sind beispielsweise die Stärkung der lokalen Ressourcen und die Erhöhung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Eigenständigkeit. Die deutsche GTZ setzte an an der Bevölkerung des ländlichen Raumes mittels der sogenannten „Ländlichen Regionalentwicklung“ (LRE). Dieses Konzept möchte die Entwicklung ländlicher Regionen durch Nutzung der lokal vorhandenen Ressourcen unter Beachtung der ökologischen Tragfähigkeit vorantreiben und „[...] geht von der Erkenntnis aus, dass Entwicklung erstens in den Köpfen der Menschen [...] ansetzen muss, zweitens der Einbezug aller lokalen/regionalen Potentiale notwendig ist und es drittens dabei gilt, die spezifische Bedarfslage der Zielgruppe zu berücksichtigen“ (SCHOLZ 2004: 207). Grundlagen dabei sind Armuts- und Zielgruppenbezug sowie Partizipation und Nachhaltigkeit. (vgl. ebd. 2004: 206-208)

Dieses von der GTZ entwickelte Konzept scheint auf dem ersten Blick abstrakt und kompliziert, doch es basiert auf einem Verständnis der komplexen Situation in den Entwicklungsländern. Damit ist es keine unzureichende Vereinfachung, kein Konzept von oben, sondern ein höchst umfassendes, gewissermaßen „menschennahe“ Verständnis von Entwicklung und von den dafür notwendigen Maßnahmen (vgl. SCHOLZ 2004: 208f.). Diese fächerübergreifende Sicht ist durchaus eine durch und durch geographische: „Damit ist im Prinzip geographisches Fachverständnis gefordert“ (ebd.: 209).

Die Weltbank hat die Grundbedürfnisstrategie, wie bereits erwähnt, adaptiert und auch die GTZ hat das Konzept durch Erfahrungen und Erkenntnisse, aber auch durch die aufkommenden neoliberalen Ansätze, weiterentwickelt. Als Konzept bleibt die Grundbedürfnisstrategie wegen ihrer neuen Herangehensweise interessant und wird weiterhin angewendet. (vgl. SCHOLZ 2004: 209)

Eine völlig andere Entwicklungstheorie gewann in den 1980er Jahren an Bedeutung, der Neoliberalismus. Der Mangel an großen Theorien führte zur Rückkehr von ökonomischen Erklärungsmustern, rückte die kapitalistische Marktordnung in den Vordergrund und verzichtete auf konkrete gesellschaftliche Entwicklungsziele. Dabei ist der Neoliberalismus eine wirtschaftliche Theorie und

nicht per se eine Entwicklungstheorie. Dennoch fanden neoliberale Wirtschaftstheorien, auch durch internationale Organisationen, den Weg in die Entwicklungspolitik. Der Kapitalismus und die globalen Geschäftsbeziehungen wurden nicht mehr als Ursache für Unterentwicklung angesehen und das neoliberale Modell „[...] bestand – ganz im Gegensatz zu den dependenztheoretischen Grundannahmen – in einer möglichst weitreichenden Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft. Exporte sollen forciert, Waren- und Kapitalverkehr (nicht zuletzt Gewinntransfers) liberalisiert und ausländische Investitionen erleichtert und attraktiver gemacht werden“ (FISCHER 2006b²: 39). Der freie Markt mit den angenommenen neoklassischen Mechanismen bestimmte die globale Entwicklungsdiskussion und war vorherrschendes Paradigma. Die Grundlage zu der neoliberalen Politik bildeten die Regierungen Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA, beide Befürworter neoklassischer Marktmechanismen. Eine andere Begründung wieso Neoliberalismus das dominierende Paradigma ab den 1980er Jahren werden konnte, war die dramatische Schuldensituation von etlichen Entwicklungsländern. Diese konnten Schulden, oft aufgenommen wegen fehlgeleiteter Wirtschaftspolitik, bei Ländern des Nordens und bei internationalen Organisationen nicht mehr zahlen. Um diese Schulden tilgen zu können, mussten sie sich den Bedingungen der Kreditgeber unterwerfen und die geforderten neoliberale Wirtschaftspolitik umsetzen. (vgl. POTTER et al. 2004²: 96; FISCHER 2006b²: 39)

Der Neoliberalismus betonte die Bedeutung von deregulierten freien Märkten, von geringem Staatseinfluss auf die Wirtschaft, einem auf Effizienz getrimmten schlanken Staat und einem Abbau des sozialen Wohlfahrtsstaates. Diese Forderungen wurden auch an die Entwicklungsländer gestellt und als erfolgreiche Entwicklungsmaßnahmen propagiert. Man folgte den „[...] Verheißungen der Globalisierung, wonach im Sinne des Washington Konsens Wohlstandsvermehrung für alle und Verringerung des weltweiten Armutsgefälles als realistisch angesehen werden“ (SCHOLZ: 2004: 88). Funktionierende Entwicklung wurde verstanden als „Spiel der unregulierten Marktkräfte“ im Sinne der „globalen Reaganomics“. (vgl. POTTER et al. 2004²: 94-96)

Die bereits erwähnten finanziellen Probleme von etlichen Entwicklungsländern in

den 1980er Jahren sorgten für einen Bedeutungsaufschwung der Weltbank (siehe auch Kapitel 5 Forschungsergebnisse zur Weltbank als entwicklungspolitischen Akteur) und des Internationalen Währungsfonds (IMF). Denn diese beiden Organisationen vergaben an Entwicklungsländer Kredite die an politische Reformen, auch Strukturanpassungsprogramme (SAP) genannt, gebunden waren. Speziell Entwicklungsländer, die in den 1980er Jahren von den unterschiedlichen Wirtschaftskrisen und einer zunehmenden Verschlechterung ihrer „terms of trade“ betroffen waren, wurden Ziel der SAP. Die Weltbank argumentierte damit, dass bisherige projektbasierte Entwicklungskredite keinen Erfolg zeigen würden und die umfangreicheren und auf politischen Reformen basierenden SAP besser für Entwicklung sind. Ziel der unter Strukturanpassungsprogrammen zusammengefassten Aktivitäten war es also breite politische und institutionelle Reformen in Entwicklungsländern durchzuführen um Wirtschaftswachstum und die Rückzahlung der Kredite zu ermöglichen. Mögliche und durchaus neoliberale Merkmale der SAP sind Währungsabwertung, Budgetdisziplin, Reduktion der öffentlichen Ausgaben, Wechselkursreform, Handelsliberalisierung und Öffnung der Märkte für ausländische Investoren, Reduktion bzw. Abbau von Subventionen, Privatisierung von öffentlichen Betrieben, Lohnzurückhaltung und Reform der Institutionen. (vgl. POTTER et al. 2004²: 287, 290)

Die Fortschreibung der neoliberalen Entwicklungspolitik lässt sich am Beispiel Südamerika besser verstehen. Eine genauere Betrachtung differenziert zwischen Neoliberalismus und exportorientierter Industrialisierung, vor allem in Lateinamerika (siehe PETERS 2006²). In Chile, einem Pionier der neoliberalen Wirtschaftspolitik in Lateinamerika, war das dependenztheoretische Modell der importsubstituierenden Industrialisierung in den 1960er und auch nach Veränderungen in den 1970er Jahren am Ende. Die sozialen und wirtschaftlichen Erfolge waren kaum vorhanden, die von der Dependenztheorie vorgeschlagenen Auswege aus der Unterentwicklung schienen in der Praxis gescheitert. Nach dem von den USA unterstützten Militärputsch 1973 kam es zur neoliberalen Wende. Andere Länder Südamerikas, vielfach Militärdiktaturen, folgten in den 1980er Jahren und implementierten eine, oft auch in Zusammenhang mit hohen Schulden, neoliberale Wirtschaftspolitik. Die Entwicklungsländer Lateinamerikas konnten den Wirtschaftstheorien der Länder des Nordens keine Theorie

entgegengesetzten und wurden von den kreditgebenden internationalen Finanzorganisationen zu neoliberalen Reformen angehalten: „Umschuldungsvereinbarungen waren in der Regel an 'Konditionalitäten' gebunden, die eine neoliberale Umstrukturierung der Wirtschaft und des Staates erzwangen“ (JÄGER und NOVY 2006²: 167). Das wurde u.a. mit den schon erwähnten SAP vereinbart. Die Auswirkungen der neoliberalen Entwicklungspolitik der internationalen Organisationen auf die Entwicklungsländer waren allerdings katastrophal. Die volkswirtschaftliche Produktion sank und die Krise war heftiger als in den 1930er Jahren. Die radikale neoliberale und aus den Ländern des Nordens „importierte“ Entwicklungspolitik schien gescheitert. (vgl. JÄGER und NOVY 2006²: 164-168)

Neoliberale Wirtschaftspolitik als Entwicklungstheorie zu verstehen und auch anzuwenden sorgte für erhebliche Kritik. Das Beispiel Lateinamerika zeigt, dass die Erfolge zweifelhaft, wenn nicht sogar komplett erfolglos, waren. Die Einkommensungleichheit, etwa in Chile, konnte nicht verringert werden und Verbindung zwischen SAP und Wirtschaftswachstum sind fragwürdig. Durch die neoliberale Entwicklungspolitik werden die 1980er Jahre auch als „verlorene Dekade“ (FISCHER et al. 2008: 46) bezeichnet. Obwohl die Erfolge der asiatischen Tigerstaaten teilweise durch neoliberale Wirtschaft begründet werden können, sind sie kaum durch SAP auf andere Staaten übertragbar. Zudem sind die Details des Aufstiegs der Tigerstaaten, etwa was die schlechten Arbeitsbedingungen betrifft, auch nicht erstrebenswert. Eine andere Kritik betrifft die zunehmende Abhängigkeit der Nationalstaaten von den Geldgebern in den entwickelten Staaten und in den internationalen Finanzorganisationen. Die staatliche Souveränität leidet, wenn durch SAP politische und wirtschaftliche Reformen von externen Akteuren aufgezwungen werden. FISCHER et al. (2006b²: 18) dazu: „An die Stelle des Glaubens an den Fortschritt und an die Veränderbarkeit sozioökonomischer Verhältnisse trat die Ideologie von einem angeblichen 'Sachzwang Weltmarkt', die die Notwendigkeit propagiert, sich der alternativlos scheinenden kapitalistischen Weltwirtschaft und ihren Spielregeln unterzuordnen. 'Strukturanpassung' trat an die Stelle von 'Entwicklung'“. Die radikal eingreifenden SAP werden auch kritisiert wegen ihrer gesellschaftlichen, sozialen, genderproblematischen, ökologischen und gesundheitlichen Konsequenzen. Die Literatur dazu ist umfassend und zeigt

den Neoliberalismus als höchst umstrittene Entwicklungstheorie. (vgl. POTTER et al. 2004²: 96f., 290; FISCHER et al. 2006b²: 18; JÄGER und NOVY 2006²: 167-169)

An der Kritik des Neoliberalismus zeigt sich erneut, dass die großen Ziele der Armutsbekämpfung durch Entwicklung nicht erreicht wurden. Die Entwicklungsforschung wurde zur "Sackgasse", einer ausweglosen Situation die begründet war in der zunehmenden Globalisierung, einer grundlegenden Kritik an den Sozialwissenschaften an sich und dem Scheitern der früheren Entwicklungstheorien (vgl. POTTER et al. 2004²: 14). Aus dieser Unzufriedenheit mit den bisherigen Ansätzen deutete sich ab den 1990er Jahren eine Auffächerung der Entwicklungstheorien und -definitionen an. Nicht mehr die „eine“ hegemoniale Theorie dominierte und auch ein Theoriendualismus wie bei Modernisierungs- und Dependenztheorie ist nicht erkennbar. Denn es folgte ein bis heute andauernder Theorienpluralismus ohne der „einen“ dominierenden Theorie. Dem kann aber entgegen gehalten werden, dass es eine gewisse zeitliche Distanz braucht, um „große“, dominierende und bedeutende Entwicklungsparadigmen, die sich eventuell auch gegen andere durchsetzten, zu erkennen.

Der Post-Development Ansatz ist wegen seiner radikalen Konzeption als entwicklungskritischer Ansatz ein viel beachtetes Beispiel für alternative Entwicklungstheorien. Allerdings stellt er „[...] keine Entwicklungstheorie im engeren Sinn dar, zielt aber direkt auf die theoretischen Prämissen des Nachdenkens über Entwicklung und Unterentwicklung“ (FISCHER et al. 2008: 16). Zudem können die unterschiedlichen Post-Development Ansätze nicht „einer“ Theorie zugeordnet werden, vielmehr gibt es heterogene Ansätze. Eine generelle Kritik der Post-Development Ansätze ist der vorherrschende Ethnozentrismus, hier der Eurozentrismus, in der Entwicklungstheorie. Dieser ist bei den meisten Entwicklungstheorien, auch bei den marxistischen Dependenztheorien, im Kern vorhanden. Eurozentrismus ist zurückzuführen auf den Ursprung der Entwicklungstheorien in den reichen Ländern des Nordens. In diesen Ländern werden die Ziele, Maßzahlen und Maßnahmen von Entwicklung festgelegt. Somit ist der Eurozentrismus ein System von Gesellschaft und Wirtschaft das auch Annahmen von Gender, Wahrheit, Ordnung und Regeln vorgibt. Als

geschlossenes System verneint der Eurozentrismus andere Systeme (etwa der Entwicklungsländer) und toleriert sie nicht. Als wahr, richtig und gut wird nur das System der Länder des Nordens betrachtet und das führt zu Ungleichheit gegenüber anderen Systemen. Doch auch diese Ungleichheit zu messen (etwa in Form von Wirtschaftsleistung) zeigt den latenten Eurozentrismus in Form der Annahme von Maßzahlen des Nordens. Genau dieses Konzept von Entwicklung lehnt der Post-Development Ansatz ab. Zudem bestimmt das Denken und Handeln des Eurozentrismus die AkteurInnen im Entwicklungsdiskurs, etwa der internationalen Organisationen, und ist somit auch interessant für die Diskursanalyse (siehe Kapitel 5 Forschungsergebnisse). Gewissermaßen ist der Eurozentrismus ein Teufelskreis und genau den versucht der Post-Development Ansatz zu hinterfragen und zu brechen. (vgl. POTTER et al. 2004²: 13)

Der Post-Development Ansatz in der Geographischen Entwicklungsforschung hinterfragt die „[...] binäre[n] Konzepte und Raumbilder, die nach wie vor geographische Vorstellung von der Welt prägen. Zu diesen binären Konzepten gehört auch die Gegenüberstellung von Entwicklung und Unterentwicklung, ausgedrückt in den Raummetaphern des globalen Nordens und Südens“ (GEBHARDT et al. 2011²: 775). Diese Zweiteilung etwa in Arm und Reich oder guter und schlechter Entwicklung ist in geographischer Forschung sehr kritisch zu verwenden, denn damit reproduziert man „[...] Raum- bzw. Weltbilder, die zwar einfach und überzeugend erscheinen mögen, die aber der zunehmenden Komplexität der Welt nicht gerecht werden [...]“ (ebd.).

Post-Development, von POTTER et al. (2004²: 16f.) werden als Synonym auch Anti-Development und Beyond-Development verwendet, ist also die Ablehnung des Entwicklungsbegriffes, weil dieser eine westliche und eurozentristische Konstruktion von Entwicklung benennt und damit anderen Ländern das Entwicklungsverständnis des Westens auferlegt wird (vgl. ebd.: 17). Auf eigene und somit potentiell andere Entwicklungsbegriffe wird nicht eingegangen: „In this way, the local values and potentials of 'traditional' communities are largely ignored“ (ebd.).

Ähnlich argumentiert auch Arturo ESCOBAR (2008 [1992]), ein in Kolumbien geborener Entwicklungsforscher und führender Vertreter des Post-Development

Ansatzes, indem er sich kritisch mit der Entstehung des hegemonialen Entwicklungsbegriffes befasst. Ihm zufolge basiert die westliche Moderne auf den Prämissen Wissenschaft, Vernunft, Demokratie und Rationalität. Mit diesen Prämissen versucht der Westen diese Vorstellungen einer „Moderne“ auch auf andere Regionen zu übertragen und als Ideal darzustellen. Dieser Diskurs „produziert und kartiert“ (ebd.: 265) erst die Gesellschaften der Dritten Welt. Das Konzept der „[...] Entwicklung schafft die gegenwärtige Dritte Welt, stillschweigend und ohne dass wir dies bemerken. Mit Hilfe dieses Diskurses werden Menschen, Regierungen und Gemeinschaften als 'unterentwickelt' eingestuft [...]“ (ebd.). Das Konzept der Entwicklung wurde durch einen vom Westen geführten Diskurs erst in der heutigen Form umgesetzt. Dieser Argumentation folgend wurde Entwicklung bzw. Unterentwicklung erst ein Problem das durch den Westen geschaffen wurde. Das geschah auch durch die Integration der Wissenschaften der Dritten Welt in ein westliches System sowie durch die vom Westen dominierten internationalen Organisationen. „Sobald dieses System gefestigt war, bestimmte es, was sagbar, denkbar, vorstellbar war [...] [und wiederholte] die gleiche grundlegende Wahrheit, nämlich, dass Entwicklung den Weg zu jenen Merkmalen bereitet, die reiche Gesellschaften auszeichnen: Industrialisierung, landwirtschaftliche Modernisierung und Urbanisierung“ (ebd.: 267). Die Lösung dieses Dilemmas sieht ESCOBAR nicht in Entwicklungsalternativen, sondern in Alternativen zur Entwicklung an sich und somit einer Ablehnung der Entwicklung wie sie der Westen vorsieht. Das können neue soziale Bewegungen in den Ländern des Südens sein, aber auch Graswurzelbewegungen und generell das gesteigerte Interesse an lokalem Wissen und Kultur. Generell sind diese neuen sozialen Bewegungen „[...] anti-developmental, promoting egalitarian, democratic and participatory politics within which they seek autonomy through the use and pursuit of everyday knowledge“ (POTTER et al. 2004²: 17). ESCOBAR's Überlegungen sind auch im Hinblick auf eine diskursanalytische Methode interessant, da er „Entwicklung als Diskurs“ (ESCOBAR 2008 [1992]: 268) versteht. (vgl. POTTER et al. 2004²: 17; ESCOBAR 2008 [1992]: 264-277)

Der Post-Development Ansatz und die Überlegungen von Arturo ESCOBAR dazu blieben wegen ihrer entwicklungskritischen Konzeption nicht ohne Kritik. So kann dem Ansatz vorgeworfen werden, ein zu allzu einfaches Bild der Welt zu zeichnen,

dabei reduktionistisch und ähnlich wie die Dependenztheorien vorzugehen. Post-Development stelle Entwicklung als rein kapitalistische, von der Weltbank ausgehende Mission der Länder des Nordens dar. Indem dem Kapitalismus als monokausale Ursache für die Probleme der Entwicklung definiert wird, handelt der Post-Development Ansatz genauso generalisierend, reduktionistisch und monokausal. In anderen Worten: Dem Kapitalismus, etwa in der Modernisierungstheorie, das alleinige Übel zuzuschreiben ist eben so problematisch wie jede andere monokausale Begründung von Unterentwicklungsursachen. Zudem wird Entwicklung sehr einseitig beschrieben ohne auf die Erfolge, etwa der oben besprochen Tigerstaaten Südostasiens, einzugehen. Ebenfalls kann dem Post-Development Ansatz vorgeworfen werden, den Lebensstil der indigenen Völker zu romantisieren und als Ideal darzustellen. Dabei kämpfen diese indigenen Völker oft mit dem Überleben, müssen versuchen die grundlegenden Bedürfnisse Nahrung und Unterkunft sicherzustellen und können sich daher auf eine Diskussion ob und wie Entwicklung geschehen soll nicht einlassen. Das romantiserte und oft landwirtschaftlich geprägte Bild von Menschen in den Entwicklungsländern entspricht, so die Kritik, nicht der dramatischen Realität. (vgl. POTTER et al. 2004²: 16, 19f.)

In diesem Kapitel wurden drei alternative Entwicklungsansätze, in dem Sinne, dass sie anders als Modernisierungs- und Dependenztheorie sind, diskutiert: Die Grundbedürfnisstrategie, der Neoliberale Ansatz und zuletzt die Post-Development Ansätze. Das ist bei weitem keine vollständige Aufzählung von traditionellen, aktuellen und alternativen Überlegungen zur Entwicklungsforschung. Dazu zählen die Ansätze der „Entwicklung von unten“, die Polarisierungstheorie, die feministische Kritik an der Entwicklungsforschung, die „Nachhaltige Entwicklung“, die Post-Kolonialen Ansätze und noch etliche weitere Ansätze.

Wo steht die Entwicklungsforschung also heute? Wo verstecken sich die neuen (großen) Theorien? Zeichnet sich mit dem Post-Development Ansatz nur die letzte große Theorie ab oder kann die Entwicklungsforschung tatsächlich das „Ende der Theorien“ einläuten?

Die Beantwortung dieser Fragen gestaltet sich schwierig, denn in einer global

verflochtenen und heterogenen Welt bedarf es komplexer Erklärungsmuster. Das führt zu Theorien die nicht mehr global erklären, sondern auf mittlerer und kleinräumiger Ebene Entwicklung zu fassen versuchen (vgl. GEBHARDT et al. 2011²: 748). Das sind etwa „[...] kleinräumige Studien im alltagsweltlichen Handlungsraum der Entwicklungsakteure [...]“ (ebd.) oder der Verflechtungsansatz mit vielfältigen Handlungsebenen und AkteurInnen. Genau das wurde auch kritisiert: „Entwicklungstheorie verlor sich zunehmend in kleinräumigen Detailstudien oder stellte ihren eigenen Gegenstand in Frage [...]“ (FISCHER et al. 2006b²: 41). Diese post-moderne (Selbst-) Kritik, zu finden beispielsweise in den Post-Development Ansätzen über den Eurozentrismus in der Entwicklungsforschung, zeigt die Tendenzen zum Reflektieren und Dekonstruieren von angeblichen Sicherheiten, Wahrheiten und Konzepten. Ob diese Selbstkritik eine unnötig pessimistische Sichtweise auf Entwicklungserfolge, ob umstritten oder nicht, ist und in eine Sackgasse der Entwicklungsforschung mündet, bleibt abzuwarten (POTTER et al. 2004²: 125). Als sicher gilt, dass die Entwicklungsdebatte in einer „[...] noticeably less certain, less monolithic and unidirectional world“ (POTTER et al. 2004²: 124) stattfinden wird. Diese Welt oder dieser Raum kann als „[...] ein Produkt von Beziehungen und skalenübergreifenden Interaktionen, als Quelle von Fragmentierungen und Pluralitäten und gleichzeitig als ein Konstrukt [...]“ (GEBHARDT et al. 2011²: 778) verstanden werden. Geographische Entwicklungsforschung widmet sich in diesem Raum „[...] den großen Zukunftsfragen der Gesellschaft im Zeitalter des Globalen Umweltwandels, der Globalisierung und der Postmoderne [...]“ (ebd.). Wie eine dieser großen oder zumindest viel diskutierten Zukunftsfragen, das Thema „Land Grabbing“ in Afrika, methodisch umsetzbar werden kann, zeigt das Kapitel 4 Forschungsmethode.

3.2. Forschungsstand zu „Land Grabbing“

In diesem Kapitel wird das Thema „Land Grabbing“ in aller Kürze vorgestellt und ein Überblick über den aktuellen Forschungsstand dazu präsentiert. Zuerst werden Ursachen und Gründe für „Land Grabbing“ analysiert, dann wird die Datenlage und das Ausmaß von „Land Grabbing“ betrachtet und abschließend die

AkteurInnen vorgestellt und eine Anmerkung zur öffentlichen Meinung gemacht. Teile dieser öffentlichen Meinung, nämlich die der internationalen Organisationen, sind anschließend die Datengrundlage für die Forschung (siehe Kapitel 4 Forschungsmethode).

3.2.1. Ursachen

Die Herrschaft über Land ist nicht erst seit der Entwicklung rund um „Land Grabbing“ ein bedeutendes Thema (siehe EXNER 2011). Man denke an die Landnahme durch Kolonialisierung, durch Kriege und auch durch Kauf von Land. Doch die aktuelle Landnahme ist geprägt von anderen Ursachen und Motiven. Da ist die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 als eine Ursache zu nennen. Durch eine von sehr niedrigen Zinsen geprägte Zinspolitik der USA nahmen viele Menschen Kredite auf. Diese Kredite waren nur schlecht besichert, die Kreditzinsen stiegen und die Zinsen konnten nicht mehr bezahlen werden durch das Einkommen der KreditnehmerInnen. Gleichzeitig wurden diese Kredite zu komplizierten Finanzprodukten gebündelt, international gehandelt und mussten, nachdem die Kreditnehmer nicht mehr zahlen konnten, von den Finanzinstituten als uneinbringlich abgeschrieben werden. Diese Finanzinstitute gingen bankrott oder wurden von den Regierungen aufgefangen. Es zeigte sich, dass Investitionen in hochspekulative und nicht an die Realwirtschaft gekoppelte Finanzprodukte nicht sicher genug war. So kam die „Flucht“ in das nicht vermehrbare Gut Grund und Boden oder einfach ausgedrückt, es kam zum Kauf von Land. (vgl. ALTVATER und GEIGER 2011: 15f.; EXNER 2011: 134).

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist eng verbunden mit der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008. Die Gründe für die Nahrungsmittelpreiskrise sind vielschichtig. Die Weltbevölkerung steigt nicht nur, sondern es gibt auch immer mehr Nachfrage durch die Menschen in den Ländern des Südens und in den Schwellenländern nach ressourcenintensiven Lebensmitteln wie Fleisch und Milch. Diese Lebensmittel können wegen der zunehmenden Industrialisierung und vor allem der Urbanisierung nicht mehr ausschließlich in den Ländern selbst angebaut werden, weil für die Landwirtschaft zu wenige Produktionsfaktoren

verfügbar sind. Hinzu kommt, dass die extensive Landwirtschaft zu viel an Ressourcen verbraucht, also viel zu viel Wasser und Boden nutzt und beides nur mehr in schlechterer Qualität und Quantität vorhanden ist. Weitere Gründe sind Ernteaussfälle, schlechte Lagermöglichkeiten, der steigende Bedarf an Agrartreibstoffen (siehe unten), hauptsächlich aber die schon genannte Flucht des Kapitals in die Landwirtschaft. Rohstoffe und damit Lebensmittel boten Sicherheit für die Investoren und damit wurden gute Gewinne gemacht. Denn Lebensmittel wurden nicht nur ein Anlageprodukt der globalen Finanzwirtschaft, sondern man entdeckte auch die Spekulation auf Lebensmittel als gewinnbringendes Produkt. Die Spekulation auf Preisveränderungen, der Terminhandel von Lebensmitteln und neue Finanzprodukte waren die Folge. Die Agrarmärkte wurden damit finanzialisiert und unterlagen den Regeln der globalen Finanzwirtschaft. Das Resultat war die Nahrungsmittelpreiskrise 2007 und 2008, gekennzeichnet durch den rasanten Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel. Diese verdoppelten sich beispielsweise für Mais und Weizen zwischen 2003 und 2008 (siehe Abbildung 1). Die Preissteigerungen für die täglichen Lebensmittel betrafen vor allem arme Menschen in den Ländern des Südens, denn sie geben einen besonders hohen Anteil ihres geringen Einkommens für Lebensmittel aus. Das hatte fatale Konsequenzen für die Ernährungssicherheit. So kam es aufgrund der Lebensmittelpreiskrise 2007/2008 zu einem Anstieg der Hungernden in den Ländern des Südens. Der Ärger dieser Menschen entlud sich oftmals auf den Straßen mit Protesten gegen die hohen Preise und gegen die Regierungen. Das politische Konfliktpotential zeigte sich nicht zuletzt im Arabischen Frühling 2010/2011. Es scheint plausibel, dass die hohen Preise für Grundnahrungsmittel ein Grund für die Proteste waren. (vgl. COTULA et al. 2009: 52-54; ALTVATER und GEIGER 2011: 41f.; PARENTI 2011)

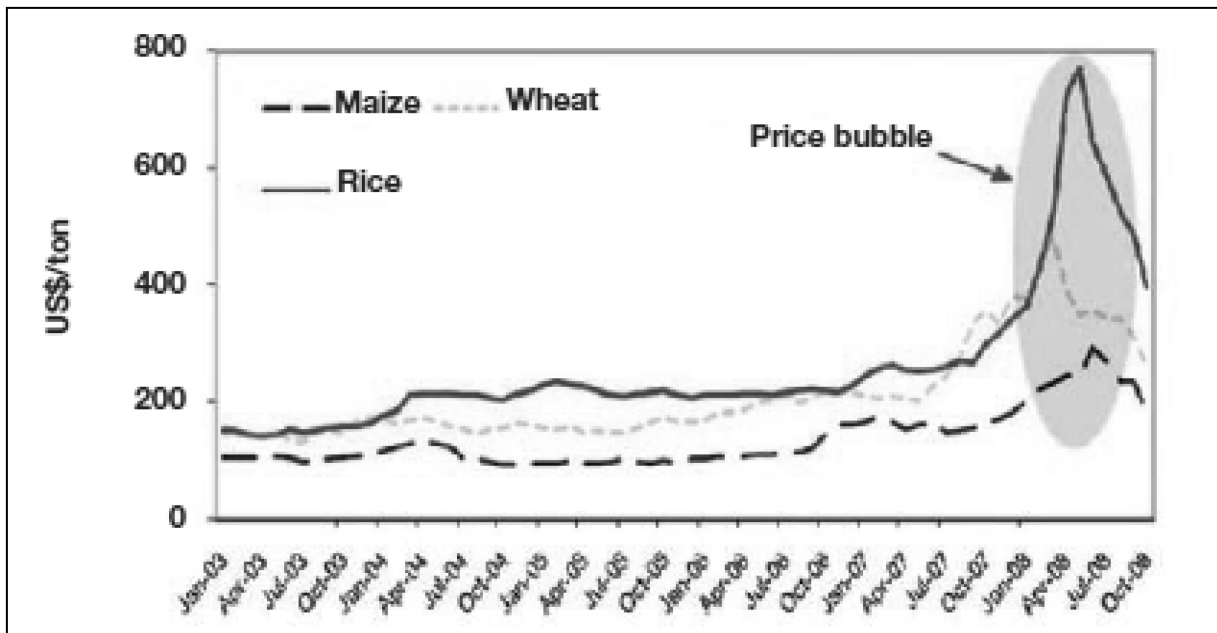


Abbildung 1: Preissteigerung der Grundnahrungsmittel von Jänner 2003 bis Oktober 2008 (Quelle: COTULA et al. 2009: 52)

Die Lebensmittelpreiskrise 2007/2008 und weitere Entwicklungen, wie etwa der zunehmende Fleischkonsum, hatten nicht nur Auswirkungen auf die Preise und die Ernährungssicherheit in den Ländern des Südens. Auch Schwellenländer und die Golfstaaten waren konfrontiert mit steigenden Lebensmittelpreisen und den damit verbundenem Konfliktpotential. Kapitalstarke aber ressourcenschwache Staaten, wie etwa Südkorea, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi Arabien und Katar, müssen Millionen von Arbeitsmigranten in ihren Ländern mit günstigem Essen versorgen. Auch die eigene Bevölkerung droht auf steigende Lebensmittelpreise sensibel zu reagieren. Weil die Ressourcen Wasser und Land für Landwirtschaft innerhalb der eigenen Staatsgrenzen nicht ausreichend verfügbar sind, suchten die Staaten nach einer Lösung und fanden sie im Anbau von Lebensmitteln in anderen Ländern. Die Sorge um Ernährungssicherheit in kapitalstarken Staaten ist also ein weiterer Aspekt der zu „Land Grabbing“ führte. (vgl. ANSEUWW et al. 2012: 21f.; WHITE et al. 2012: 627f.)

Die dritte Krise und somit die dritte Ursache, die zu vermehrtem „Land Grabbing“ führte, ist die Erdölkrise. Die Erdölpreise schwanken seit jeher hauptsächlich aus politischen Gründen weil Erdöl hauptsächlich in politisch instabilen Ländern gefördert wird. Genau diese Abhängigkeit von den politisch instabilen erdölfördernden Ländern hat in Ländern des Nordens zur Suche nach Alternativen

geführt. Denn die Weltwirtschaft ist stark abhängig von Treibstoffen, etwa im Transportwesen oder in der chemischen Industrie. Sogenannte Agrartreibstoffe oder Biotreibstoffe können aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sogenannter Biomasse, gewonnen werden und beigemischt zu mineralischen Treibstoffen oder alleine in herkömmlichen Verbrennungsmotoren verwendet werden. Die Verwendung von Agrartreibstoffen wurde von Regierungen zusätzlich gefördert und auch finanziell unterstützt. Agrartreibstoffe wurden als umweltfreundliche und politisch konfliktfreie Alternative zu Erdöl beworben. Doch dafür wurde Biomasse auch in Flächen außerhalb der Länder des Nordens angebaut und die Agrartreibstoffe tragen daher zu „Land Grabbing“ in Ländern des Südens bei. Ein Effekt war, dass die Anbauflächen in den Ländern des Südens entweder für Biomasse und somit für Agrartreibstoffe verwendet wurden oder aber für Lebensmittel. Das bedeutet auch eine Verknappung der verfügbaren Anbaufläche für Lebensmittel und somit eine Entscheidung zwischen Lebensmitteln und Agrartreibstoff. (vgl. COTULA et al. 2009: 54; ALTVATER und GEIGER 2011: 26)

Die vierte Krise ist die Klimakrise infolge der globalen Erderwärmung. Diese hat nicht nur Auswirkungen auf Erntehöhe und -ausfälle. Die Verwendung der bereits erwähnten Agrartreibstoffe hinterlässt kaum Treibhausgase und ist somit klimaschonender als fossile Treibstoffe. Die zunehmende Erderwärmung und der Versuch sie mit dem Kyoto Protokoll zu begrenzen, führte zum Emissionshandel. Vereinfacht bedeutet das, Staaten können sich Emissionszertifikate kaufen und damit ihre eigene Emissionsbilanz verbessern bzw. mehr klimaschädliche Emissionen ausstoßen. Diese Emissionszertifikate werden auch erstellt wenn beispielsweise in Ländern des Südens Land aufgeforstet wird oder Biomasse angebaut wird. Das Ausmaß des Emissionshandels ist noch unklar und die Bedeutung für „Land Grabbing“ nicht eindeutig, allerdings kann der Emissionshandel als ein weiterer Grund für die Zunahme an „Land Grabbing“ bezeichnet werden. (vgl. BEYENE 2011: 95f.; COTULA et al. 2011: 58)

Es zeigt sich also, dass „Land Grabbing“ viele Wurzeln hat und die Ursachen oft miteinander verbunden sind. Beispielsweise ist die Treibstoffkrise wegen des steigenden Erdölpreises und dem dadurch forcierten Anbau von Agrartreibstoffen verknüpft mit der Ernährungssicherheit von vielen afrikanischen Staaten, deren

Agrarfläche nicht mehr für Lebensmittel zur Verfügung steht. Gleichzeitig fördert die Spekulation auf Lebensmittel infolge der Finanzkrise die Instabilität der Nahrungsmittelpreise.

3.2.2. Ausmaß

Die Erkenntnis, dass Land nicht vermehrbar und dadurch knapp ist, zusammen mit der Aussicht in Afrika auf günstige menschliche Arbeitskraft und auf verfügbare Ressourcen wie Wasser zu stoßen, führte zur vermehrter Nachfrage nach Agrarland. Die multiplen Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts förderten „Land Grabbing“ vor allem in Afrika. Diese Aktualität und die rasanten Entwicklungen zusammen mit den nicht öffentlich zugänglichen Daten lässt das Phänomen „Land Grabbing“ nur ungenau in Zahlen ausdrücken (zu der Problematik der Messbarkeit und der Methoden zu „Land Grabbing“ siehe Spezialausgabe des Journal of Peasant Studies 2013: 40 (3)). Die Daten und Fakten müssen also mit Vorsicht genossen werden. Selbst der Bericht der Weltbank notiert: „[...] access to information emerged as much more of a problem than anticipated [...]“ (DEININGER und BYERLEE 2011: 4). Die Datenqualität ist einfach zu umstritten, Daten sind auch kaum verfügbar und oft nicht verlässlich wegen der ideologischen Einseitigkeit der HerausgeberInnen. (vgl. COTULA et al. 2009: 69; ANSEUWW et al. 2012: 1f.)

Ein Indikator für „Land Grabbing“ sind die steigenden Auslandsdirektinvestitionen, also die Investitionen die aus dem Ausland in ein Land bzw. in eine Region fließen. Diese stiegen im Afrika südlich der Sahara im ersten Jahrzehnt des 21.

Jahrhunderts von weniger als 10 Mrd. US\$ steil auf 38 Mrd. US\$ im Jahr 2007 und erreichten 2011 den bisherigen Höchststand von mehr als 41 Mrd. US\$ (siehe Abbildung 2).

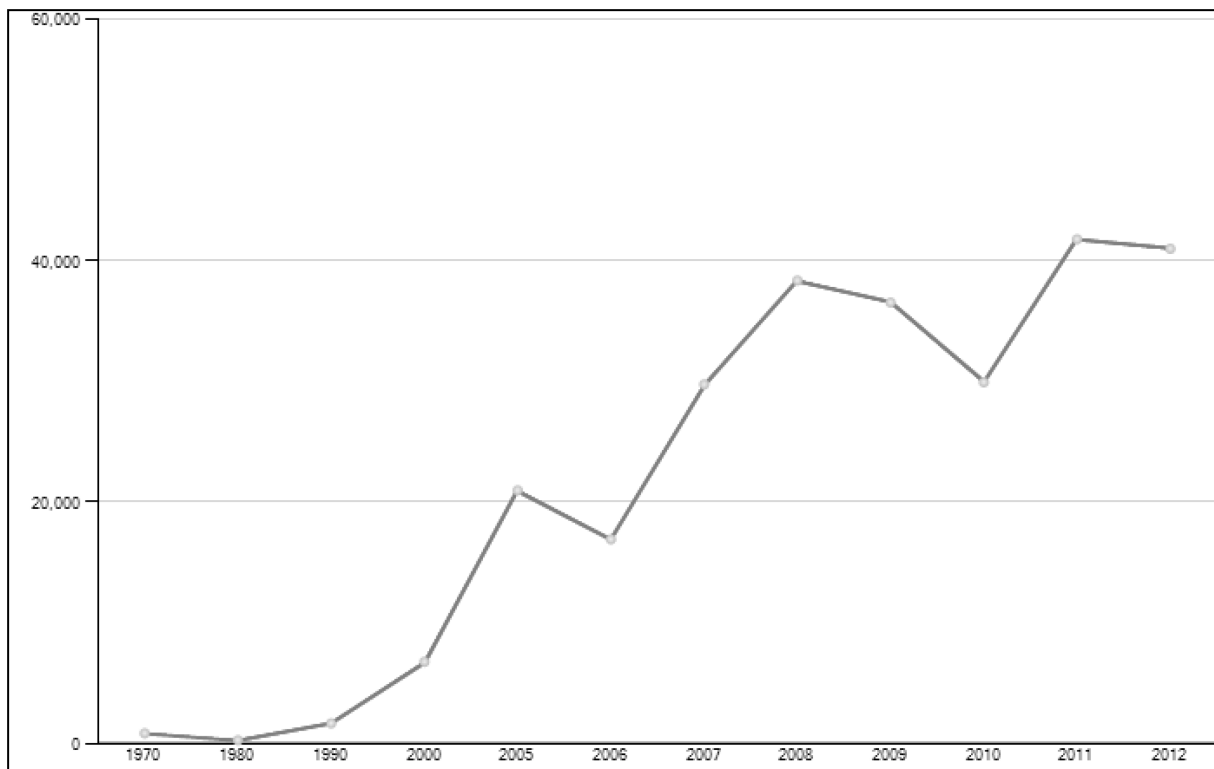


Abbildung 2: Wachstum von Auslandsdirektinvestitionen im Afrika südlich der Sahara in Millionen US\$ zwischen 1970 und 2012 (Datengrundlage: UNCTAD 2013; eigene Darstellung)

Neben der Höhe der Auslandsdirektinvestitionen stieg auch die Anzahl der „Land Grabs“, also die Anzahl der Käufe und Pachten von Land (siehe Abbildung 3). Der Rückgang nach dem Rekordjahr 2009 ist deutlich, allerdings ist die Anzahl der „Land Grabs“ seither konstant und signifikant höher als zu Beginn des Jahrzehnts (vgl. ANSEUWW et al. 2012: 6). Afrika ist das Hauptziel dieser Investitionen, sowohl was Anzahl der Akquisitionen als auch was Fläche betrifft. So erfolgten 62% der „Land Grabs“ in Afrika und im Detail vor allem in Ostafrika. Von den acht Staaten mit den meisten „Land Grabs“ liegen sieben in Afrika, nämlich der Sudan, Mosambik, Tansania, Äthiopien, Madagaskar, Sambia und die Demokratische Republik Kongo. Außerhalb von Afrika gibt es bedeutende „Land Grabs“ auf den Philippinen, in Brasilien, Pakistan und Indonesien. In osteuropäischen Staaten wie der Ukraine wird verglichen zu den genannten Staaten eher wenig investiert. (vgl. ebd.: 7-10)

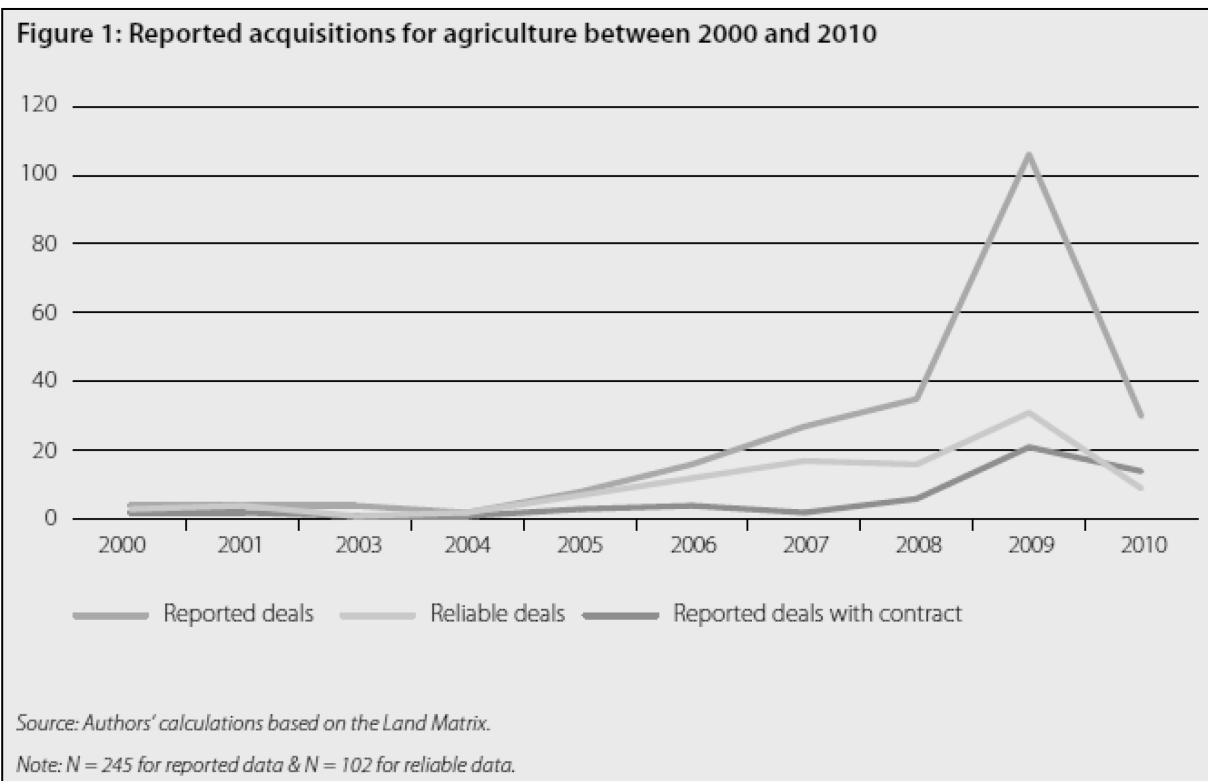


Abbildung 3: Anzahl der „Land Grabs“ in der weltweiten Landwirtschaft 2000-2010
(Quelle: ANSEUWW et al. 2012: 6)

Daten zur betroffenen Fläche sind ebenfalls mit äußerster Vorsicht zu genießen. In einer Metaanalyse vom Jänner 2013 gehen HOLDEN und PAGEL (2013: 34) von 20-60 Mio. Hektar Land als realistische Fläche aus, bei der es bisher zu „Land Grabs“ kam. Diese große Bandbreite erklärt sich durch völlig unterschiedliche Berechnungen und die ungenaue Datenlage an sich. Das IFPRI ging von 15 bis 20 Mio. ha zwischen 2006 und 2009 aus, die Weltbank 2011 von bis dahin 57 Mio. ha und die NGO GRAIN im Jänner 2012 von bis dahin 35 Mio. ha (vgl. HOLDEN und PAGEL 2013: 34). Die NGO Land Matrix beobachtet „Land Deals“ weltweit und notiert bis Februar 2012, dass aus ihrer Sicht fast 38 Mio. ha „[...] are classified as reliable, and we can say with confidence that in these cases a land transaction, i.e. at least a transfer of land rights, has taken place [...]“ (ANSEUWW et al. 2012: 3). Das entspricht der gesamten Fläche von Deutschland, Belgien und den Niederlanden zusammen.

Ein weiterer Aspekt ist die Flächenverfügbarkeit sowie das Potential für steigende Erträge. Die Flächenverfügbarkeit (engl. potential land availability; horizontale Achse in Abbildung 4) ist das logarithmierte Verhältnis zwischen verfügbarem

sowie kultivierbarem Land auf der einen Seite und bereits kultiviertem Land aus der anderen Seite. Es zeigt Mangel bzw. Verfügbarkeit von Agrarland. Das Potential für steigende Erträge (engl. yield gap; vertikale Achse) misst das Verhältnis von potentiellen und aktuellen Erträgen. Ein hoher Wert zeigt hohes Potential für Erträge.

Im linken unteren Quadrant sind Staaten die wenig Land für landwirtschaftliche Expansion haben und ein geringes Potential für Erträge, also kaum von Interesse für Agrarinvestoren sind. China, Ägypten und Indien sind darunter. Im rechten unteren Quadrant sind vor allem Staaten Südamerikas mit verfügbaren Flächen, aber Aussicht auf nur geringe zusätzliche Erträge. Durch den dort bereits stattgefundenen technologischen Fortschritt sind die zusätzlichen Erträge nicht besonders hoch. Im linken oberen Quadranten ist die verfügbare Fläche bereits knapp, die Aussicht auf hohe Erträge lockt allerdings Investoren. Im rechten oberen und für „Land Grabbing“ besonders interessanten Quadranten sind Staaten die durch hohe Flächenverfügbarkeit bei gleichzeitig hohem Potential für steigende Erträge gekennzeichnet. Dort ist viel kultivierbares Agrarland verfügbar und die hohen potentiellen Erträge locken Investoren in die Staaten Afrikas. Das sind etwa der erwähnte Sudan und Mosambik. Diese Statistik der Weltbank wurde von aktuellen Berichten der NGO Land Matrix bestätigt. Ergänzt wurde sie damit, dass 58% der bisherigen „Land Grabs“ in Ländern des rechten oberen Quadranten stattgefunden haben. (vgl. DEININGER und BYERLEE 2011: xxxvf.; ANSEUWW et al. 2012: 12f.)

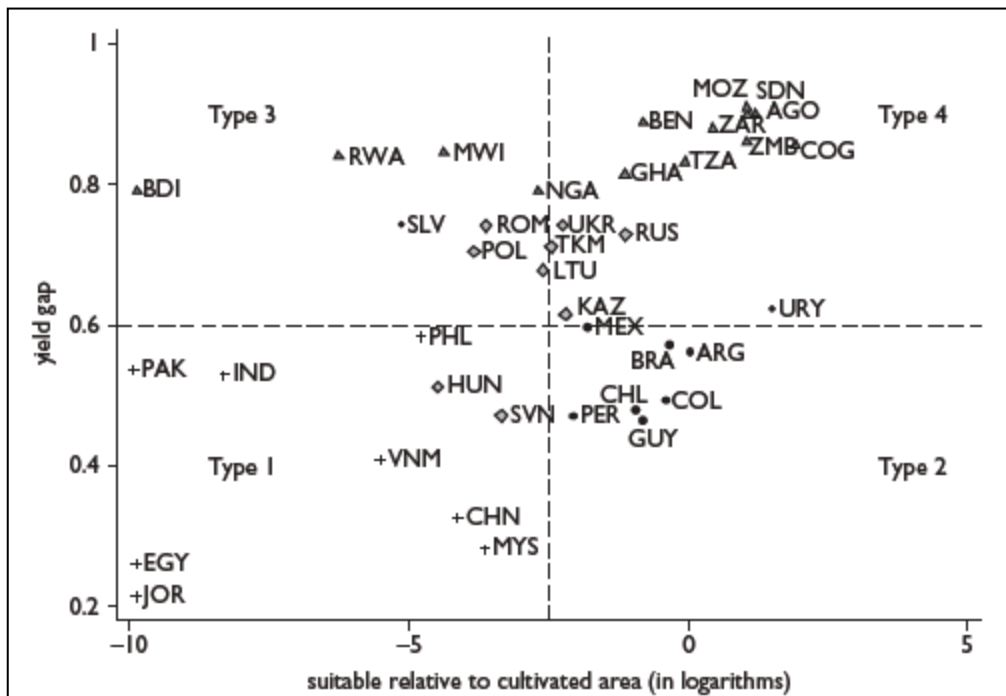


FIGURE 2.10. DISTRIBUTION OF PROJECTS BY PRODUCT SECTOR IN THE FIVE INVENTORY COUNTRIES, 2004-2009

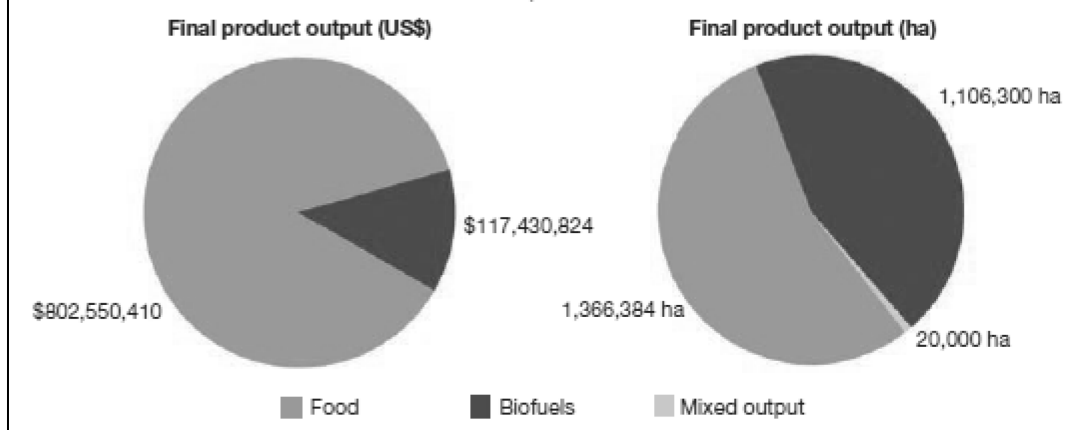
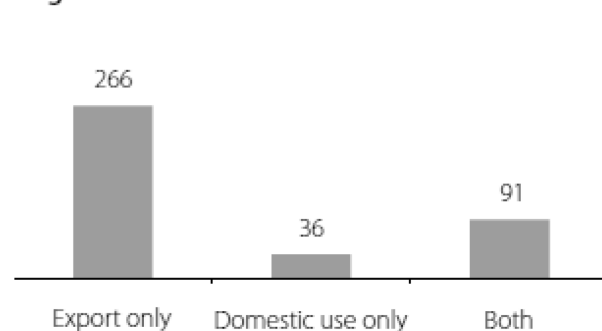


Abbildung 5: Verteilung zwischen Lebensmittel und Agrartreibstoffe bei Fläche und Preis. Fünf Staaten, 2004-2009 (Quelle: COTULA et al. 2009: 51)

Eine Statistik der NGO Land Matrix gibt Aufschluss darüber, ob die produzierten landwirtschaftlichen Güter exportiert werden, für den Binnenkonsum gedacht sind oder für beide Verwendungen (siehe Abbildung 6). Deutlich ist dabei zu sehen, dass „Land Grabbing“ zum Export von Gütern stattfindet und nur ein geringer Anteil der „Land Deals“ für den Konsum in dem Produktionsland gedacht ist. Doch auch hier sind die Daten mit Vorsicht zu genießen, sind beispielsweise von Staat zu Staat unterschiedlich (vgl. COTULA et al. 2009: 51) und dennoch ist eine Exportorientierung von „Land Grabbing“ deutlich zu erkennen und anzunehmen.

Figure 20: The destination of production from large-scale land deals



Source: Authors' calculations based on Land Matrix data.

Notes: N = 393

Abbildung 6: Anzahl der „Land Deals“ nach ihrer Verwendung für den Export, für den Binnenkonsum oder für beides (Quelle: ANSEUWW et al. 2012: 35)

3.2.3. AkteurInnen

Die rasanten Veränderungen hinsichtlich „Land Grabbing“, die Globalisierung und damit neue AkteurInnen in der Weltwirtschaft, sowie die multiplen Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts sorgten für neue Mächtige. Während die bisherigen AkteurInnen der Weltwirtschaft aus den Ländern des Nordens, also hauptsächlich aus Nordamerika und Westeuropa, kamen, treten mit „Land Grabbing“ neue AkteurInnen auf. Das sind, wie oben bereits teilweise erwähnt, Schwellenländer und die Golfstaaten. Die kapitalstarken aber ressourcenschwachen Schwellenländer Asiens und Südamerikas beteiligen sich am globalen Agrargeschäft, sind teilweise aber auch Ziel von „Land Grabbing“. Dabei etablieren sich neue Süd-Süd Beziehungen, weil die ehemaligen Länder des Südens und jetzige Schwellenländer zum Teil in Länder investieren die am selben Kontinent, aber in der Entwicklung zurückliegen. Die zweite Gruppe kommt von den Golfstaaten, traditionell arm an Anbaufläche für Lebensmittel, dafür aber kapitalstark und somit Lebensmittelimporteur. Staaten wie Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate tendieren dazu in religiös und kulturell ähnlichen Staaten zu investieren, also im muslimischen Afrika und Asien. Die dritte Gruppe und schon bisherig mächtige AkteurInnengruppe besteht aus den Ländern des globalen Nordens. Diese Staaten sind besonders aktiv bei „Land Grabbing“ und suchen hauptsächlich Möglichkeiten zum Finanzinvestment und zur Produktion von Agrartreibstoffen. (vgl. ANSEUWW et al. 2012: 21f.)

Auch wenn es neue AkteurInnen rund um „Land Grabbing“ gibt, die große Bedeutung der Länder des Nordens zeigt sich auch in den Investoren selbst. So sind private Unternehmen aus den Ländern des Nordens die Haupttreiber von „Land Grabbing“ mit etwa zwei Drittel der „Land Deals“. Weit dahinter mit weniger als einem Viertel Anteil sind öffentliche Investoren, etwa Staatsunternehmen aus den Golfstaaten und den Schwellenländern. Eine geringe Rolle spielen Investmentfonds und Public-Private Partnerships. (vgl. ANSEUWW et al. 2012: 24)

Die veröffentlichte Meinung in den Medien ist oft sehr schnell daran angelangt, „Land Grabbing“ als Neokolonialismus und als Ausbeutung der Entwicklungsländer zu beurteilen. Die langfristigen Auswirkungen sind schwer

abschätzbar und die tatsächlichen Daten sind umstritten. Wie bedeutend aber eine positive öffentliche Meinung und eine gute Pressearbeit sind, zeigte das Negativbeispiel des südkoreanischen Konzerns Daewoo in Madagaskar. Dieser wollte 2009 1,3 Mio. ha Land für Mais und Ölpalmen pachten um damit den südkoreanischen Eigenbedarf zu decken. Das Geschäft wurde öffentlich, NGOs schalteten sich ein, Daewoo wurde in der Presse weltweit kritisiert und die öffentlichen Proteste in Madagaskar führten schlussendlich zum Sturz der Regierung und zur Aufgabe des Investments von Daewoo. (vgl. BRAUN VON und MEINZEN-DICK 2009: 1; Reuters 2009)

Die Reaktionen der internationalen Organisationen sind vielfältig und sollen Teil der Forschung in den nächsten Kapiteln sein. „Land Grabbing“ als bedeutende und existente Auswirkung der multiplen Krisen der letzten Jahrzehnte hat gehöriges Potential. Auch wenn die genauen Zahlen noch fehlen oder zweifelhaft sind, die Entdeckung vor allem von Afrika als landwirtschaftliche Ressource scheint unumstritten. Damit einhergehend treten neue AkteurInnen, eine starke Zivilgesellschaft und durch die modernen Medien eine gut informierte Öffentlichkeit in den Diskurs rund um „Land Grabbing“ ein.

4. Forschungsmethode

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit (siehe Kapitel 2. Forschungsfragen) liegt beim Vergleich der unterschiedlichen entwicklungspolitischen Ansätzen und Argumentationen im Diskurs rund um „Land Grabbing“. Zur methodischen Umsetzung wird die Kritische Diskursanalyse nach Jäger (2004⁴) angewandt. Ausgehend von einem Definitionsversuch von Diskurs und Diskursanalyse wird in diesem Kapitel die Forschungsmethode dargelegt und ihre Umsetzung in ein konkretes Forschungsdesign erklärt. Es ist wichtig dieses Kapitel so umfangreich zu halten, weil die Diskursanalyse kein festgeschriebenes Methodenpaket besitzt. Daher wurde auf die Entwicklung einer, für diese Arbeit passenden, Methode besonders Wert gelegt. Im ersten Teil wird also die Diskursanalyse disziplinübergreifend definiert (Kapitel 4.1 Diskurs und Diskursanalyse) und dann in Folge für die Geographie spezialisiert (Kapitel 4.2. Diskursanalyse in der Geographie). Anschließend wird das Forschungsdesign, also die Umsetzung der Diskurstheorien in eine Methode, erklärt (Kapitel 4.3 Forschungsdesign). Den Abschluss bildet das an das Forschungsprojekt angepasste Analyseschema (siehe Kapitel 4.4. Analyseschema).

Theorien zu Diskursen und zum Diskursbegriff an sich gibt es unzählige und einen Überblick darüber zu geben wäre arbeitsökonomisch nicht sinnvoll. Daher ist das gesamte Kapitel zur Forschungsmethode bereits an das Forschungsprojekt und -thema angepasst.

4.1. Diskurs und Diskursanalyse

Wenn man von Diskursanalyse als Forschungsmethode der empirischen Sozialforschung spricht, geht man nicht von einem vergleichsweise klar umrissenen Forschungskonzept, etwa dem der Befragung, aus, sondern wählt das breite Forschungsfeld der diskursanalytischen Ansätze. Ausgangspunkt ist dieser die Sprache und die Frage wie durch Sprache Sinn und Bedeutung geschaffen wird. In diesem Sinn lassen sich Diskurse in einer ersten groben Annäherung als „[...] Formen sprachlicher (und gesellschaftlicher) Praxis“ (REUBER und

PFAFFENBACH 2005: 202) definieren. Dabei wird Sprache im Diskurs nicht nur als gesprochene Wörter und geschriebene Schrift verstanden, vielmehr kann man Diskurse definieren als „[...] die Verbindung von symbolischen Praktiken (Sprach- und Zeichengebrauch), materiellen Gegebenheiten und sozialen Institutionen“ (GLASZE und MATTISSEK 2009b: 12). Diskurse sind also nicht nur gesprochene Wörter und geschriebene Schrift die abgegrenzt von anderem menschlichem Handeln und Tun existiert. Vielmehr ist das gesamte menschliche Sein „[...] als 'Kon'-Text ein untrennbarer Bestandteil des Diskurses“ (REUBER und PFAFFENBACH 2005: 199) und geht weit über den reinen „Text“, im Sinn von geschriebenen Sätzen und gesprochenen Aussagen, hinaus. Beispielsweise ist die Entstehungsgeschichte in den geschriebenen Sätzen eines Zeitungsartikels nicht unmittelbar erkennbar, obwohl sie Teil des Diskurses ist, der rund um diesen Text geführt werden kann. Es lässt sich also wesentlich mehr Sinn und Bedeutung in einem Text finden wie oberflächlich erkennbar in Sätzen und Aussagen. REUBER und PFAFFENBACH (2005: 203) dazu: „Was sagbar ist und was nicht, welche Bedeutung das Gesagte hat und zu welchen Konsequenzen es führt, wird nicht allein bestimmt durch die Aussage an sich, sondern durch den (sich verändernden) Diskurs (als Regelwerk kommunikativer, insbesondere sprachlicher Praxis) [...]“.

Einer der wichtigsten Diskurstheoretiker, Michel FOUCAULT, sieht in Diskursen die Fähigkeit der Herstellung einer Verbindung zwischen „[...] Institutionen, ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen, Verhaltensformen, Normsystemen, Techniken, Klassifikationstypen und Charakterisierungsweisen“ (FOUCAULT 1997 [1969]: 68). Da durch Diskurse diese Verbindungen oder Beziehungen hergestellt werden können, beinhalten Diskurse nicht primär Aussagen über Wirklichkeiten, sondern über die Herstellung dieser Wirklichkeiten. Wirklichkeiten ist gleichzusetzen mit Wahrheiten und bei beiden Konzepten geht die Sozialwissenschaft davon aus, dass es nicht die eine, alleinige, korrekte, richtige, usw. gibt. Diesem Gedanken folgend gibt es eine Vielzahl von sozial konstruierten Wahrheiten bzw. Wirklichkeiten, die sozusagen um die Vorherrschaft oder Bedeutungshoheit kämpfen. Diskurse verschiedener Diskursstränge konkurrieren untereinander. GLASZE und MATTISSEK (2009b: 12) dazu: „Indem bestimmte Diskurse hegemonial und andere marginalisiert werden, werden

bestimmte Wahrheiten und letztlich bestimmte soziale Wirklichkeiten hergestellt. Hierin liegt der Machteffekt von Diskursen“. In anderen Worten: Durch die Zumessung von Bedeutung für bestimmte und somit nicht für andere Diskurse werden Wahrheiten erst geschaffen und eine bestimmte Ordnung einer anderen vorgezogen. Ein Diskurs an sich trägt eben keine Bedeutung, sondern bekommt diese zugeschrieben (vgl. REUBER und PFAFFENBACH 2005: 199). Dadurch haben Diskurse die Fähigkeit „richtig“ und „falsch“ auszuweisen, sowie zu bemessen was in der Gesellschaft vorherrschen soll und was nicht. Das zeigt die Macht der Diskurse. Diskurse konkurrieren um diese Macht und die Vorherrschaft. Diskurse sind somit nicht absolut und statisch, sondern flexibel und variabel indem sie um Macht kämpfen. Sie verändern sich und können ein anderes Bild von Wahrheit und sozialer Wirklichkeit herstellen. Im „Kampf“ um gesellschaftliche Deutungshoheit reagieren Diskurse flexibel auf gesellschaftliche Machtverhältnisse und gesellschaftlichen Wandel, verändern sich und reagieren. (vgl. GLASZE und MATTISSEK 2009b: 11f.)

Eine mögliche Erklärung wie ein bestimmter Diskurs sich über die Zeit verändern kann, ist die diskursimmanente Konkurrenz der Wahrheiten. Die Vielfalt an Wahrheiten und deren Konkurrenz im Diskurs bedeutet, dass Veränderungen, Brüche, Fragmentierung und Offenheit im Diskurs möglich sind. Diese Veränderung des Diskurses „[...] entsteht dadurch, dass er nicht 'ein'-deutig, sondern 'viel'-deutig ist, dass stets ein 'zuviel' an Sinn produziert wird“ (MATTISSEK 2007: 39). Dem poststrukturalistischen Ansatz folgend kommt es in jedem Diskurs zu einer Überproduktion von Sinn und Bedeutung, einem „zuviel“ an sogenannten Wahrheiten und sozialen Wirklichkeiten und genau dieses „zuviel“ kann Diskurse über die Zeit verändern. (vgl. MATTISSEK 2007: 39).

Im Rahmen einer Diskursanalyse steht die Veränderung von Diskursen im Mittelpunkt. GEBHARDT et al. (2011²: 175) dazu: „Auf Basis von Diskursanalysen kann die Gewordenheit spezifischer sozialer Wirklichkeiten und spezifischer Machtverhältnisse analysiert und damit gezeigt werden, dass soziale Wirklichkeit immer kontingent ist – das heißt auch anders sein kann und damit kritisierbar ist.“ Diskursanalysen versuchen also hinter die rein sprachliche oder schriftliche Ebene zu blicken um die Herstellung von Wahrheiten verstehen zu lernen. Diese

Wahrheiten und soziale Wirklichkeiten können durch Diskursanalysen als kontingent, also als ein Zusammenspiel bestimmter gesellschaftlicher Macht, entlarvt werden. Diskursanalysen machen „[...] darauf aufmerksam, dass ein Konzept wie 'Wahrheit' als Teil des derzeit dominierenden Diskurses, als Teil unseres, z. B. im Geiste der Aufklärung und der wissenschaftlichen Moderne geprägten Weltbildes, betrachtet werden muss“ (REUBER und PFAFFENBACH 2005: 204). Die veränderlichen „Wahrheiten“ können somit der Kritik zugeführt werden. Wenn Kritik auch als Machtkritik verstanden wird, ist der politische Anspruch von Diskursanalysen evident: „Ziel ist es, vermeintlich feststehende Wahrheiten und Wirklichkeiten zu hinterfragen und damit zu zeigen, dass auch andere Wahrheiten gedacht und gelebt werden können und andere soziale Wirklichkeiten möglich sind [...]“ (GLASZE und MATTISSEK 2009b: 13). (vgl. ebd.; REUBER und PFAFFENBACH 2005: 203-205)

4.2. Diskursanalyse in der Geographie

Soweit die Beschreibung der diskurstheoretischen Ansätze für die empirische Sozialforschung allgemein. Für die Geographie und im Speziellen für die Humangeographie bietet die Diskursanalyse die Chance raumrelevantes Handeln auf der Makrostruktur der Gesellschaft zu analysieren. Das bedeutet, dass Sprache (siehe oben zu „Text“) verbunden mit dem dazugehörigem Handeln (siehe oben zu „Kon-Text“) in den Fokus der humangeographischen Arbeit gerät. Diskursanalyse thematisiert gesellschaftliche Bereiche der Macht, Hegemonie, Marginalisierung und Identität. Zusammen sind diese Fragen allesamt politische Fragen, die in der Humangeographie genauso gestellt werden können. MATTISSEK (2007: 38) dazu: „Gerade für eine politisch ambitionierte Humangeographie, die sich mit den Ausdrucksformen gesellschaftlicher Machtstrukturen und räumlicher Identitätsbildungsprozesse und den mit ihnen verbundenen Hierarchisierungs- und Abgrenzungsprozessen bei der symbolischen Repräsentation von Räumen beschäftigt, bietet eine diskurstheoretische Perspektive daher vielversprechende Möglichkeiten“. (vgl. MATTISSEK 2007: 37f.)

Die zentrale Kategorie in der Geographie ist der Raum und in der geographischen

Diskursanalyse steht daher im Zentrum „[...] die Frage, wie Räume im Diskurs durch Grenzziehungsprozesse konstituiert und mit Bedeutungen aufgeladen werden und welche Formen alltäglicher Raumaneignung damit verknüpft sind“ (MATTISSEK 2007: 42). Damit steht die diskursive Konstruktion von Räumen im Mittelpunkt, die wechselnden Machtverhältnisse und -ansprüche, sowie die Repräsentation von räumlicher Identität. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet es, dass die diskursive Aufladung des Raumes als „Spielplatz“ von Macht, Identität und Hegemonie in der geographischen Diskursforschung interessiert. STRÜVER (2009: 62) geht zurück auf FOUCAULT's Raumkonzept und sieht die Forschungsperspektive der geographischen Diskursforschung im Zusammenspiel des Dreiecks Macht, Raum und Gesellschaft, „[...] da die gesellschaftliche und damit machtgeladene Konstruktion von Räumen wichtiger Bestandteil des Sozialen ist und die Bedeutungskonstruktion von Räumen unhintergebar mit der von sozialer Wirklichkeit verstrickt ist“. Die Konstruktion dieser Räume geschieht (wie auch schon oben beschrieben) durch Sprache und gesellschaftliches Handeln.

Das steigende Interesse an diskurstheoretischen Ansätzen in der Geographie zeigt sich auf der einen Seite in der Aufnahme dieser Ansätze in geographische Standardliteratur und Handbücher (siehe GLASZE und MATTISSEK 2009a; GEBHARDT et al. 2011²), in den Artikeln der Geographischen Zeitschrift (siehe MATTISSEK 2007) und in etlichen Forschungsarbeiten. Ein Überblick über diskurstheoretische Forschungsperspektiven in der Geographie zeigt etwa in der Sozialgeographie Arbeiten zur Inklusion und Exklusion von Menschen in bestimmten Räumen und damit verbundener Raumaneignung. Das kann beispielsweise das Verbot von als „unsozial“ eingestuftes Verhalten im öffentlichen Raum sein oder eine Analyse der Marginalisierung von sozial schwachen Gruppen in französischen Vorstädten und die damit verbundenen Auswirkungen auf städtische Planung. In der Politischen Geographie gibt es Arbeiten zu der diskursiven Verknüpfung von Medieninhalten nach dem 11. September 2001 und der darin implizierten Einteilung der Welt in „gut“ und „böse“. Zudem können in der öffentlichen Debatte rund um den EU-Beitritt der Türkei die Argumentationen offen gelegt und als Machtinstrument entlarvt werden. (vgl. MATTISSEK 2007: 43-46)

Auch zur für die in dieser Arbeit bedeutenden Wirtschaftsgeographie gibt es Diskursanalysen. Diese untersuchen die vermeintlichen Wahrheiten, Fakten und Bezugsrahmen der Ökonomie, die bei weitem nicht so wenig hinterfragbar sind, wie auf den ersten Blick gedacht. Genau das konstruierte Zustandekommen dieser ökonomischen Realitäten „[...] ermöglicht es, deren Gesetzmäßigkeiten nicht als externe Ursache gesellschaftlicher Prozesse zu verstehen, sondern auch die Ökonomie selbst als gesellschaftlich konstruiertes Regelsystem zu interpretieren, das nicht natürlich gegeben ist, sondern in gesellschaftlichen Praktiken immer wieder hergestellt und bestätigt werden muss“ (MATTISSEK 2007: 46). Wenn man diesem Gedanken folgt, sind ökonomische Theorien wie beispielsweise die Entwicklungstheorien (siehe Kapitel 3.1 Entwicklungstheorien und die Geographie) konstruiert um gewisse Macht auszuüben und eine bestimmte ökonomischer Theorie als die einzig Wahre darzustellen. Diese Theorien bedürfen ständiger Bestätigung um sich gegen andere Theorien durchsetzen zu können und die Vorherrschaft zu bewahren. Ökonomische Theorien sind demnach auch veränderbar, kritisierbar und somit politisch verhandelbar. Sie sind eben nicht „natürliche“ ökonomische Notwendigkeit, sondern ein Ergebnis von diskursiven Aushandlungsprozessen. In diesem Licht kann sich auch das Hinterfragen des Entwicklungsbegriffes in den Post-Development Ansätzen erklären als Hinterfragen der Macht, der hegemonialen ökonomischen Notwendigkeiten und Wahrheiten. Post-Development Ansätze versuchen diese bestehenden aber nicht unveränderbaren Konzepte offenzulegen und zu zeigen welche alternativen Sichtweisen marginalisiert werden. Angebliche ökonomische Notwendigkeiten der neoliberalen ökonomischen Theorien und damit verbundenen gesellschaftlichen Strukturen, wie etwa das Stadtmarketing oder die Ökonomisierung der Bildung, können als diskursiv produzierte und hegemoniale Aspekte offengelegt werden (vgl. MATTISSEK 2007: 40). Die Diskurse in der Wirtschaftsgeographie können also ebenfalls durch die Diskursanalyse bearbeitet werden. (vgl. ebd.: 46-47; GLASZE und MATTISSEK 2009b: 17f.)

Weitere Beispiele für diskursanalytische Forschung in der Geographie finden sich beispielsweise im Praxisteil C des Handbuch Diskurs und Raum (siehe GLASZE und MATTISSEK 2009a) und im Überblickskapitel von GEBHARDT et al. (2011²: 177-183). In einem Beitrag zum Sammelband zu Entwicklungstheorie- und praxis

(siehe AUFHAUSER 2006²) wird der bevölkerungspolitische Diskurs diskursanalytisch hinterfragt. Es zeigen sich Veränderungen des dominierenden bevölkerungspolitischen Diskurses im Laufe der Zeit indem demographische Prozesse mit entwicklungspolitischen Ansätzen diskursiv verknüpft wurden. Das ist möglich weil mächtige AkteurInnen und von denen hervorgebrachte angebliche Wahrheiten den Diskurs dominieren und daraus entwicklungspolitische Konsequenzen gezogen werden. Konkret geschieht das etwa indem die Vergabe von Entwicklungskrediten an eine gewisse Bevölkerungspolitik in einem Land geknüpft wird. (vgl. ebd.: 217-235)

Geographie als Querschnittsdisziplin und oft fächerübergreifend tätige Disziplin bietet genau wegen diesem Charakter die idealen Voraussetzungen für diskurstheoretisch inspirierte interpretativ-verstehende Forschung. Das dafür nötige methodische Handwerkszeug ist nicht eindeutig vorgegeben und wird im nächsten Schritt beschrieben.

4.3. Forschungsdesign

In den beiden letzten Kapiteln wurde nur ein geringer Teil der diskursanalytischen Ansätze dargelegt, hauptsächlich jene die mit Michel FOUCAULT in Verbindung gebracht werden. Damit diese Forschungsfragen auch beantwortet werden, braucht es die Umsetzung der Diskurstheorie in eine Methode. Dieses Operationalisieren der Fragestellung in der Diskursforschung ist besonders schwierig, weil keine klare Methodik in der Forschung vorgegeben ist (vgl. GEBHARDT et al. 2011²: 176f.). Denn je nachdem auf welchen diskurstheoretischen Begriff, welcheN TheoretikerIn und welchen Korpus sich das Forschungsprojekt bezieht, gibt es mehr oder weniger umstrittene Methoden dazu. Das Herausarbeiten einer für die gewählte Fragestellung und den gewählten Korpus passende Methode und die Anpassung des Analyseverfahrens, ist somit herausfordernd.

Bei den Methoden zur Diskursanalyse in der Geographie kann man nicht alleinig auf Ansätze der empirisch-analytischen Sozialforschung, noch rein auf

hermeneutisch-interpretative Rekonstruktion von AkteurInnenhandlung zurückgreifen bzw. diese sind nicht alleinig sinnvoll. „Gefordert sind vielmehr Konzepte, die direkter an der Sprache ansetzen und deren Formen der Konstruktion von Raum und Region deutlich machen können“ (REUBER und PFAFFENBACH 2005: 200). Diese können aus Nachbardisziplinen der Geographie, etwa der Kommunikations-, Medien- und Sprachwissenschaft kommen. Grob betrachtet zeigen sich zwei Grundrichtungen, wobei beide sowohl überlappen, als auch noch ausdifferenziert werden müssen (für eine detaillierte Übersicht siehe REUBER und PFAFFENBACH 2005; aber auch KELLER 2007a³; BELINA und DZUDZEK 2009; GLASZE und MATTISSEK 2009a). Erstens die eher sprachphilosophische Richtung des Strukturalismus und Poststrukturalismus die sich stark auf Foucault bezieht und methodisch eher unklar bleibt. Zweitens, und für dieses Forschungsprojekt maßgeblich, die eher handlungsorientiert-interpretative Strömung im Sinn der Hermeneutik. Während die zweite Strömung das handelnde Subjekt anerkennt, lehnt die erste Richtung das handelnde Individuum eher ab und befasst sich mehr mit der Gesellschaft. Diese Methodendiskussion ist nicht am Ende, so weist MATTISSEK (vgl. 2007: 54) nur in einer Endnote in ihrem von strukturalistischen und poststrukturalistischen Methoden dominierten Artikel darauf hin, dass handlungsorientiert-interpretative Ansätze zwar zu interessanten Ergebnissen führen können, aber Grundsätze der Diskurstheorie damit verlassen werden würden. (vgl. REUBER und PFAFFENBACH 2005: 201-210; MATTISSEK 2007: 39, 54)

Die handlungsorientiert-interpretative Strömung der Diskursanalyse nimmt Anleihen an der sozialwissenschaftlichen Textanalyse, erweitert diese mit diskurstheoretischen Annahmen und geht, wie schon erwähnt, von einem strategisch handelnden Subjekt aus. Ihre disziplinären Ursprünge hat sie in den Sprach- und Kommunikationswissenschaften, wo die interpretativ-hermeneutische Textanalyse eine bewährte Methode ist. Gekennzeichnet ist die handlungsorientiert-interpretative Richtung der Diskursanalyse dadurch, „[...] dass sie meist Teile einer poststrukturalistischen Diskursanalyse à la Foucault mit Teilen klassisch-textinterpretativer Verfahren kombinieren“ (REUBER und PFAFFENBACH 2005: 210). Diese Strömung in den Sozialwissenschaften wurde neben Reiner KELLER (2005; 2007a³; KELLER et al. 2001; 2004²) speziell von Siegfried JÄGER

(2004⁴) in seinem Forschungsprogramm zur „Kritischen Diskursanalyse“ festgelegt. Diese ideologiekritische und somit höchst politische Forschungsperspektive arbeitet interdisziplinär mit Ansätzen der Psychologie, der Sozialwissenschaften sowie der Literatur- und Sprachwissenschaft. Sie geht zurück sowohl auf FOUCAULT, als auch auf den ideologiekritischen Literaturwissenschaftler Jürgen LINK und den marxistischen Theorien LENONTJEWS. (vgl. REUBER und PFAFFENBACH 2005: 209f.; BELINA und DZUDZEK 2009: 146f.)

JÄGER definiert Diskurse als „Flüsse von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“ (JÄGER 2004⁴: 158). Die jeweils geführten Diskurse beinhalten also gewisse Bedeutungen der aktuellen Zeit. JÄGER sieht, metaphorisch betrachtet, dass die Diskurse kein Wasser führen sondern jeweils gültiges Wissen. Dieses Wissen beinhaltet Vorgaben „[...] für die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit [...]“ (ebd.), bestimmt und strukturiert Wirklichkeit, kann aber auch zu dessen Veränderung beitragen. Indem sie diese Fähigkeit zur Bestimmung der Wirklichkeit haben, üben Diskurse Macht aus. Diskurse produzieren und reproduzieren Machtstrukturen, sind somit immer verbunden mit dem Ausüben von Macht in Form von Handlungen. Dabei sieht die Kritische Diskursanalyse nicht einzelne Personen oder Personengruppen als die Mächtigen im Diskurs, sondern: „Der Diskurs ist überindividuell. Alle Menschen stricken zwar am Diskurs mit, aber kein einzelner und keine einzelne Gruppe bestimmt den Diskurs [...]“ (JÄGER 2001: 86). Diskurse empirisch zu bearbeiten ist die Aufgabe der Kritischen Diskursanalyse: „Die (herrschenden) Diskurse können kritisiert und problematisiert werden; dies geschieht, indem man sie analysiert, ihre Widersprüche und ihr Verschweigen bzw. die Grenzen der durch sie abgesteckten Sag- und Machbarkeitsfelder aufzeigt, die Mittel deutlich werden lässt, durch die die Akzeptanz nur zeitweilig gültiger Wahrheiten herbeigeführt werden soll – von angeblichen Wahrheiten also, die als rational, vernünftig oder gar als über allen Zweifel erhaben dargestellt werden“ (ebd.: 83). (vgl. JÄGER 2004⁴: 158f.)

Für die Durchführung der Kritischen Diskursanalyse bietet JÄGER eine Reihe von Begriffen: Texte sind oder enthalten Elemente, oder sprachliche und schriftliche Manifestierungen, von Diskursen. „Diese Elemente bezeichne ich als Diskursfragmente. Sie sind Bestandteile bzw. Fragmente von Diskurssträngen (=

Abfolgen von Diskursfragmenten mit gleicher Thematik), die sich auf verschiedenen Diskursebenen (= Orte, von denen aus gesprochen wird, also Wissenschaft, Politik Medien, Alltag etc.) bewegen und in ihrer Gesamtheit den Gesamtdiskurs einer Gesellschaft ausmachen [...]“ (JÄGER 2004⁴: 117). Diesen Gesamtdiskurs zu analysieren bleibt das Ziel.

Diskursfragmente, Diskursstränge, Diskursebenen, diskursive Ereignisse und der Gesamtdiskurs sollen erschlossen werden durch konkrete Schritte der Kritischen Diskursanalyse, die sich stark an die sprachwissenschaftliche Textanalyse anlehnen. Für die gewählte Forschungsfrage innerhalb der Wirtschaftsgeographie und die verwendeten Texte eignet sich die Kritische Diskursanalyse wegen der, im Vergleich zu anderen Ansätzen, gut verfügbaren und verständlichen Methodik. Das von JÄGER vorgeschlagene Analyseschema (vgl. JÄGER 2004⁴: 171-214) musste angepasst und erweitert werden um die Fragestellung besser bearbeiten zu können (siehe Kapitel 4.4 Analyseschema). Diese Anpassung der „[...] diskursanalytischen 'Werkzeugkiste' [...]“ (JÄGER 2001: 96) ist dezidiert erlaubt (vgl. JÄGER 2004⁴: 190; KELLER et al. 2007a³: 8) und in der Literatur zur Geographischen Diskursanalyse durchaus vertreten (vgl. REUBER und PFAFFENBACH 2005: 217; BELINA und DZUDZEK 2009: 146f.).

4.4. Analyseschema

An das Forschungsprojekt angepasstes Analyseschema der Kritischen Diskursanalyse (vgl. JÄGER 2004⁴: 171-214) mit Erklärung:

4.4.1. Kurze Erschließung des Diskurses und Diskurskontextes, knappe Charakterisierung der Diskursebene

Der entwicklungspolitische Diskurs zum wachsenden Interesse an großen Agrarflächen ist u.a. von der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/08 als diskursives Ereignis beeinflusst. Darüber hinaus ist die darauf folgende weltweite Diskussion zur Ernährungssicherheit, der Aufschwung von Agrartreibstoffen, der weltweite Emissionshandel und die Verschiebungen der globalen geopolitischen Akteure zu

erwähnen (siehe Kapitel 3.2 Forschungsstand zu „Land Grabbing“).

Diskursebenen stellen soziale Orte dar, an denen über ein Thema gesprochen wird (vgl. JÄGER 2004⁴: 163). In dieser Arbeit wird ausschließlich die Diskursebene der „Politischen Stellungnahmen“ betrachtet. Die schriftlichen und öffentlich verfügbaren Stellungnahmen von AkteurInnen im Diskurs können – mit Abstrichen – auch als „Positionspapiere“, „Gutachten“ oder „Grundsatzpapiere“ bezeichnet werden. „Politische Stellungnahme“ oder einfach nur „Stellungnahme“ charakterisiert die Diskursebene, um die es in der Arbeit geht, dann doch am besten. Andere Diskursebenen, auf den über „Land Grabbing“ gesprochen wird, wären etwa Printzeitungen, das Fernsehen oder populärwissenschaftliche Bücher. In der Arbeit werden Stellungnahmen verwendet, einerseits weil die Texte sowohl kostenlos und frei online verfügbar sind und in dem sehr aktuellen Diskurs rund um „Land Grabbing“ zu den ersten schriftlichen Dokumenten zu zählen sind. Andererseits zeigen sie das Thema aus der Sicht einer Akteurin/eines Akteurs zeigen und sind in ihrem Anspruch höchst politische Texte.

4.4.2. Gewinnung und Aufbereitung des Materialkorpus

Auf Basis der bisherigen Überlegungen wurden schriftliche Stellungnahmen systematisch und kriteriengeleitet ausgewählt und so der Materialkorpus für die Analyse zusammengestellt. Der erste Schritt bestand im Sichten einer größtmöglichen Zahl an deutsch- und englischsprachigen Texten die zur Forschungsfrage und -thematik passen, um gewissermaßen die Grundgesamtheit des Diskursmaterials abzustecken. Das ergab eine viel zu große Anzahl an Texten. Auch wegen des arbeitsökonomisch beschränkten Umfanges dieses Forschungsprojektes, musste daher das Material reduziert werden (vgl. KELLER 2001: 137). Diese Materialreduktion wurde im zweiten Schritt nach dem Prinzip der „Schlüsseltexte“ durchgeführt. Schlüsseltexte stellen besonders bedeutende Texte für den Diskurs dar, sie haben „[...] eine besonders herausgehobene Position [...]“ (WALDSCHMIDT 2004²: 161) und sind „[...] Orientierungspunkte im Labyrinth der diskursiven Äußerungen“ (ebd.). Ein Schlüsseltext kann allerdings erst nach einiger Zeit als ein solch bedeutender Text bewertet werden (vgl. ebd.; SPIESS 2013: 29). Darum wurden alle Veröffentlichungen ab dem Jahr 2012 wegen

deren Aktualität nicht beachtet und nur Texte mit der Veröffentlichung ab etwa 2007 (mit der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 als diskursives Ereignis) bis 2011 herangezogen. Mögliche Kriterien für die Auswahl von Schlüsseltexten, wobei zumindest einige zutreffen müssen, sind: „1. Thematische Gebundenheit an das Diskursthema. 2. Häufige Thematisierung des Textes in anderen Diskurstexten und Diskursen. 3. Häufiger Bezug anderer Texte und Äußerungen auf den Text oder auf zentrale Argumente, Argumentationsmuster oder Schlüsselwörter, die dieser Text geprägt hat. 4. Verdichtung der diskursiven Argumentationslinien. 5. Umstrittenheit des Textes. 6. Thematisierung von Sprachgebrauchsweisen, die den Diskurs strukturieren“ (SPIESS 2013: 29). Der zweite und dritte Aspekt kann auch als „[...] Würdigung durch Fachkollegen [...]“ (WALDSCHMIDT 2004²: 161) betrachtet werden. Diese Kriterien können erweitert werden um pragmatische Aspekte, wie etwa der Zugänglichkeit der Texte im Internet, dem freien und öffentlichen Zugriff sowie einer arbeitsökonomisch sinnvollen Länge des einzelnen Textes (vgl. ebd.).

Das Ergebnis nach dem zuletzt dargelegten Auswahlsschritt waren einige Schlüsseltexte, die noch weiter verdichtet und reduziert werden mussten, um aussagekräftige, der Fragestellung angepasste und interessante Ergebnisse erzielen zu können. Dies wurde mittels dem Prinzip der „Maximalen Kontrastierung“ durchgeführt, d.h. der Auswahl von Texten die möglichst unterschiedlich sind. Damit konnte die gesamte Bandbreite des Diskurses analysiert oder zumindest versucht werden, einen relativ umfassenden Überblick über die Vielfalt innerhalb des Diskurses zum Thema „Land Grabbing“ zu geben. (vgl. KELLER 2007b: 32f.)

Zusammen mit dem Prinzip der Maximalen Kontrastierung wurde auch das Prinzip der „synchronen Querschnittsanalyse“ angewendet (vgl. JÄGER 2004⁴: 161; REUBER und PFAFFENBACH 2005: 218). Entsprechend dieses Prinzipes wurden nur Texte aus einem gewissen und eher kurzen Zeitraum analysiert. Das macht bei dem so aktuellen Phänomen „Land Grabbing“ Sinn, weil es so aktuell ist und es dazu noch keine Texte über einen längeren Veröffentlichungszeitraum gibt. Im Jahr 2010 wurden die ersten, auch nach den Schlüsseltext-Kriterien bedeutenden Texte veröffentlicht. Es wurden daher nur offizielle „Stellungnahmen aus dem

vergleichsweise kurzen Zeitraum des Kalenderjahres 2010 für die Bearbeitung ausgewählt. Die endgültige Auswahl folgte dann dem Prinzip der Maximalen Kontrastierung, um die große Bandbreite des Diskurses zum Zeitpunkt 2010 zu erfassen. Text No. 1 (DE SCHUTTER 2009, siehe unten) wurde zwar am 28.12.2009 veröffentlicht, aber erst am 5.3.2010 offiziell vor dem UN-Menschenrechtsrat vorgestellt und wird daher an dieser Stelle zum Jahr 2010 gezählt.

Basierend auf dem Prinzip der Schlüsseltext-Analyse, des Prinzips der synchronen Querschnittsanalyse sowie des Prinzips der Maximalen Kontrastierung wurden schließlich drei (bzw. vier) Texte ausgewählt, die den Materialkorpus ausmachen und der Analyse zugeführt wurden.

Text No. 3a (GCAR et al. 2010) ist hinsichtlich der Wortanzahl besonders kurz, erfüllt aber alle anderen Kriterien um in den Korpus zu kommen. Daher wurde ein zusätzlicher Text, No. 3b (CECCAM et al. 2011), hinzugefügt. Dieser erweitert Text No. 3a., passt thematisch und hinsichtlich der Auswahlkriterien zu den anderen Texten. So kann auch darüber hinweg gesehen werden, dass das Veröffentlichungsdatum (Frühjahr 2011) nicht vollständig dem Kriterium der synchronen Querschnittsanalyse entspricht.

Verwendete Texte (chronologische Nummerierung und in Folge nur mehr als Kurzzitat verwendet):

1. (DE SCHUTTER 2009)

DE SCHUTTER O. (2009): Large-scale land acquisitions and leases: A set of minimum principles and measures to address the human rights challenge. Report of the United Nations Special Rapporteur on the right to food; online 28.12.2009, http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20100305_a-hrc-13-33-add2_land-principles_en.pdf (24.09.2013).

2. (FAO et al. 2010)

FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), IFAD (International Fund for Agricultural Development), UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) und The World Bank Group (Hrsg.) (2010): Principles for Responsible Agricultural Investment that Respects Rights, Livelihoods and Resources. Discussion Note, Extended Version; online 25.01.2010, http://siteresources.worldbank.org/INTARD/214574-1111138388661/22453321/Principles_Extended.pdf (24.09.2013).

3a. (GCAR et al. 2010)

GCAR (The Global Campaign for Agrarian Reform Land Research Action Network), FIAN International, Focus on the Global South, La Via Campesina und Social Network for Justice and Human Rights (REDE SOCIAL) (Hrsg.) (2010): Why we oppose the Principles for Agricultural Investment; online Oktober 2010, <http://viacampesina.org/en/images/stories/pdf/whyweopposeai.pdf> (24.09.2013).

3b. (CECCAM et al. 2011)

CECCAM (Centro de Estudios para el Cambio en el Campo Mexicano, Study Centre for Change in the Mexican Countryside), FIAN International, Focus on the Global South, Friends of the Earth International, Global Campaign on Agrarian Reform, GRAIN, La Via Campesina, Land Research Action Network, Rede Social de Justicia e Direitos Humanos (Social Network for Justice and Human Rights) und World Forum of Fisher Peoples (Hrsg.) (2011): It's time to outlaw land grabbing, not to make it „responsible“!; online 17.04.2011, <http://www.grain.org/e/4227> (24.09.2013).

4.4.3. Strukturanalyse

Die Strukturanalyse (vgl. JÄGER 2001: 103-105; JÄGER 2004⁴: 195f.) hat das Ziel inhaltliche, formale und ideologische Schwerpunkte der vier Artikel zu erfassen.

Die Materialaufbereitung für die Strukturanalyse umfasst folgende Aspekte:

I. Allgemeine Charakterisierung des Artikels:

- I.a. Politische Verortung, Leserschaft, Zielgruppe, Verbreitung
- I.b. AutorIn/HerausgeberIn (biographischer und struktureller Hintergrund: Funktion und Gewicht innerhalb der Organisation, Spezialgebiete, bisherige Forschungsinteressen und Publikationen, usw.)
- I.c. Entstehungsgeschichte (Grund/Anlass der Publikation, ev. diskursives Ereignis)
- I.d. Textsorte und damit ev. verbundene inhaltliche Funktion (Bsp. verpflichtende/freiwillige Richtlinien für Mitglieder, Information, Klarstellung, usw.)
- I.e. Verweise auf andere Texte (auf welche Texte wird bzw. wird nicht verwiesen, welche Texte werden als Grundlage angenommen, gibt es Verweise auf ähnliche/konträre/begleitende Texte), usw.

II. Überblick über den gesamten Artikel in Hinblick auf die gewählte

Thematik

- II.a. Angabe der bibliographischen Daten des Artikels, Stichwörter zu der Thematik, mögliche Besonderheiten
- II.b. Zusammenfassender Überblick über die in dem Artikel angesprochenen/aufgegriffenen Themen, qualitative Bewertung, auffälliges Fehlen bestimmter Thematiken, Präsentation und quantitative Häufungen bestimmter Thematiken in Hinblick auf mögliche diskursive Ereignisse
- II.c. Zuordnung der Einzelthemen zu thematischen Bereichen (Bsp. beim biopolitischen Diskursstrang etwa zu folgenden Unterthemen: Krankheit/Gesundheit, Geburt/Leben, Tod/Sterben, Ernährung, Ökonomie, Bioethik/Menschenbild) und etwaigen Diskursstrangverschränkungen, etwa: Landrechte, Ökologie, Entwicklungshilfe etc.

III. Zusammenfassung von I. und II.: Bestimmung der Diskursposition des jeweiligen Artikels in Hinblick auf die jeweilige Thematik

4.4.4. Feinanalyse

Die Artikel werden in der Feinanalyse (vgl. Jäger 2001: 103-106; Jäger 2004⁴: 175-187) detailliert analysiert um die darin enthaltenen Diskursfragmente, d.h. die Textstellen die ein Thema behandeln, zu Diskurssträngen bündeln zu können. Diese Feinanalyse ist äußerst umfangreich und detailliert. Es würde den Umfang dieser Arbeit sprengen die tabellarische Analyse beizufügen. Beispiele von den Feinanalysen finden sich im Anhang (Kapitel 8.4. Beispiele aus der Feinanalyse).

Die Materialaufbereitung für die Feinanalyse umfasste folgende Aspekte:

I. Text-“Oberfläche“

- I.a. Gliederung des Artikels in Sinneinheiten, Abschnittsweise Inhaltsangabe
- I.b. Überschriften und Zwischenüberschriften (grafische Gliederung) und Überprüfung mit dem tatsächlichen Inhalt (inhaltliche Gliederung) des

Textes

- I.c. Im Artikel angesprochene Themen und Unterthemen (Diskursfragmente) mit ihren Berührungen und Überlappungen untereinander (Diskursstrangverschränkungen)
- I.d. Inhaltliches Ziel herausarbeiten, Argumentationsstrategien des gesamten Textes

II. Sprachlich-rhetorische Mittel

- II.a. Substantive und ihr Kontext: Erkennbarkeit von Kollektivsymbolik (kollektiv geteilte Bilder der gesellschaftlichen Wirklichkeit, Bsp. das „Boot“ als eine Nation im Asyl Diskurs) und deren Funktion
- II.b. Erkennbarkeit von Metaphern, vom Leser/von der Leserin implizit und explizit erwartetes Vor- bzw. Hintergrundwissen und Aussagen die eine bestimmte Diskursposition erkennbar machen
- II.c. Implikate, Anspielungen, Klischees
- II.d. Binäroptionen (Bsp. gut-schlecht, Entwicklung-Unterentwicklung)
- II.e. Untersuchung von Pronomen, deren Dominanz und Bedeutungsfelder, damit einhergehende AkteurInnenkennzeichnung (Bsp. Wer ist mit „wir“ gemeint?)
- II.f. Wer sind die AkteurInnen im Diskurs (Nennung, Häufigkeit der Nennung und zugemessene Bedeutung)?
- II.g. Art und Form der Argumentation, Stil, Argumentationsstrategie im einzelnen Argument (Bsp. Verallgemeinerung, Relativierung,...)
- II.h. Sprachliche Besonderheiten (Hervorhebungen, Fragesätze, Fehler, Stil,...)

III. Inhaltlich-ideologische Aussagen

- III.a. Welche Art von Menschenbild setzt der Artikel voraus, vermittelt der Artikel?
- III.b. Welche Art von Gesellschaftsverständnis setzt der Artikel voraus, vermittelt der Artikel?
- III.c. Welche Art von Wirtschaftssystem und -verständnis setzt der Artikel voraus, vermittelt der Artikel?
- III.d. Welche Art von Technikverständnis setzt der Artikel voraus, vermittelt

der Artikel?

- III.e. Welche Art von Normalität, Wahrheit und Ordnung setzt der Artikel voraus, vermittelt der Artikel?
- III.f. Welche Art von Entwicklung und welchen Entwicklungsbegriff setzt der Artikel voraus, vermittelt der Artikel?
- III.g. Welche Aspekte werden nicht erwähnt („Nicht-Aspekte“), sonstige Auffälligkeiten (Bsp. zur Verbindlichkeit der Vorschläge/Prinzipien)
- III.h. Welche Zukunftsperspektive entwirft der Artikel?

IV. Interpretation (unter Rückgriff auf die vorliegende

Materialaufbereitung I. bis III. nach Struktur- und Feinanalyse)

- IV.a. Allgemein: Welchen Beitrag leistet der jeweilige Text zum entwicklungspolitischen Diskurs rund um das Thema „Land Grabbing“?
- IV.b. Welche Botschaft, welche Kernaussage vermittelt das Diskursfragment (Motiv und Ziel des Textes bzw. des Autors/der Autorin und wie diese Aspekte erreicht werden)? Was von dieser Botschaft kommt bei dem Leser/der Leserin an?
- IV.c. Welche Zielgruppe versucht der Autor/die Autorin anzusprechen?
- IV.d. Wie wirksam hinsichtlich einer meinungsbildenden Weltsicht ist der Text? Was beabsichtigt die/der AutorIn bzw. HerausgeberIn?
- IV.e. Wie verhält sich der Text mit seinen Diskursfragmenten zum hegemonialen Diskurs rund um „Land Grabbing“?
- IV.f. Wie wird auf diskursive Ereignisse Bezug genommen?
- IV.g. Wie wird das Phänomen „Land Grabbing“ beschrieben, erklärt und in Worte gefasst?

4.4.5. Überprüfung der Ergebnisse durch die Argumentationsanalyse nach TOULMIN (1958)

Die Kritische Diskursanalyse nach Jäger ist nur eine Möglichkeit eine Diskursanalyse zu operationalisieren und wurde bereits an Fragestellung, Korpus und Thema angepasst. Die Ergebnisse sind nicht wie bei anderen Methoden der empirischen Sozialforschung objektiv erfassbar, im Sinne quantitativer Ergebnisse. Vielmehr haben die Ergebnisse „[...] nicht den Anspruch, eine von der

Beobachtung unabhängige 'Realität' zu beschreiben“ (GEBHARDT et al. 2011²: 175), sondern versuchen diskursive Strukturen offenzulegen und Möglichkeiten der Interpretation anzubieten.

Zur Überprüfung der im Zuge der Struktur- und Feinanalyse gewonnenen Ergebnisse wird das Verfahren der Argumentationsanalyse nach TOULMIN verwendet (siehe TOULMIN 1958. – Zitiert in GEBHARDT et al. 2011²: 179f.). Damit kann das sozialwissenschaftliche Gütekriterium der Plausibilität eingehalten werden. D.h. es wird sichergestellt, dass Ergebnisse nachvollziehbar und geeignet sind die Forschungsfrage zu beantworten (vgl. GEBHARDT et al. 2011²: 176f.). So kann „[...] zumindest der Anspruch auf prinzipielle Offenlegung und Nachvollziehbarkeit der Interpretation [...]“ (KELLER 2001: 137) gewahrt werden. Auch das ausführliche Befassen mit der Diskursanalyse als Methode sowie der Beschreibung des Vorgehens bei Textauswahl und Struktur- und Feinanalyse in diesem Kapitel soll dazu beitragen, das gesamte Forschungsprojekt nachvollziehbar zu machen. Mit der Argumentationsanalyse soll es möglich sein stark begründete Erstinterpretationen bestätigen zu können und mögliche „blinde Flecken“ aufzuzeigen. Im Umkehrschwung sollen schwach begründete Erstinterpretationen, die sich durch die Argumentationsanalyse nach TOULMIN nicht erhärten, auch verworfen werden können.

Die Argumentationsanalyse versucht Argumentationen offenzulegen und zu zeigen wie argumentiert wird. Denn Argumentationen sind nie durch sich alleine begründet, sondern haben eigentlich immer einen argumentativen Hintergrund. „Der methodische Kerngedanke der Argumentationsanalyse ist, dass Begründungen für bestimmte Behauptungen oftmals auf implizites [...] Hintergrundwissen zurückgreifen, welches sie als 'gegeben' und damit als 'wahr' voraussetzen“ (GEBHARDT et al. 2011²: 179). Dieses Hintergrundwissen ist im Argument versteckt und wird durch das Argumentationsschema offengelegt (vgl. Abbildung 7). Das Argument besteht aus Behauptung (claim/conclusion) und mehr oder weniger begründete Tatsachen (fact, data). Die Behauptung stützt sich auf diese Tatsachen, sie liefern die Begründung für eine Behauptung. Implizit enthalten ist die Schlussregel (warrant). Diese stellt den Übergang von „Tatsache“ zur Behauptung sicher. „Die Schlussregel basiert ihrerseits wiederum auf

Hintergrundwissen, das zum 'Verständnis' der Schlussregel vorausgesetzt wird und damit grundlegend für die gesamte Argumentation ist“ (ebd.: 180). Durch das Aufdecken von Schlussregeln und deren „Backing“ kann „hinter“ das Argument geblickt werden, es können Begründungen für Behauptungen gefunden und deren implizites Vor- und Hintergrundwissen offen gelegt werden. (vgl. ebd.: 179f.)

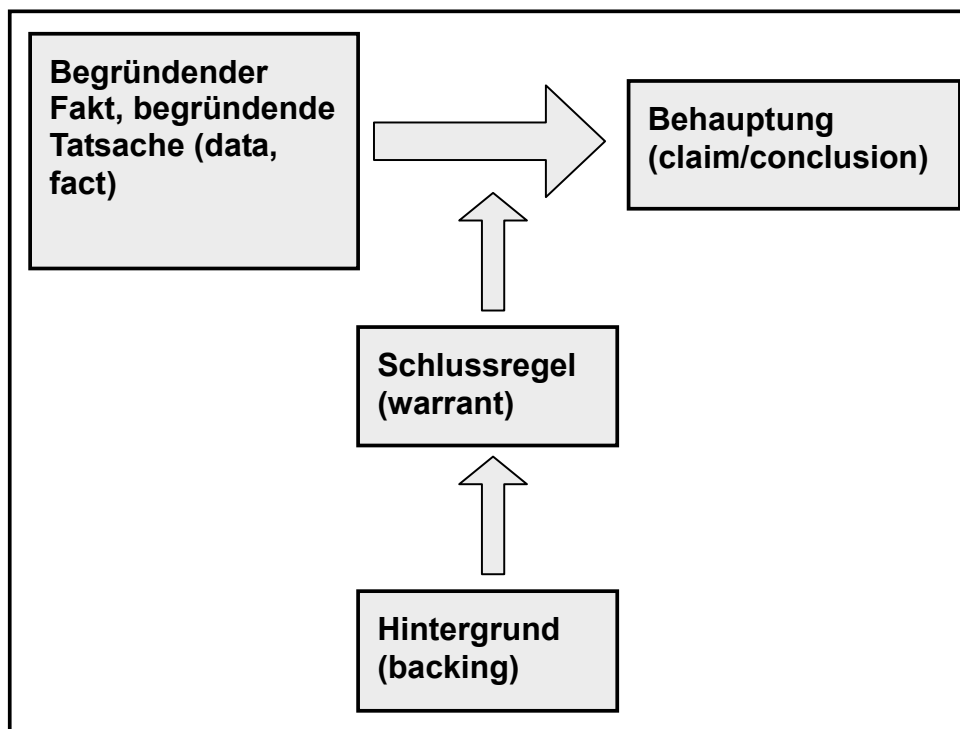


Abbildung 7: Analyseschema nach TOULMIN (Quelle: TOULMIN 1958. – Zitiert in GEBHARDT et al. 2011²: 180; eigene Darstellung)

4.4.6. Synoptische Gesamtanalyse im Sinne der Gesamtreflexion

Der vorletzte Schritt in dem hier beschriebenen und angewandten Analyseschema ist die synoptische Gesamtanalyse im Sinne der Gesamtreflexion (vgl. JÄGER 2004⁴: 194-196). Es wird also nochmals das gesammelte Material inklusive der Argumentationsanalyse gesichtet, es werden Zusammenhänge und Differenzachsen gesucht sowie das Material generell verglichen. Im Zuge dieses Schrittes kann es zur Ergänzung von Interpretationen kommen, aber auch zum Verwerfen oder Bestärken alternativer Interpretationen. Das Material wird verglichen, zusammengefasst und in einer Gesamtreflexion aufbereitet. (vgl. JÄGER 2004⁴: 194-196)

4.4.7. Beantwortung der Forschungsfragen

Der letzte Schritt ist die Beantwortung der im Kapitel 2 aufgestellten Forschungsfragen. Damit geht es zurück zum Forschungsinteresse und dem Titel der Arbeit.

5. Forschungsergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse des Forschungsprojektes beschrieben und diskutiert. Es beginnt mit den Ergebnissen der Strukturanalyse für alle vier Texte (Kapitel 5.1 Ergebnisse der Strukturanalyse). Anschließend werden die Ergebnisse der vier Feinanalysen diskutiert (Kapitel 5.2 Ergebnisse der Feinanalyse). Es folgt die Überprüfung der Ergebnisse durch die Argumentationsanalyse (Kapitel 5.3) und die synoptische Gesamtanalyse im Sinne der Gesamtreflexion (Kapitel 5.4). Zuletzt werden die Forschungsfragen auf Basis der Analysen beantwortet (Kapitel 5.5).

Der große Umfang der Texte im Korpus lässt es selbstverständlich nicht zu, auf alle Analyseergebnisse einzugehen. Beispielsweise wird bei der Strukturanalyse die wenig relevante Zeichenanzahl des jeweiligen Textes nicht erwähnt oder bei der Feinanalyse nicht alle Themen und Unterthemen aufgelistet und diskutiert. Speziell eingegangen wird auf besondere und auffällige Merkmale die für die Diskursstranganalyse und Synthese in Kapitel 5.4 interessant sind.

Die Feinanalyse ist äußerst umfangreich und detailliert. Es würde den Umfang dieser Arbeit sprengen die tabellarische Analyse beizufügen. Beispiele von den Feinanalysen finden sich im Anhang (Kapitel 8.4. Beispiele aus der Feinanalyse).

Zwei methodische Anmerkungen müssen an dieser Stelle gemacht werden. Aus den Texten des Korpus wird durch direkte und indirekte Zitate zitiert indem auf die Seiten- und Absatzzahl hingewiesen wird. Der Kurzbeleg zum Text wird dabei nur zu Beginn ausgeschrieben (beispielsweise DE SCHUTTER 2009) und in Folgen dessen mit „ebd.“ (für „ebenda“) abgekürzt um den Lesefluss nicht zu stören. Beispielsweise verweist folgendes indirekte Zitat auf Seite 8, Absatz 38 im originalformatierten Text: (vgl. ebd.: 8, Abs. 38). Wird in der Originalsprache Englisch zitiert, geschieht dies durch ein direktes Zitat. Bei Übersetzungen ins Deutsche bzw. sinngemäßer Verwendung wird ein indirektes Zitat gewählt.

5.1. Ergebnisse der Strukturanalyse

Text No. 1 (DE SCHUTTER 2009) ist eine von den Vereinten Nationen Ende 2009 herausgegebene Stellungnahme (18 Seiten, ca. 9.500 Wörter). Der Autor ist der Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessene Ernährung, Olivier De Schutter, und veröffentlicht wurde das Dokument am 28. Dezember 2009 in Originalsprache Englisch. Es ist ein Anhang zum Jahresbericht 2009 des Sonderberichterstatters und wurde am 5. März 2010 vor dem UN-Menschenrechtsrat präsentiert.

Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessene Ernährung ist ein unabhängiger Sonderberichterstatter des Menschenrechtsrats mit der Aufgabe, Berichte über die Lage hinsichtlich des Menschenrechts auf angemessene Ernährung zu erstellen. Dieses Mandat wurde im Jahr 2000 erstmals personell mit Jean Ziegler besetzt, sein Nachfolger ist seit 2008 der Belgier De Schutter. Offiziell unabhängig und weisungsfrei, ist seine politische Verortung nur schwer festzumachen. Seine wissenschaftliche Karriere war vor allem in Universitäten in den Ländern des Nordens (u.a. Harvard und Sorbonne) und er war länger für die Vereinten Nationen und für die Europäische Union für die Menschenrechte tätig. (vgl. United Nations Special Rapporteur on the Right of Food o.J.a, o.J.b)

Zu der Zielgruppe des Textes gehören vor allem die vielen UN-Teilorganisationen, zudem geht der Bericht an Menschenrechtsrat und Generalversammlung. Aber auch interessierte LeserInnen und die Medien sind zu nennen, denn der Text ist frei online verfügbar. Jedoch ist wegen der gehobenen Sprache und des Umfangs davon auszugehen, dass ein Vorwissen zu Menschenrechten und zum Thema notwendig ist, um ihn zu lesen.

Der Text wurde aufgrund der Aktualität als Anhang zum jährlichen Bericht des Sonderberichterstatters verfasst. Der Text basiert laut eigenen Angaben auf einem Entwurf aus dem Juni 2009, der im Rahmen eines Runden Tisches im September 2009 vorgestellt wurde. Bei diesem, von Japan geleiteten und mit Unterstützung der Weltbank, FAO, IFAD und UNCTAD durchgeführten Runden Tisch wurde über das wachsende Interesse an Agrarinvestitionen diskutiert.

Nichtregierungsorganisationen waren am Runden Tisch unterrepräsentiert, kritische Stimmen werden in der Zusammenfassung nicht erwähnt und so wurde als Ergebnis ein von den zuvor genannten Organisationen geführter weiterer Diskussionsprozess gestartet. Zudem wird im Text die Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 als bedeutendes Ereignis für das Entstehen der Thematik verwiesen. (vgl. Ministry of Foreign Affairs of Japan 2009a, 2009b)

Der Text hat viel Aufmerksamkeit und Beachtung gefunden, wurde in Fachliteratur und Medien zitiert, aber auch von kritischen NGOs verwendet. Das kann sowohl am international anerkannten Renommee des Verfassers liegen, an den vorgeschlagenen und bereits sehr deutlichen Mindestprinzipien die bei großflächiger ausländischer Investition in agrarisch genutzte Fläche einzuhalten sind, oder an der erstmaligen Veröffentlichung eines solchen Grundsatzpapiers. Der Text dient inhaltlich als Vorschlag von Mindestprinzipien und als Diskussionsgrundlage, ist aber als Bericht selbstverständlich für UN-Mitgliedsstaaten nicht bindend und daher werden die Mindestprinzipien nur vorgeschlagen.

Im Text finden sich folgende Diskursstränge in unterschiedlicher Quantität: Vorstellung von landwirtschaftlicher Struktur, Land- und Ressourcenrechte, Auslandsdirektinvestitionen (FDI), Ernährungssicherheit, Soziale Aspekte, Ökologische Aspekte, Herausforderungen an Governance. Die Diskursposition ist, allgemein und über den gesamten Artikel hinweg betrachtet, sehr stark dominiert von einer Begründung mit den Menschenrechten und im Speziellen mit dem Menschenrecht auf angemessene Ernährung. Das lässt sich mit der beruflichen Funktion des Autors erklären und zeigt eine Position die sich primär an den Betroffenen Menschen und lokalen Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Südens orientiert. Diese sollen von den, laut Autor durchaus vorhandenen, negativen Auswirkungen geschützt werden und von den ebenso vorhandenen Vorteilen profitieren. Betont wird im Text, dass es primär an der Governance, also der Regierungsführung in den betroffenen Staaten liegt, den dadurch entstandenen Herausforderungen zu begegnen. Zusammenfassend geht die Diskursposition von einer bedeutenden Rolle des Staates bzw. der Regierenden aus und diese werden in die Pflicht genommen für das Schaffen von

Voraussetzungen und Mindeststandards.

Text No. 2 (FAO et al. 2010) ist eine Stellungnahme herausgegeben unter Führung der Weltbankgruppe (in Folge nur: Weltbank) zusammen mit den internationalen Organisationen FAO, IFAD und UNCTAD. Die Weltbank ist nach Eigendefinition eine internationale Organisation zur Förderung der ökonomischen Entwicklung von Entwicklungsländer. FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations, dt. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen), IFAD (International Fund for Agricultural Development, dt. Internationaler Fond für landwirtschaftliche Entwicklung) und UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development, dt. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung) sind, mit Ausnahme von IFAD, Organisationen der Vereinten Nationen und befassen sich ganz allgemein mit Entwicklung bzw. landwirtschaftlicher Entwicklung. Die UN-Organisationen sind offiziell unabhängig, dennoch kann eine politische Agenda in diesen internationalen Gremien durch dominierende Staaten bzw. der in dort dominierenden politischen Einstellungen erkennbar sein. Bei der Weltbank ist das relativ eindeutiger, denn die ist von Interessen der stimmberechtigten Industrienationen geleitet. Auch die Führungsspitze der Weltbank und die ökonomische Agenda des Freihandels deuten auf einen ökonomisch liberalen Hintergrund hin. (vgl. The World Bank o.J.; United Nations o.J.)

Der Text ist im Jänner 2010 veröffentlicht worden als Vorabinformation zu einer Studie der Weltbank die ein Jahr später im Jänner 2011 publiziert wurde (vgl. The World Bank 2010). Im Text werden vorläufige Erkenntnisse und Ergebnisse der später erschienenen Weltbank-Studie präsentiert, wohl auch wegen der Brisanz des Themas. Daher ist auch die inhaltliche Führung im Text No. 2 durch die Weltbank deutlich. Zudem kann der Runde Tisch zu der Thematik im September 2009 (siehe oben) als Kontext genannt werden. Dort wurde bereits die Absicht erklärt die im Text No. 2 dargelegten Prinzipien zu entwickeln. Es zeigt sich also ein längerer Prozess vor und nach der Veröffentlichung von Text No. 2. Zudem wurde auch ein gekürzter, 5-seitiger Text veröffentlicht, denn die hier analysierte Version ist mit 22 Seiten und knapp 15.000 Wörter der längste Text im Korpus.

Das Resultat in Form der sieben Prinzipien fand Beachtung weil Prinzipien vorgeschlagen wurden (siehe unten). Der Text ist ein oft zitiertes Werk und gilt sowohl als Grundsatzpapier der Weltbank, als auch als Reibepunkt für dessen KritikerInnen. Denn die Weltbank ist höchst umstritten und ebenso umstritten sind deren Prinzipien und Methoden. Die Gegner sind vor allem in den globalisierungs- und entwicklungskritischen NGOs zu finden (siehe Text No. 3a und 3b).

Der Text ist nach Eigendefinition eine „discussion note“, ein Diskussionsbeitrag zur laufenden Diskussion. Er kann aber auch als Stellungnahme der Herausgeber gesehen werden, speziell weil konkrete Prinzipien zu dem aktuellen Thema vorgeschlagen werden. Die inhaltliche Funktion kann also gesehen werden als Positionspapier zu der aktuellen Diskussion, als Vorschlag von vorläufigen und freiwilligen Prinzipien. Dabei sind die Zielgruppen die beteiligten Stakeholder, Gesetzgeber, Regierungen und Mitglieder in internationalen Organisationen, aber auch interessierte Laien und die genannten KritikerInnen.

Nach der Einleitung werden die sieben „Prinzipien für nachhaltiges landwirtschaftliches Investment welches die Rechte, Lebensgrundlagen und Ressourcen respektiert“ (engl. principles for responsible agricultural investment that respects rights, livelihoods and resources, RAI) ausführlich erklärt. Diese Prinzipien verdeutlichen sowohl in Form als auch im Inhalt die Diskursposition der Herausgeber, denn sie sind orientiert an best-practice Beispielen, Idealvorstellungen und dem generellen Zustandekommen von Investments. Damit werden zugleich Nachteile und Risiken nicht erwähnt und beschwichtigt, sowie das Thema überaus positiv behandelt. Als vorrangiges Ziel wird das Zustandekommen von Investments genannt und die Prinzipien sollen diesen Weg ebnen und Investitionen möglich machen. Somit wird dem meist ausländischen Investor viel Platz im Text zugemessen, sowie dessen Bedürfnissen und dem Diskursstrang der FDI. Vergleichsweise wenig wird beispielsweise der Diskursstrang Ökologie behandelt. Die Herausforderungen werden vor allem in klaren Regelungen und Bedingungen gesehen, allerdings sollen die nicht verpflichtend sein. Entworfen werden „Idealvorstellungen“, an die sich die Stakeholder annähern sollen.

Die sieben „Prinzipien für nachhaltiges landwirtschaftliches Investment welches die Rechte, Lebensgrundlagen und Ressourcen respektiert“ (engl. principles for responsible agricultural investment that respects rights, livelihoods and resources, RAI) sind (siehe FAO et al. 2010):

Prinzip 1: Achtung der Land- und Ressourcenrechte (engl. respecting land and resource rights)

Prinzip 2: Sicherstellung von Ernährungssicherheit (engl. ensuring food security)

Prinzip 3: Wahrung von Transparenz, Good Governance und eines guten Investitionsklimas (engl. ensuring transparency, good governance and a proper enabling environment)

Prinzip 4: Betroffene werden konsultiert und das Prinzip der Teilnahme bzw. Partizipation (engl. consultation and participation)

Prinzip 5: Verantwortliches und wirtschaftliches agro-unternehmerisches Investment (engl. responsible agro-enterprise investing)

Prinzip 6: Soziale Nachhaltigkeit (engl. social sustainability)

Prinzip 7: Ökologische Nachhaltigkeit (engl. environmental sustainability)

Der dritte Text beinhaltet zwei Dokumente (No. 3a: GCAR et al. 2010; No. 3b: CECCAM et al. 2011) und wurde im Oktober 2010 bzw. im April 2011 veröffentlicht. Die Herausgeber sind internationale NGOs die sich kritisch mit Globalisierung, Landwirtschaft und dem speziellen Thema der großflächigen ausländischer Agrarinvestitionen auseinandersetzen. Die Herausgeber überschneiden sich teilweise bei beiden Texten, wobei bei Text No. 3b generell mehr Herausgeber ausgewiesen sind die in der Ausarbeitung der Dokumente involviert waren. Im entwicklungspolitischen Diskurs rund um „Land Grabbing“ häufig präsent sind FIAN, GRAIN und La Via Campesina und diese drei NGOs werden an dieser Stelle beschrieben, auch wenn das bei weitem nicht alle NGOs sind. FIAN befasst sich seit mehr als 25 Jahren mit den Menschenrechten, im Besonderen mit dem Menschenrecht auf angemessene Ernährung und berät dabei auch die Vereinten Nationen (vgl. FIAN International o.J.). Die NGO GRAIN sieht sich als unabhängige Organisation die sich für die Rechte der Kleinbauern in Entwicklungsländern und für Ernährungssicherheit einsetzt. In den letzten Jahren haben sie sich stark auf das Thema „Land Grabbing“ fokussiert, etwa mit der Homepage www.farmlandgrab.org. Das ist eine Informationshomepage zum

Thema „Land Grabbing“ (vgl. Farmlandgrab o.J.; GRAIN o.J.). La Via Campesina ist ein Zusammenschluss von mehr als 150 lokalen und auch in Ländern des Südens beheimatete Organisationen, ist dezentral aufgebaut mit dem Ziel Klein- und Kleinstbauern zu vertreten und für Ernährungssouveränität einzutreten (vgl. La Via Campesina 2011).

Die Herausgeber betonen auf Seite der lokalen Bevölkerung der Länder des Südens zu sein und stellen sich globalisierungs- und entwicklungskritisch gegen „Land Grabbing“. Die Texte finden weite Verbreitung, auch weil viele Herausgeber, in Österreich etwa Südwind, involviert sind und somit mit sehr breiter Basis die Standpunkte öffentlich gemacht werden können. Beide Texte sind, etwa im Vergleich zu Text No. 1 und No. 2, sehr kurz (je ca. 2.700 Wörter auf 8 bzw. 6 Seiten), somit auch für uninformierte LeserInnen ohne breites Vorwissen lesbar und verständlich. Denn auch die verwendete einfache Wortwahl und die Erklärungen sorgen dafür, dass durchaus auch Laien die Texte lesen können. Die Texte sind also für am Thema interessierte LeserInnen und die Zielgruppe ist somit breit gefächert.

Bereits vor dem Veröffentlichungsdatum von Text No. 3a gab es vergleichbare Texte zum Thema, etwa im April 2010 mit dem Titel „Stop land grabbing now!“ (vgl. La Via Campesina et al. 2010). Allerdings waren diese Texte, im Unterschied zu den verwendeten Texten No. 3a und 3b, nicht sehr umfangreich und wenig detailliert. Beide Texte wenden sich ganz konkret an internationale Organisationen und können als Reaktion auf deren Handeln gesehen werden. Denn sie befassen sich mit den in Text No. 2 beschriebenen RAI, können also als Antwort auf die Veröffentlichung von Text No. 2 neun Monate zuvor gesehen werden. Text No. 3b wurde sechs Monate nach Text No. 3a veröffentlicht und aktualisiert die Standpunkte von Text No. 3a. Zudem wurde Text No. 3b als Vorabreaktion auf eine Konferenz unter der Leitung der Weltbank, die zum Veröffentlichungsdatum stattgefunden hat, veröffentlicht. (vgl. CECCAM et al. 2011: 1, Abs. 1).

Beide Texte können als Textsorte „Stellungnahme“ klassifiziert werden. Die Standpunkte der vielen NGOs werden dargelegt, speziell im Kontrast zu den Standpunkten der Herausgeber von Text No. 2. Die Texte sind Grundsatzpapiere

der Herausgeber, sie sollen Prinzipien klarmachen, auch eine Grundlage bieten für eine einheitliche Argumentations- und Handlungslinie der HerausgeberInnen und weitere Diskussion bei den vielen NGOs anleiten. Somit kann auch die NGO-übergreifende Diskussion und Stärkung der Herausgeber im Diskurs als inhaltliche Funktion gesehen werden. Erreicht wird das, indem mit den Texten eine breite Opposition gegenüber Text No. 2 gebildet wird.

Ausgehend von den sieben RAI wird in den Texten No. 3a und 3b das Thema behandelt. Die Texte sind als Reaktion auf Text No. 2 hinsichtlich der angesprochenen Themen sehr ähnlich. Zudem werden eigene Standpunkte und Forderungen gestellt, sowie institutionelle und prozedurale Probleme der bisherigen Entwicklung erörtert. Diese Kritikpunkte beziehen sich primär auf die Freiwilligkeit und Selbstregulierung der RAI. Diese sei zwar eine lobenswerte Initiative, aber ohne bindende und konkrete Regeln zahnlos. Hohe Bedeutung wird dem Diskursstrang der sozialen Effekte von „Land Grabbing“ zugemessen. Hier zeigt sich die Orientierung der Herausgeber an der betroffenen lokalen Bevölkerung durch eine Analyse der Gefahren von „Land Grabbing“ auf deren Lebensgrundlage. Die Diskursposition der beiden Texte ist somit von einer Ablehnung der bisherigen Entwicklung von „Land Grabbing“ dominiert. Dafür werden, ausgehend von einer Kritik an den RAI, Alternativen vorgeschlagen und Vorschläge für Verbesserungen gemacht.

5.2. Ergebnisse der Feinanalyse

5.2.1. Feinanalyse von Text No. 1: De Schutter 2009

Der Text ist gegliedert in sechs Kapitel inklusive Einleitung und Schlussfolgerung. Der Anhang besteht aus den elf vorgeschlagenen Mindestprinzipien für „Land Grabbing“. Inhaltlich lässt sich der Text gliedern in Einleitung (ebd.: 3-7, Abs. 1-14), Menschenrechte in Bezug auf großflächigen Landkauf und -pacht (ebd.: 8-14, Abs. 15-32), Fazit (ebd.: 14-15, Abs. 33) und Mindestprinzipien (ebd.: 16-18, Abs. 34-44). Die Einleitung erklärt den Kontext, leitet das Thema inhaltlich ein, präsentiert erste Bedingungen und erklärt Chancen, Risiken und den aktuellen Stand der Entwicklungen von „Land Grabbing“. Besonders Wert legt der Autor auf

die Begründung mit existierendem Völkerrecht und somit mit den Menschenrechten. Somit würden die von ihm vorgeschlagenen Mindestprinzipien auf bestehenden internationalen Konventionen basieren. Die Einleitung ist sehr umfangreich und erklärt den Standpunkt des Verfassers und die aktuelle Situation aus seiner Sicht, aber noch keine Bedingungen für großflächige ausländische Agrarinvestitionen.

Diese werden im zweiten Abschnitt bearbeitet, den Kapiteln zu den Menschenrechten in Bezug auf großflächigen Landkauf und -pacht. Ausgehend von einer Definition des Menschenrechts auf angemessene Ernährung werden Forderungen und Bedingungen für menschenrechtskonformes Investieren dargelegt. Beispielsweise wird kleinstrukturliche, arbeitsintensive und familienorientierte Landwirtschaft propagiert und hervorgehoben um Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Anschließend werden die Menschenrechte für die in der Landwirtschaft tätigen ArbeiterInnen diskutiert und Bedingungen für die Verhandlungen zu Kauf und Pacht von Land gestellt, indem auf das internationale Recht auf Selbstbestimmung, auf Nutzung der natürlichen Ressourcen und auf Entwicklung Bezug genommen wird. Dieser Hauptteil des Textes stellt auf Basis der Menschenrechte und des internationalen Rechts Forderungen hinsichtlich des Themas „Land Grabbing“ auf. Im nächsten Abschnitt, dem Fazit, werden diese zusammengefasst und die Hauptforderung des Textes aufgestellt: Die auf den Menschenrechten basierenden rechtlichen Bedingungen für Agrarinvestitionen müssen als Vorbedingungen implementiert werden um bereits vor dem Zustandekommen von Investitionen sicherzustellen, dass die Menschenrechte gewahrt werden. Im Anhang des Textes werden auf etwa zwei Seiten und in elf Absätzen die Mindestprinzipien dargelegt. Damit wird die ausführliche Behandlung im zweiten Abschnitt zusammengefasst und Kernprinzipien präsentiert. Diese Prinzipien sollen die minimalen und somit nicht zu unterschreitenden Bedingungen für Investitionen festlegen, jeweils basierend auf den existierenden Menschenrechten.

Soweit zu der Text-„Oberfläche“ und nun zu den sprachlich-rhetorischen Mitteln im Text No. 1. Im Text wird nicht der Begriff „Land Grabbing“ verwendet (zur Begrifflichkeit siehe auch Kapitel 1 Einleitung), sondern von „large-scale

acquisitions and leases“ (ebd.: 3, Abs. 2) gesprochen. Das ist die Sicht der Investoren, die eben diese „investments“ (ebd.) als großstrukturlichen Erwerb oder Pacht von Land sehen. Andere Benennungen von diesen Investitionen werden im Text nicht verwendet. Ähnlich auch die Wortwahl zu den Chancen und Risiken von "Land Grabbing". So würden sie zwar bestimmte Möglichkeiten und Chancen bieten, aber auch wichtige Herausforderungen für die Menschenrechte (vgl. ebd.: 3, Abs. 4). Eine „Herausforderung“ kann auch als Euphemismus für „Gefahr“ oder „Risiko“ betrachtet werden und zeugt so von einer vagen, diplomatischen und vorsichtigen Wortwahl.

Ernährungssicherheit wird besondere Bedeutung zugemessen indem diese bei Verhandlungen vorausschauend und offensiv behandelt werden soll. Als dafür zuständigeR AkteurIn wird der „host country“ (ebd.: 8, Abs. 16) gesehen. Also ist das Land in dem investiert wird, für Ernährungssicherheit und das Menschenrecht auf angemessene Ernährung zuständig.

Die vage und diplomatische Wortwahl ist auch bei den vorgeschlagenen Regelungen zu den landwirtschaftlichen Strukturen zu erkennen. Investoren sollen angespornt oder ermutigt werden eher arbeitsintensive Strukturen zu fördern, als auf die höchste Produktivität zu achten (vgl. ebd.: 8, Abs. 18). Diese Zielvorstellung zielt auf Freiwilligkeit und Gutmütigkeit der Investoren ab, somit nicht auf Verbindlichkeit. Es gibt etliche weitere Beispiele für diese vage Wortwahl, etwa sollen Investor und Zielland „kooperieren“ (vgl. ebd.: 10, Abs. 22; 17, Abs. 39), „Vorteile“ sollen angestrebt werden (vgl. ebd.: 5, Abs. 9) und die „Nichteinhaltung“ von Regeln sanktioniert werden (vgl. ebd.: 17; Abs. 40). Das letzte Beispiel kann auch gesehen werden als Konflikt, Vertragsverletzung oder Verletzung der Menschenrechte. Im Text allerdings als „Nichteinhaltung“ bezeichnet.

Im Text werden unterschiedliche AkteurInnen im Diskurs genannt. Als „host states“ (ebd.: 4, Abs. 5), „target countries“ (ebd.: 5, Abs. 11) und „recipient countries“ (ebd.: 14, Abs. 32) werden die Länder zusammen mit deren Regierungen bezeichnet, in denen investiert wird. Das kann mit „Gastgeberstaat“, „Zielland“ bzw. „Empfängerland“ übersetzt werden. Die Investoren, egal ob privat oder

öffentlich, werden auch so bezeichnet (vgl. ebd.: 4, Abs. 5). Zudem wird das Heimatland des Investors benannt als „home State of the investor“ (ebd.: 4, Abs. 5) und auch in die Pflicht genommen bei der Durchsetzung von Vereinbarungen, etwa wenn die Regierung des „Gastgeberstaates“ nicht fähig ist diese Verpflichtungen durchzusetzen (vgl. ebd.: 4, Abs. 5; 15, Abs. 33). Internationale Organisationen werden auch genannt, nämlich jene Herausgeber von Text No. 2, also die FAO, Weltbank und IFAD (vgl. ebd.: 4, Abs. 6). Die lokale Bevölkerung und damit die Menschen werden im Text auch so bezeichnet, zudem aber auch unter dem Begriff „local communities“ (ebd.: 16, Abs. 35; 10f., Abs. 11) genannt. Nicht erwähnt werden NGOs, Zivilrechtsorganisationen (CSOs), Entwicklungshilfeorganisationen, regionale Hilfsorganisationen, aber auch Spekulanten, Finanzinvestoren und Banken als mögliche AkteurInnen im Diskurs.

Bei der AkteurInnenbezeichnung ist noch ein weiterer Aspekt zu erwähnen, denn dabei wird mit dem Pronomen „wir“ keiner der oben genannten Akteure direkt angesprochen:

[...] the rush towards farmland in developing countries is the result of our [Hervorhebung: PÖSCHKO] own failures. We [Hervorhebung: PÖSCHKO] have failed in the past to adequately invest in agriculture and rural development in developing countries, particularly sub-Saharan Africa. We [Hervorhebung: PÖSCHKO] have failed to promote means of agricultural production which do not deplete the soils and exhaust groundwater reserves. And we [Hervorhebung: PÖSCHKO] are failing today to establish well-functioning and more reliable global markets for agricultural commodities. [...] (ebd. 4, Abs. 7)

Dasselbe ist der Fall in einem weiteren Beispiel:

[...] women and men who help produce the food we [Hervorhebung: PÖSCHKO] all depend on [...] (ebd. 12, Abs. 29)

Wer mit „wir“ bzw. „unsere eigenen Fehler“ gemeint ist bleibt unklar. Inhaltlich ist es eine Anspielung auf bisherige Verfehlungen der Entwicklungspolitik, kann etwa als Eingeständnis verstanden werden, dass großstrukturliche Landwirtschaft nicht dazu dient Entwicklungsziele zu erreichen, Afrika zwar kolonial ausgenutzt aber für landwirtschaftliche Entwicklung wenig getan wurde.

Im Text gibt es weitere Anspielungen und Implikate, sie bleiben allerdings äußerst vage. Im Fazit werden Maßnahmen erörtert für den Fall, dass Zielländer ihren Verpflichtungen/Vereinbarungen nicht nachkommen: „[...] the host State is unable or unwilling to act in accordance with its obligations [...]“ (ebd. 33, Abs. 15). Das ist eine mögliche Anspielung, dass es Zielstaaten gibt, die nicht im Sinne der Mindestprinzipien oder der Menschenrechte handeln, etwa politisch schwache oder instabile Staaten. Denn dann soll das Heimatland des Investors das Einhalten der Regeln sicherstellen (vgl. ebd.). Das kann eben eine Anspielung darauf sein, dass Zielländer nicht jene rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, die der Autor fordert und vorschlägt. Ähnlich ist auch die Anspielung auf nicht vorhandene oder ungenaue Grundbücher in Zielländern „[...] where adequate macroeconomic conditions are not present [...]“ (ebd. 11, Abs. 26).

Im Text ist auch eine Anspielung vorhanden auf die unterschiedlichen Strukturvorstellungen von Landwirtschaft. So wird der „weit verbreitete Mythos“ der Skaleneffekte in der Landwirtschaft diskutiert und Vertragsanbaumodelle gegenüber großstrukturlichem Anbau bevorzugt (vgl. ebd.: 8f., Abs. 18). Zudem empfiehlt der Sonderberichterstatter die Gesetze zu „adaptieren“ damit die lokale Bevölkerung geschützt wird (vgl. ebd. 16, Abs. 36). Diese Empfehlung kann auch so verstanden werden, dass Zielstaaten die Vorgaben und Gesetze der Länder des Nordens übernehmen sollen.

Im Text vertritt der Autor die ideologische Übereinstimmung seiner Überzeugung mit jener der internationalen Organisationen FAO, Weltbank und IFAD. Investitionen seien „[...] in the interest of all [...]“ (ebd. 4, Abs. 6) wenn sie denn verantwortungsvoll gemacht werden. Somit herrscht die Überzeugung, dass die internationalen Organisationen das Richtige tun und glaubwürdig sind.

Zur Situation der globalen Landwirtschaft geht der Autor davon aus, dass es in Afrika viel verfügbares, günstiges, produktives und fruchtbares Land gibt welches „entwickelt“ gehört und auf Investitionen wartet. Die Auslandsdirektinvestitionen bzw. „Land Grabbing“ in Afrika seien, allerdings mit Bedingungen, auch für Entwicklungsziele „[...] in principle welcome [...]“ (ebd. 7, Abs. 13). Begründet wird das mit einer Studie der FAO, die in Afrika die meiste, für intensive Nutzung

verfügbare Fläche für Landwirtschaft ausweist (siehe auch Potentielle Erträge und Landverfügbarkeit in Kapitel 3.2 Forschungsstand zu „Land Grabbing“). Diese Investitionen in die Landwirtschaft seien nötig um die steigende Weltbevölkerung und den gestiegenen Nahrungsmittelbedarf zu decken. (vgl. ebd. 5f., Abs. 11)

Landwirtschaft und die damit erzeugten landwirtschaftlichen Produkte werden im Text zwar als Lebensgrundlage für die lokale Bevölkerung bezeichnet, aber auch als Ware und handelbares Wirtschaftsgut. Gleichzeitig wird akzeptiert und als normal gesehen, dass es einen globalen Markt für diese Lebensmittel gibt und auf diesem würden ökonomische Marktgesetze der Preisbildung durch Angebot und Nachfrage herrschen. Zudem geht man von zunehmender Unsicherheit der Preise am globalen Markt für Lebensmittel aus. Das alles wird auch als mögliches Problem für die Ernährungssicherheit gesehen, daher werden Preisstabilisierungsmaßnahmen am Heimatmarkt vorgeschlagen, wenn der Preis am Weltmarkt steigt. Generell wird aber von einem globalen Lebensmittelmarkt ausgegangen und die Entwicklungsländer in denen "Land Grabbing" stattfindet, sollen sich am Weltmarkt beteiligen. (vgl. ebd. 6f., Abs. 12; 8, Abs. 15; 17, Abs. 41)

Der Entwicklungsbegriff wird im Text auch definiert. Dabei wird sogar auf ein Recht auf Entwicklung hingewiesen, nämlich die dauerhafte Verbesserung der Lebensumstände für die gesamte Bevölkerung. Dafür sei die Bedingung die Teilnahme am Entwicklungsprozess. Zudem werden explizit Auslandsdirektinvestitionen genannt als Mittel für das Erreichen von Entwicklungszielen. Das impliziert eine Entwicklungsideologie, die davon ausgeht, dass es durch die Teilnahme am globalen Markt zu einer fairen Verteilung der daraus resultierenden Erträge kommt und Auslandsdirektinvestitionen für Entwicklung vorteilhaft sein können. (vgl. ebd.: 13f., Abs. 31-32)

Die Materialaufbereitung in Form von Struktur- und Feinanalyse lassen in der anschließenden Interpretation gewisse Erkenntnisse zu. Große Investitionen in die Landwirtschaft in Afrika werden als ein existierender Prozess beschrieben, der sowohl Vor- als auch Nachteile birgt. Die vorgeschlagenen Mindestprinzipien sind bereits sehr konkret und zielen vor allem darauf ab, rechtliche Rahmenbedingungen in jenen Staaten zu schaffen in denen investiert wird. Das

soll bereits vor dem Investment geschehen. Die Gesetzeslage dafür sei noch zu unsicher bzw. die Gesetze noch nicht vorhanden. Diese Rechtsunsicherheit sei für alle AkteurInnen nicht förderlich. Ob die damit zugemessene bedeutende Rolle des Staates von den krisengeschüttelten afrikanischen Staaten zu erfüllen ist, bleibt abzuwarten. Aufgrund der bisherigen Entwicklung ist es allerdings zu bezweifeln.

Das Zulassen von Auslandsdirektinvestitionen wird als gültiges Mittel der Reaktion auf die Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 verstanden. Die oft vernachlässigte Landwirtschaft soll so die treibende Kraft für wirtschaftliche, aber auch gesellschaftliche Entwicklung sein. Denn neben dem wirtschaftlichen Gewinn durch den devisabringenden Export von Agrarprodukten, soll es im Idealfall zur ländlichen Entwicklung, Armutsbekämpfung, Arbeitsplatzbeschaffung, zu Technologietransfer, steigenden Steuereinnahmen und Ernährungssicherheit kommen. Also geht der Autor, wenn auch mit Bedingungen, von einer „win-win“ Situation aus. Als zentrale Maßnahme zur landwirtschaftlichen Struktur wird etwa der kleinstrukturelle Vertragsanbau vorgeschlagen, um die lokale Bevölkerung mit einzubinden.

Der Text behandelt das Thema "Land Grabbing" aus Sicht der Menschenrechte und begründet auch mit diesen nicht unumstrittenen Menschenrechten die Maßnahmen für „verantwortungsvolles Investieren“. Damit wird nicht vorrangig mit Bezug auf Entwicklungstheorien argumentiert, sondern mit der Wahrung von Menschenrechten und damit zu erzielenden Entwicklungsvorteile. Der Text erzielte damit große Aufmerksamkeit, wird im Diskurs als Schlüsseltext akzeptiert und es gelingt dem Autor sowohl KritikerInnen als auch BefürworterInnen von "Land Grabbing" zu erreichen. Das schafft er, indem beispielsweise Studien von der Weltbank verwendet werden, welche die Chancen klar herausstreichen, aber gleichzeitig weist der Autor auch deutlich auf Gefahren hin. Das Resultat ist ein Text mit diplomatischer Wortwahl, oft bedacht einen Ausgleich zwischen den Interessen herbeizuführen und pendelnd zwischen Gefahren und Chancen von "Land Grabbing". Man kann diesen Text als pragmatisch beschreiben, mit dem Ziel einen Interessenausgleich der AkteurInnen herzustellen. Die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen um schwache AkteurInnen zu schützen, werden

sehr konkret und mit Bedacht auf die lokal betroffene und im Vergleich zu mächtigen Investoren schwache Bevölkerung beschrieben. Die Mindestprinzipien werden als absolutes Minimum des Möglichen beschreiben, sollen wenn möglich durch bindende und deutlichere Prinzipien erweitert werden. Ob sie von den damit in die Pflicht genommenen Regierungen der betroffenen Staaten auch tatsächlich so umgesetzt werden, bleibt anhand der bisherigen Entwicklung stark zu bezweifeln.

5.2.2. Feinanalyse von Text No. 2: FAO et al. 2010

Der Text lässt sich grob in drei Sinneinheiten gliedern: Die Einleitung (ebd.: 1f., Abs. 1-7), die sieben Kapitel zu den Prinzipien (ebd.: 2-20, Abs. 8-112) und das Fazit (ebd.: 21f., Abs. 113-117). Ausgehend von der Theorie, dass Investitionen in die Landwirtschaft der Entwicklungsländer vorteilhaft sind, werden in der Einleitung Ursachen, Risiken und Chancen diskutiert und der Text in den aktuellen Kontext rund um "Land Grabbing" eingebettet. So wird bereits in der Einleitung FDI befürwortet. Das inhaltliche Ziel der einleitenden Befürwortung erfüllt somit den Zweck als einführendes Kapitel zu einem Text der Prinzipien für diese Investitionen aufstellen möchte. Diese werden im zweiten Abschnitt, den sieben Kapiteln zu den sieben „principles for responsible agricultural investment“ (RAI) dargelegt.

Jedes Prinzip wird kurz erklärt und Forderungen dazu aufgestellt. Dann folgen zu jedem Prinzip die zwei Unterkapitel „Why it matters“ und „What can be done“, wobei diese Überschriften auch den tatsächlichen Inhalt widerspiegeln. Denn während im ersten Teil die Gründe für die Forderung nach dem jeweiligen Prinzip dargelegt und die Beschreibung der Situation aus Sicht der Herausgeber präsentiert wird, werden im zweiten Teil konkrete Vorschläge gemacht. Diese sind im Umfang wesentlich länger als die Beschreibungen im ersten Teil und beinhalten oft Exkurse zu Beispielen aus Ländern in denen die Vorschläge befolgt wurden. In den umrahmten Kästchen werden zwölf Exkurse präsentiert, zehn davon good- oder best-practice Beispiele, die teilweise unter Mithilfe der Weltbank realisiert wurden. Zwei der zehn Exkurse sind bad- oder worst-practice Beispiele.

Festzuhalten ist erneut, dass dem Teil „What can be done“ mehr Umfang eingeräumt wurde und dieser Teil durch konkrete Beispiele exemplarisch erklärt wird.

Die sieben Prinzipien decken folgende Aspekte ab: Land- und Ressourcenrechte, Ernährungssicherheit, nötige rechtliche Rahmenbedingungen für FDI, Verhandlungsprinzipien, Wirtschaftliche Nachhaltigkeit, Soziale Aspekte und Ökologische Aspekte. Diese Aspekte überschneiden und überlappten sich teilweise. Beispielsweise werden im Text klare rechtliche Rahmenbedingung von den Zielländern gefordert (vgl. ebd.: 8-10) und das betrifft, neben etwa Rechtssicherheit und klaren Regeln für Subventionen, auch die Land- und Ressourcenrechte die in den Grundbüchern niedergeschrieben werden können (vgl. ebd.: 2-6). Diese im Text angesprochenen Aspekte werden nicht immer so in der Überschrift bezeichnet oder um es anders auszudrücken, die Überschriften stimmten nicht immer mit dem darauf folgenden Text überein. So lautet beispielsweise die Überschrift des fünften Prinzips „Verantwortungsvolle agri-unternehmerische Investitionen“ (vgl. ebd.: 13), im Text dazu geht es allerdings um die wirtschaftliche und technische Rentabilität des Investments als Grundlage für die dauerhafte Verteilung von anderen Vorteilen. Damit wird der Wirtschaftlichkeit Priorität gegeben und, anders als es die oben erwähnte Überschrift vermuten lassen würde, andere Ziele von Investments, etwa soziale Effekte und Technologietransfer, sind nachgereichte Ziele.

Im dritten Abschnitt folgt das Fazit, indem die, von den HerausgeberInnen dem Text zugemessene, Bedeutung des Textes herausgestrichen wird und weiterführende Schritte besprochen werden. Somit wird auch ein Ausblick auf kommende Tätigkeiten und ein Appell an die Stakeholder erteilt. Zum gesamten Text lässt sich das inhaltliche Ziel so zusammenfassen, dass die mit großem Umfang diskutierten Prinzipien die Perspektive der Herausgeber deutlich machen und die FDI unterstützen sollen. Die im Titel dazu erwähnte „Verantwortung“ ist dabei ein dehnbarer und unterschiedlich auslegbarer Begriff. Dieser wird in der anschließenden Analyse der sprachlich-rhetorischen Mittel näher betrachtet.

Im Text No. 2 wird der Begriff "Land Grabbing" nicht verwendet, sondern dieses

Phänomen als „large-scale agricultural investment“ (ebd.: 20, Abs. 112), „private investment in the agricultural sector“ (ebd.: 1, Abs. 3) oder „investment involving significant use of agricultural land“ (ebd.: 1, Abs. 2) bezeichnet. Ähnlich wird auch die Nahrungsmittelpreiskrise 2007/08 als „2008 price spike in food and fuel prices“ (ebd.: 1, Abs. 2), also als „Preissprung“, ausgewiesen. Der Begriff "Land Grabbing" wird im gesamten 21-seitigen Text dreimal verwendet, immer im Zusammenhang mit Landrechten (vgl. ebd.: 3, Abs. 15; 3, Abs. 17; 4, Abs. 24). Es wird von potentiell gefährlichem „land grabbing by local elites“ (ebd.: 3, Abs. 15) gewarnt und dass diese lokalen Eliten aus den Zielländern selbst sich Land aneignen könnten. Damit wird der Eindruck erweckt, dass die Gefahr des "Land Grabbing" einzig und alleine von den lokalen Eliten ausgehen würde und nicht von jemand anderem. Dadurch, dass für lokale Eliten der Begriff "Land Grabbing" verwendet wird, für andere investierende AkteurInnen aber beispielsweise „großstrukturliche Investitionen in die Landwirtschaft“, kommt es zu einer Gegenüberstellung von schlechten/gefährlichen und guten/sinnvollen Investitionen in der Wortwahl der Herausgeber. Das zeigt eine Diskursposition die gewisse Investitionen, etwa aus dem Ausland, bevorzugt gegenüber anderen, etwa jenen von lokalen Eliten.

Im Text erwähnte HauptakteurInnen sind Investoren, Regierungen, internationale Organisationen und die teilweise als „lokale Bevölkerungsgruppen“ (vgl. ebd.: 18, Abs. 100) bezeichnete lokale Bevölkerung. Weniger häufig werden als beteiligte AkteurInnen zusätzlich auch indigene Völker, Nomaden, Frauen und Zivilrechtsorganisationen genannt. Die meiste Bedeutung und die häufigste Nennung wird allerdings den Investoren als „key players“ (ebd.: 13, Abs. 69), Regierungen und lokalen Bevölkerungsgruppen zugemessen. So werden beispielsweise im Fazit die internationalen Organisationen, Zivilrechtsorganisationen und Investoren aufgerufen eine Stellungnahme zu den Vorschlägen abzugeben und diese AkteurInnen werden als „[...] broad swath of stakeholders [...]“ (ebd. 20, Abs. 114), also „breiter Schwaden an Beteiligten“, bezeichnet. Genau benannt werden sie allerdings nicht. Mögliche zusätzliche Beteiligte sollen „[...] to the extent possible [...]“ (ebd.), also soweit möglich, eingebaut werden. Dieser Prozess der nächsten Schritte soll „[...] as inclusive as possible [...]“ (ebd.) sein und damit wird der Eindruck erweckt alle Beteiligten seien eingebaut. Wer diese „relevanten“ (vgl. ebd.) Beteiligten im Diskussionsprozess

sind, wird nicht erwähnt. Ob kritische Zivilrechtsorganisationen bzw. NGOs und die lokale Bevölkerung an dieser von den Ländern des Nordens geführten Diskussion teilnehmen werden, bleibt zu bezweifeln.

Die Wortwahl und der charakteristische Wortschatz des Textes sind besonders interessant, deuten sie doch auf eine gewisse und später zu interpretierende Diskursposition hin. Dies sollen folgende Sätze kurz und für den gesamten Text beispielhaft zeigen. Internationale Standards zum „Land Grabbing“ würden erstellt werden „[t]o better spread the benefits and balance the opportunities with risks [...]“ (ebd. 1, Abs. 5), also um die Vorteile zu verteilen und die Risiken mit den Chancen auszugleichen. Dabei geht man von vielen Vorteilen aus und gleichzeitig von durch „Risikominimierungsmaßnahmen“ (vgl. ebd. 7, Abs. 34) abschwächbaren Risiken. Dieser Streit und Kampf um Land- und Ressourcenrechte wird im Text als „Kontroversen oder Beschwerden“ (vgl. ebd. 2, Abs. 8) bezeichnet die gelöst werden können. Diese „Kontroversen“ können den Ursprung etwa in der Vertreibung von Menschen oder in Zwangsenteignung haben, im Text euphemistisch beschrieben als „dislocation“ (ebd. 3, Abs. 14). Ähnlich auch die relativierende Wortwahl wenn über mögliche „ungünstige Auswirkungen“ von "Land Grabbing" auf die Ernährungssicherheit gesprochen wird (vgl. ebd.: 6, Abs. 31). Zudem hat die häufige Verwendung des Konjunktivs relativierende Funktion und kann als Abschwächung der Vorschläge gesehen werden. Beispielsweise wird im vierten Prinzip zu den Verhandlungen vorgeschlagen, dass lokale Bevölkerungsgruppen idealerweise eingebaut werden sollten: „Ideally, local communities should be included in investment decisions [...]“ (ebd. 11, Abs. 59). Zudem „könnte“ es Auswirkungen auf Ernährungssicherheit geben, verfügbare Agrarflächen „könnten“ verkleinert werden und nicht jedes Produkt „könnte“ gar essbar sein (vgl. ebd. 6, Abs. 32). Diese Wortwahl deutet nicht auf verpflichtende Bedingungen hin.

Die sprachlich-rhetorischen Mittel im Text sind gekennzeichnet von einer "Land Grabbing"-positiven Sichtweise die sich sprachlich in Abschwächungen der möglichen Gefahren, Euphemismen und Relativierungen manifestieren. Die verwendete Sprache ist nicht vage oder undefiniert, denn es wird der Standpunkt der Herausgeber bzw. die RAI sehr deutlich erörtert. Das geschieht durchaus aus

vielen Perspektiven und mit dem Wissen über gegensätzliche und kritische Meinungen. Durch diesen rhetorisch-argumentativen Stil wird vorgegeben, dass alle Aspekte behandelt und Kritikpunkte vorsorglich ausgemerzt wurden.

Im Text wird ein bestimmtes ideologisches Verständnis von Entwicklung in Zusammenhang mit dem Wirtschaftsverständnis vermittelt. Die komparativen Kostenvorteile eines Landes, erzielt etwa durch rentable Agrarproduktion von weltweit gehandelten Cashcrops, werden als vorteilhaft gesehen und sollten genutzt werden. Erreicht werden kann das eben durch Investitionen in die Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft. Dabei wird die Exportorientierung einer Volkswirtschaft angenommen und somit der Export von Agrarprodukten. Propagiert wird somit der globale Warenverkehr mit dem Güter weltweit gehandelt werden. FDI in die Landwirtschaft und in Folge dessen der verstärkte Export von Agrarprodukten können geeignete Mittel sein, müssen sich aber mit Maßnahmen der Ernährungssicherheit verbinden lassen. Entwicklungsländer sollen so in die globale Wertschöpfungskette integriert werden und "Land Grabbing", im Text als Auslandsdirektinvestition ausgewiesen, kann dazu beitragen. Die Wirtschaftlichkeit einer Investition, also das effiziente Verhältnis von Kosten und Nutzen, ist das höchste Ziel und kann Grundlage sein für weitere nachgereichte Vorteile. Das Ziel der Investorin/des Investors ist es also immer, Gewinn zu machen und weitere etwa entwicklungspolitische Ziele können zusätzlich erreicht werden. Die Entwicklungsziele können sein die Schaffung von Arbeitsplätzen, Technologietransfer, Beschaffung von Gütern etwa durch Steuereinnahmen, Infrastrukturverbesserung und Zugang zu neuen Märkten.

Der Text beinhaltet auch klare ideologische Vorstellungen von der gewünschten landwirtschaftlichen Struktur in den Zielländern und von der dafür nötigen Technik. Technologieeinsatz wird befürwortet, denn er führe zu höherer Produktivität. Unklar bleibt allerdings was mit diesen „neuen Technologien“ gemeint ist, allerdings ist davon auszugehen, dass es Technologien der Länder des Nordens und somit importierte Technologien sind. In einem Exkurs zum Beispiel Ukraine wird von positiven Effekten von Hybridsaatgut als neue und vom Investor kommende Technologie berichtet (vgl. ebd. 12, Abs. 62). Der Einsatz von neuen Technologien deutet bereits auf eine großstrukturliche und kapitalintensive

Landwirtschaft hin. Eine kleinbäuerliche und auf die lokalen Bedürfnisse basierende Landwirtschaft wird explizit nicht befürwortet.

Der Text geht von bestimmten Normen, Wahrheiten und Ordnungen aus und nimmt diese als gegeben, selbstverständlich oder „natürlich“ an. So sei ein großes Problem der Land- und Ressourcenrechte die unzureichende grundbuchliche Erfassung der Grundstücke in manchem Entwicklungsland. Ziel sei es, ein wie in den Ländern des Nordens geführtes Grundbuch aufzubauen, auch um Investitionen möglich zu machen. Klare Landbesitzrechte werden als wichtig für einen Rechtsstaat bezeichnet. Ebenso als Norm wird die Notwendigkeit globalen Handels angenommen (siehe oben) und als „selbstverständliches“ Ziel die ökonomische Integration von Entwicklungsländern in internationale Märkte. Zur Schaffung von Transparenz werden Maßnahmen empfohlen die angeblich „objektiv“ sind, allerdings basieren diese Maßnahmen auf Dokumenten der Weltbank (vgl. ebd.: 10, Abs. 52). Ebenso erkennbar ist der Wahrheitsanspruch, wenn von den RAI als „[...] essentially the right ones [...]“ (ebd.: 20, Abs. 113) ausgegangen wird. Als Gefahr für Investitionen werden primär lokale Eliten in den Entwicklungsländern bezeichnet (siehe oben). Die Konstruktion von Normalität zeigt ein Beispiel bei dem das Investitionsklima eines Landes mit anderen Ländern verglichen werden soll und „[...] brought into line with globally accepted best practices [...]“ (ebd.: 8, Abs. 40), also an best-practice Beispielen angeglichen werden soll. Zumindest im Text werden, wie oben analysiert, einige von den Herausgebern unterstützte best-practice Beispiele erwähnt. Ob diese wirklich „global akzeptiert“ sind oder von den Herausgebern bewusst ausgewählt, ist unklar. All diese Vorstellungen von Werten und Normen deutet auf eine bestimmte, von großstrukturlicher Landwirtschaft geprägten Ideologie, auch in den best-practice Beispielen, hin.

Als Zukunftsperspektive weist der Text eine zunehmende Bedeutung von FDI in die Landwirtschaft der Entwicklungsländer aus, weist auf das Veränderungspotential durch „Land Grabbing“ hin und erklärt, dass es idealerweise durch weitere Diskussionen zu verbindlicheren Prinzipien kommen soll.

Die Interpretation zeigt unter Rückgriff auf die nun vorliegende Materialaufbereitung der Struktur- und Feinanalyse einige interessante Aspekte. "Land Grabbing" wird im Text ganz klar befürwortet, soll weiter gefördert werden und wird nur als „Auslandsdirektinvestition“ bezeichnet. Das wird mit den angeblichen „win-win“ Vorteilen für alle AkteurInnen begründet. Alle Beteiligten könnten nur gewinnen und auch für die Armen in den Entwicklungsländern würden Vorteile frei nach der „trickle-down“ Überlegung durchsickern. Dementsprechend werden entwicklungspolitische Ansprüche kaum gestellt. Diese würden erfüllt werden, wenn man die Länder des Südens als gleichberechtigte Partner in die globale Wirtschaft einbauen würde. Devisenbringende Exporte würden für Wohlstand sorgen, wenn man Investitionen erlauben würde. Dabei wird nicht beachtet, dass die Macht zwischen den Akteuren aus den Ländern des Nordens und jenen aus den Ländern des Südens ungleich verteilt ist und durch „Land Grabbing“ möglicherweise neue Abhängigkeiten geschaffen werden (siehe auch Kapitel 3. Inhaltliche Grundlagen und Theorien).

Nachteile und Gefahren werden im Text sehr wohl angesprochen, durch sprachlich-rhetorische Kniffe aber abgeschwächt und als „lösbar“ dargestellt. Es müsse nur alles genau analysiert werden, alle Betroffenen müssen nur „konsultiert“ werden und Verluste „kompensiert“ werden. Das Ziel bleibt allerdings immer funktionierendes Investieren in die Landwirtschaft und daraus resultierende Gewinne. Die Realität bei den betroffenen Menschen sieht oft anders aus und deren Lebensumstände sind massiv beeinflusst von diesen großen Veränderungen (siehe auch Kapitel 3.2. Forschungsstand zu „Land Grabbing“).

Das durchgehende Ziel der RAI ist das „Funktionieren“ von Investitionen. Wenn Aspekte wie beispielsweise die Land- und Ressourcenrechte nicht funktionieren, sollen sie nach Vorbild der Länder des Nordens so adaptiert werden, dass sie dann doch funktionieren, also gewinnbringendes Investieren ermöglichen. Einen Abbruch der Investitionsüberlegungen oder eine Exit-Strategie ist im gesamten Text nur einmal erwähnt: „[...] the consultative process should allow communities to turn down investors if they so desire [...]“ (ebd.: 12, Abs. 59). Bevorzugt wird es aber Risiken zu vermeiden oder zu lindern. Investieren bleibt das Ziel.

Die im Text zusammengestellten Forderungen legen ihren Schwerpunkt auf Aspekte der Transparenz, Governance und Verhandlungsführung. Unterstützt werden diese Forderungen durch die nicht repräsentativ ausgewählten best-practice Beispiele (siehe oben) bei denen die jeweiligen Staaten in denen investiert wird die Forderungen erfüllt haben. Nach Meinung der Herausgeber haben sie ein gutes Investitionsklima geschaffen und zugleich Entwicklungsziele erreicht. In diesen best-practice Beispielen wird eine Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen angepeilt, es sollen Normen und Ordnungen der Länder des Nordens angenommen und angeblich investitionshemmende Strukturen gestrichen werden. Auslandsdirektinvestitionen werden damit von den mächtigen AkteurlInnen aus den Ländern des Nordens von bestimmten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Reformen abhängig gemacht. Dieses Paradigma leitete schon die neoliberale Entwicklungspolitik mit den Strukturanpassungsprogrammen und die Parallelen dazu sind deutlich im Text No. 2 zu finden (siehe Kapitel 3.1.3 Ende der großen Theorien).

Die Argumentation ist wegen der umfassenden, also auch kritischen, Auseinandersetzung mit dem Thema für die internationalen Organisationen als Zielgruppe durchaus glaubwürdig. Die Argumentation erweckt schon im Titel den Anschein „verantwortungsvoll“ zu sein. Dahinter schimmert aber eine deutliche neoliberale Position durch, die sich auch in der entwicklungspolitischen Ausrichtung der Forderungen zeigt. Das Ziel von neoliberaler Entwicklungspolitik liegt nach FISCHER (2006b²: 39) „[...] in einer möglichst weitreichenden Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft. Exporte sollen forciert, Waren- und Kapitalverkehr (nicht zuletzt Gewinntransfers) liberalisiert und ausländische Investitionen erleichtert und attraktiver gemacht werden“. Das Motto ist quasi „Wenn ‚Land Grabbing‘ richtig gemacht wird, kann es gute Entwicklungspolitik sein“.

5.2.3. Feinanalyse von Text No. 3a und 3b: GCAR et al. 2010 und CECCAM et al. 2011

Die Text-„Oberfläche“ von Text No. 3a weist eine Struktur auf mit Einleitung (GCAR et al. 2010: 1f., Abs. 1-6), den sieben Kritikpunkten an den RAI (ebd.: 2-7, Abs. 7-

23) und am Ende einen Abschnitt zu institutionellen und prozeduralen Problemen der RAI (ebd.: 7f., Abs. 24-27). Im ersten Abschnitt, an dieser Stelle als „Einleitung“ bezeichnet, wird das Phänomen "Land Grabbing" kritisiert, die Ablehnung sowohl von "Land Grabbing" als auch von den RAI durch die Herausgeber und durch weitere NGOs erklärt und das grundlegende Ziel des Textes genannt, nämlich Fehler und Defizite der RAI zu erörtern.

Der zweite Abschnitt ist ganz der Kritik an den sieben RAI Prinzipien gewidmet. Weil dieselben Prinzipien auch in der Struktur des Abschnitts übernommen werden, werden auch die Diskursstränge, wenn auch inhaltlich anders, übernommen. Es werden also ähnliche Themen und Unterthemen wie im Text No. 2 angesprochen und das macht den Gegensatz zu den RAI deutlicher. Das zeigt schon der Titel bei dem mit dem Verb „oppose“ (ebd.: 1) auf Opposition gesetzt wird.

An dieser Stelle ist eine kurze Zusammenfassung der RAI angebracht um sowohl die RAI als auch die Kritik daran zu verstehen: Prinzip Nr. 1 (Achtung der Land- und Ressourcenrechte) wird kritisiert, weil die alleinige grundbuchliche Aufzeichnung und Identifikation der Land- und Ressourcenrechte unzureichend sei um Landbesitzrechte zu schützen. Das Ziel der RAI sei es, die Transfermöglichkeit von Land zu erhöhen. Damit verletze man aber das Menschenrecht auf angemessene Ernährung weil landlose Bevölkerung kein Recht auf Land erhalten kann. Zudem nimmt man nächsten Generationen das Recht auf Land weg. Man sollte diese Frage daher politisch lösen und nicht technisch. Bei dem zweiten Prinzip (Investitionen gefährden Ernährungssicherheit nicht, sondern stärken sie) wird kritisiert, dass die gesamtwirtschaftliche Erfassung von Ernährungssicherheit im Detail nicht erklärt, woher etwa die Lebensmittel kommen. Der Export von Lebensmitteln bei gleichzeitigem Import von anderen Lebensmitteln sei wegen ökologischer und sozialer Probleme problematisch für die Ernährungssicherheit und viel wichtiger sei es auf Ernährungssouveränität zu setzen. Am dritten Prinzip (Wahrung von Transparenz, Good Governance und einem guten Investitionsklima) befasst sich die Kritik damit, dass dieses Prinzip alleinig den Investoren helfe und nicht den betroffenen Armen. Prinzip Nr. 4 (Betroffene werden konsultiert und das Prinzip der Teilnahme bzw.

Partizipation) wird negativ gesehen weil das Ziel dieser „Beratung“ oder „Konsultierung“ letztlich oft in Akzeptanz und Zustandekommen der Investition sei. Wichtig sei es dagegen Investitionen auch ablehnen zu können und es sei die Pflicht der Regierungen im Sinne der Bevölkerung zu handeln. Am fünften Prinzip (Wirtschaftlichkeit und Verantwortung) kritisieren die HerausgeberInnen, dass großstrukturliche Landwirtschaft nicht nachhaltig und im Sinn der lokalen Bevölkerung sei. Kleinstrukturliche Landwirtschaft sei eine viel besser Alternative. Der Begriff der „sozialen Nachhaltigkeit“ im sechsten Prinzip wird als unzureichend und nur auf Schaffung von Arbeitsplätzen abzielend kritisiert. Das siebte und letzte Prinzip (Ökologische Nachhaltigkeit) wird kritisiert für die schwer zu quantifizierenden ökologischen Nachteile von "Land Grabbing". Schäden an der Umwelt seien nicht finanziell zu entschädigen und absolut nicht „nachhaltig“.

Im dritten Abschnitt werden die institutionellen und prozeduralen Probleme der RAI diskutiert. Sie seien nur ein unzureichender, rechtlich nicht bindender und auf freiwilliger Selbstregulierung basierender Hinweis auf Rahmenbedingungen. Zudem besitzen sie keine internationale Glaubwürdigkeit und wurden ohne Teilnahme von betroffenen Gruppen erstellt. Die HerausgeberInnen von Text No. 3a fordern anschließend verpflichtende und rechtlich bindende Regeln und den Stopp der Spekulation auf Lebensmittel.

Das inhaltliche Ziel des gesamten Textes No. 3a ist die Kritik an den RAI deutlich zu machen. Bereits in der Einleitung wird auf die Ablehnung hingewiesen und auch im letzten Abschnitt präsentieren die HerausgeberInnen diese Sichtweise. Damit ist auch der letzte Abschnitt keine Zusammenfassung im klassischen Sinn, sondern macht neue Kritikpunkte deutlich. Die Überschrift „Why we oppose the principles for responsible agricultural investment (RAI)“ (ebd.: 1) ist Titel, leitende Forschungsfrage und Standpunkt zugleich. Die Verwendung des Fragewortes „why“ legt nahe, dass im Text Antworten gegeben werden und diese deutlich ausfallen werden.

Die Text-„Oberfläche“ von Text No. 3b lässt sich einteilen in folgende Sinneinheiten: Einleitung/Grund für Veröffentlichung (vgl. CECCAM et al. 2011: 1, Abs. 1-2), Beschreibung der RAI und Kritik seit deren Veröffentlichung (vgl. ebd.:

1-3, Abs. 3-12), detaillierte Kritik an den RAI durch die Herausgeber (vgl. ebd.: 4, Abs. 13-18) und die Forderung auf Ernährungssouveränität zu setzen (vgl. ebd.: 5, Abs. 19-28). Im ersten Abschnitt wird der Text eingeleitet mit der Aussicht über ein zum Veröffentlichungszeitpunkt aktuelles Treffen zum Thema „Land Grabbing“ und das Phänomen „Land Grabbing“ wird allgemein beschrieben. Im zweiten Abschnitt wird auf Entstehungsgeschichte, HerausgeberInnen und Inhalt der RAI eingegangen und im Anschluss die Entwicklungen seit der Veröffentlichung zusammengefasst. Diese seien vor allem durch Ablehnung und Kritik von vielen Organisationen gekennzeichnet, wobei die Herausgeber der RAI nach wie vor daran festhalten würden. Im dritten Abschnitt werden die von den RAI beabsichtigten Ziele, die Art und Weise der Veröffentlichung und die Herausgeber kritisiert. Im vierten und letzten Abschnitt wird bereits im Titel ein Appell geäußert und Ernährungssouveränität gefordert. Darunter verstehen die AutorInnen etwa das Ende von "Land Grabbing", das Umsetzen von bestehenden internationalen Rechten, etwa den Menschenrechten, sowie eine auf lokale Bedürfnisse ausgerichtete Landreform in Entwicklungsländer.

Als das bedeutendste inhaltliche Ziel lässt sich die Kritik an den RAI, an deren VerfasserInnen und an den propagierten Zielen ausmachen. Dieses inhaltliche Ziel des Textes wird erreicht, indem die Kritik umfangreich erörtert wird, ein großer Zeitraum betrachtet wird und zudem im letzten Abschnitt ein deutlicher Appell vorgebracht wird. Dieser Appell zeigt sich auch in der Überschrift und in den Zwischenüberschriften. Diese sind weniger Aussicht auf den jeweils folgenden Text, sondern mehr Aussage und Verortung der Standpunkte. So wird beispielsweise in der Hauptüberschrift gefordert "Land Grabbing" zu verbieten und in der letzten Zwischenüberschrift mit „Invest in food sovereignty!“ (ebd.: 5, Abs. 19) der Appell geäußert, auf Ernährungssouveränität zu setzen. Bei beiden Beispielen verstärkt das Ausrufezeichen die Aussage.

Die verwendeten sprachlich-rhetorischen Mittel im Text No. 3a unterstützen die darin dargelegten Standpunkte. Über den gesamten Text hinweg ist eine starke Oppositionsbildung bemerkbar. Die HerausgeberInnen arbeiten deutlich mit Kontrasten und der Konstruktion von Binäroptionen. Beispielsweise wird zur Durchsetzung einer Landrechtsreform argumentiert, dass die RAI als technische

Lösung dem Kapital, den Reichen und dem Staat helfen und Kleinbauern, Arbeiterklassen, Frauen, Nomaden und indigenen Völkern schaden (vgl. ebd.: 3, Abs. 11). Dies ist die im Text häufig vorkommende Zweiteilung der AkteurInnen im Diskurs. Auf der einen Seite würden „die Reichen“ gemeinsam mit den internationalen Organisationen stehen, „[...] those who seek control of the world's food systems“ (ebd.: 7, Abs. 26). Allerdings werden diese nicht direkt adressiert oder benannt. Auf der anderen Seite stehen die unterdrückten Armen in den Ländern des Südens. Diese Seite wird mit dem Pronomen „wir“ benannt und inkludiert somit sowohl HerausgeberInnen als auch möglicherweise den Leser/die Leserin (vgl. ebd.: 4, Abs. 14; 5, Abs. 16; 7, Abs. 26). Argumentiert wird, die RAI fördere keine agri-ökologische landwirtschaftliche Strukturen, die auf lokale Märkte und Bevölkerung setzen, sondern „[...] large investors (foreign or domestic) and the destructive model of industrial agriculture“ (ebd.: 5, Abs. 19). Auch das Adjektiv „zerstörend“ in Verbindung mit der industriellen Landwirtschaft ist ein Hinweis auf eine Diskursposition der HerausgeberInnen. Ähnlich strukturiert ist die Argumentation zur Anerkennung von Landrechten. Auch bei dieser wird der Konjunktiv für anfängliche Zustimmung zur Argumentation verwendet und darauf folgenden der Präsens für den Hinweis auf Unzureichbarkeit der Argumentation. Identifikation der Landbesitzer und Anerkennung der Landrechte „[...] might [Hervorhebung: PÖSCHKO] be necessary conditions, but they are [Hervorhebung: PÖSCHKO] not sufficient [...]“ (ebd.: 2, Abs. 7). Der Ansatz der RAI wird damit zwar als möglicherweise notwendig bezeichnet, aber im selben Schritt als unzureichend kritisiert.

Das Phänomen des wachsenden Interesses an großen Agrarflächen wird mit „Land Grabbing“ (ebd.: 2, Abs. 5) beschrieben und gleichzeitig die Bezeichnung „large-scale investments“ (ebd.: 1, Abs. 1) abwertend und mit negativer Beibedeutung verwendet, etwa bei „[...] negative impacts of large-scale investment projects“ (ebd.: 6, 22). Im gesamten Text werden Begriffe in Anführungszeichen gesetzt sowohl um auf den kritisierten Text No. 2 zu verweisen, aber auch um die Bedeutung der Begriffe in Frage zu stellen. Mit diesem rhetorischen Mittel gibt man dem unter Anführungszeichen gesetzten Text eine vage Beibedeutung, versucht ihn lächerlich zu machen, erklärt die Argumentation für ungültig.

Auch im Text No. 3b werden sprachlich-rhetorische Mittel eingesetzt und diese sind ähnlich jenen von Text No. 3a. So werden ebenfalls Binäroptionen, Anführungszeichen, Fragesätze und das Pronomen „wir“ als sprachlich-rhetorische Mittel verwendet. "Land Grabbing" wird explizit als Bezeichnung des Phänomens ebenso verwendet und wird wie folgt definiert: „Contracts are getting signed, bulldozers are hitting the ground, land is being aggressively fenced off and local people are getting kicked off their territories with devastating consequences“ (ebd.: 1, 2). Dabei wird keinE AkteurIn explizit genannt und ein aggressives, technisches und zerstörerisches Bild von "Land Grabbing" gezeichnet. Diese Rhetorik wird weitergeführt als Kampfrhetorik des „Aufgebens“: „The RAI proponents, however, refuse to give up“ (ebd.: 3, Abs. 10). Ähnlich wenn von „kämpfen“ und „Alliierten“ die Rede ist: „And we will continue to push and fight for it with many allies the world over“ (ebd.: 5, Abs. 27).

Die Wortwahl lässt den Standpunkt der HerausgeberInnen erahnen. Entwicklungspolitik sei mit den RAI nicht zu machen, weil diese einen zerstörerischen und nicht nachhaltigen Entwicklungsbegriff propagieren (vgl. ebd. 5, Abs. 19) und ein Glaubwürdigkeitsproblem haben (vgl. ebd.: 2, Abs. 8). Diese Erkenntnisse würden den wahren Zweck der RAI „entlarven“ (vgl. ebd.: 2, Abs. 5). Denn die RAI würden eine „Illusion“ schaffen (vgl. ebd.: 4, Abs. 13), damit die HerausgeberInnen der RAI die Corporate Social Responsibility der Investoren verbessern und darauf stolz sein können (vgl. ebd.: 4, Abs. 17). Genau diese Freiwilligkeit sei ein „code of conduct nonsense“ (ebd.: 3, Abs. 9) und würde unglaublich klingen im Vergleich zur Realität (vgl. ebd.: 3, Abs. 12). Diese Beispiele der gewählten Worte, auch zusammen mit den in Anführungszeichen gestellten Begriffen, stellen die RAI, deren HerausgeberInnen und ihre Entstehung in Frage.

Die sprachlich-rhetorischen Mittel zeigten bereits in Ansätzen die inhaltlich-ideologischen Aussagen die sich in den Texten No. 3a und 3b zeigen. Im Text No. 3a wird eine Wahrheit vermittelt die davon ausgeht, dass die RAI grundsätzlich falsch sind. Im Text manifestiert sich das in monokausalen Begründungen und auch in sprachlicher Festlegung auf eine bestimmte Wahrheit. Das wird beispielsweise erreicht, indem eigene Standpunkte als „Fakten“ präsentiert werden

oder indem fremden Standpunkten dieser Status als „Fakt“ nicht zugemessen wird (vgl. GCAR et al. 2010: 4, Abs. 14). Zu dieser Wahrheit gehört es auch, ein Ordnungssystem von „wahr“ und „unwahr“ aufzustellen. Die RAI würden Menschenrechten als Ordnungssystem widersprechen und somit internationales Recht verletzen (vgl. ebd.: 2, Abs. 4-5). Genauso wie sich der Text auf angebliche Fakten bezieht, schafft er auch angebliche „Realitäten“ (vgl. ebd.: 3, Abs. 11), präsentiert angebliche historische Fakten, etwa bei „History shows that almost always, when [...]“ (ebd.), und zeigt die angeblich „offensichtliche“ Unfähigkeit der Selbstregulierung des privaten Sektors (vgl. ebd.: 7, Abs. 26).

Das ideologische Wirtschaftsverständnis ist ebenfalls von dieser Ordnung geprägt. Der Text vermittelt ein Wirtschafts- und gleichzeitig ein Entwicklungsverständnis, dass von dem Ziel einer kleinstrukturlichen Landwirtschaft ausgeht, bei der Frauen, Kleinbauern und Nomaden besonders beachtet werden. Es soll auf lokale Märkte und agri-ökologische Landwirtschaft gesetzt werden (vgl. ebd.: 5, Abs. 19). Deutlich abgelehnt wird die Vorstellung von großstrukturlicher Landwirtschaft. Das Ziel des Wirtschaftens sei es Wohlstand zu schaffen, Armut zu reduzieren und ökonomische, soziale und kulturelle Rechte zu stärken (vgl. ebd.: 6, Abs. 20).

Als Zukunftsperspektive entwirft der Text die Forderung nach strikten Verpflichtungen und rechtlich durchsetzbaren Prinzipien (vgl. ebd.: 7, Abs. 26). Wichtig sei es, die Land- und Ressourcenrechte für eine wachsende Bevölkerung und für zukünftige Generationen zu sichern (vgl. ebd.: 3, Abs. 10).

Die inhaltlich-ideologischen Aussagen von Text No. 3b decken sich weitgehend mit jenen von Text No. 3a. So werden auch „Fakten und Realitäten“ präsentiert die der Ausgangspunkt für die Ablehnung der RAI sind (vgl. CECCAM et al. 2011: 4, Abs. 14). Um diese Argumentation noch zu verstärken, wird auf einen angeblichen „Konsens“ hingewiesen (vgl. ebd.: 5, Abs. 22). Dieser liege nicht in den RAI sondern im Gegenteil, in den „[...] real solutions to hunger, the food crisis and climate chaos [...]“ (ebd.). Das geforderte Wirtschaftssystem deckt sich mit dem von Text No. 3a und fordert kleinstrukturliche, familienorientierte und ökologische Landwirtschaft sowie eine Agrarreform, die Flächen an die lokale Bevölkerung vergibt. Das sei auch der beste Weg um Entwicklung in Ländern des Südens zu

schaffen. Damit wird ein Entwicklungsbegriff propagiert, der auf autonome Versorgung mit Lebensmitteln, lokale Bedürfnisse und lokale Märkte setzt.

Der gesellschaftspolitische Anspruch wird im folgenden Satz zur Ernährungssouveränität deutlich: „Just as our Arab sisters and brothers have been breaking the shackles of old regimes to recover their dignity and space for self-determination, we need to break the shackles of the corporate agriculture and food system“ (ebd.: 5, Abs. 19). Ernährungssouveränität wird also verglichen mit dem Arabischen Frühling und davon ausgehend die Forderung gestellt, die „Fesseln der unternehmerischen Landwirtschaft“ abzuschütteln.

Auf Grundlage der Struktur- und Feinanalyse ist eine zusammenfassende Interpretation der Texte No. 3a und 3b möglich. Die Texte sind, auch wegen ihrer Konzeption, als Reaktion oder Antwort auf Text No. 2 und die darin enthaltenen RAI gedacht. Das hat weitreichende Konsequenzen, weil sich die Texte hauptsächlich mit der Kritik an den RAI beschäftigen.

So ist als Kernbotschaft beider Texte zuerst die Ablehnung der RAI zu nennen. Das geschieht sowohl inhaltlich-argumentativ durch Diskussion der RAI, aber auch sprachlich durch deutliche Wortwahl. Diese ist sehr direkt, verständlich, emotional und an Stellen durchaus kämpferisch. Durch diese beiden Methoden erzielt man bei der unterstützenden Leserin bzw. beim unterstützenden Leser Verständnis für die Anliegen der HerausgeberInnen. Die, wenn auch einfache und auf Ablehnung der RAI basierende, Botschaft kommt bei dem/der UnterstützerIn deutlich an und somit wird die intendierte Zielgruppe gut angesprochen. Bei jenen LeserInnen, die die Botschaft nicht unterstützen, findet die kämpferische Sprache und die inhaltlich-ideologische Kritik auch keinen fruchtbaren Boden. Doch es scheint plausibel, dass diese LeserInnen die Anliegen, unabhängig von diesen beiden Texten, nicht unterstützen und damit auch nicht überzeugt werden können. Es lässt sich also annehmen, dass die Texte polarisieren und dies stärkt sowohl UnterstützerInnen als auch GegnerInnen, trennt diese aber auch. Sollte diese Polarisierung das Ziel der HerausgeberInnen sein, wurde dieses Ziel erreicht.

Neben der inhaltlichen Kritik des Phänomens "Land Grabbing" schwingt bei

beiden Texten auch immer eine institutionelle und strukturelle Kritik an internationalen Organisationen und Entwicklungspolitik mit. Die HerausgeberInnen sehen sich als Gegenpol zum hegemonialen Entwicklungspolitikdiskurs und zu den üblichen AkteurInnen, gehen von anderen „Wahrheiten“ aus und propagieren andere Lösungen. Die Einordnung in eine Denkschule der Entwicklungstheorien bleibt schwierig. Es finden sich allerdings deutliche Anleihen zu den vielfältigen Post-Development Ansätzen (siehe auch Kapitel 3.1.3 Ende der großen Theorien).

Bei Text No. 3b ist es interessant, dass die HerausgeberInnen ihn in einen breiten Kontext einbetten wollen. Das geschieht, indem auf wissenschaftliche Studien eingegangen, die bisherige Entwicklung analysiert und erst am Schluss der appellierende Aufruf geäußert wird. Dieser „Spannungsbogen“ sorgt für Glaubwürdigkeit und „verortet“ den Standpunkt der HerausgeberInnen im Diskurs nicht nur für sich alleine, sondern auch in Relation zu anderen Diskurspositionen.

"Land Grabbing" wird als nicht funktionierendes und sogar „zerstörerisches“ Mittel der Entwicklungspolitik gesehen. Beide Texte sprechen sich deutlich gegen Auslandsdirektinvestitionen und verstärkte Entwicklungspolitik in der Landwirtschaft durch Länder des Nordens aus. Vorgeschlagen werden Alternativen, die hauptsächlich auf kleinstrukturlicher Landwirtschaft basieren und auf Selbstversorgung setzen. Es bleibt abzuwarten, ob in einer globalisierten Welt des globalen Warenverkehrs, nach der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008, sowie in Zeiten von Klimawandel und nach etlichen humanitären Katastrophen aufgrund von Fehlernten, dieser Weg der beste Entwicklungspfad ist.

5.3. Überprüfung der Ergebnisse durch die Argumentationsanalyse

Mit der Argumentationsanalyse wird je ein Argument pro Text detailliert bearbeitet, die implizierten Schlussregeln und Hintergründe offen gelegt und damit die Feinanalyse überprüft (siehe Kapitel 4.4 Analyseschema).

Im Text No. 1 (DE SCHUTTER 2009) wird als fünftes Minimalprinzip folgendes gefordert:

Principle 5: In countries facing important levels of rural poverty and in the absence of employment opportunities in other sectors, [Hervorhebung: PÖSCHKO] host States and investors should establish and promote farming systems that are sufficiently labour-intensive to contribute to employment creation. [Hervorhebung: PÖSCHKO] Labour-intensive modes of production can be highly productive per hectare. Investment agreements should contribute to the fullest extent possible to reinforcing local livelihood options and in particular provide access to a living wage for the local population affected, which is a key component of the human right to food. (ebd.: 17, Abs. 39)

Die Behauptung (siehe zweite Hervorhebung und Abbildung 8) ist, dass arbeitsintensive landwirtschaftliche Systeme oder Strukturen zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Anders ausgedrückt bedeutet das, arbeitsintensive landwirtschaftliche Strukturen, also Arbeitsprozesse in der Landwirtschaft für die viel Arbeitskraft nötig ist, brauchen viele ArbeiterInnen und schaffen daher Arbeitsplätze.

Der begründende Fakt (siehe erste Hervorhebung) bezieht sich auf die Forderung nach Prinzipien für Staaten in denen investiert werden soll, also die Ziel sind von "Land Grabbing". Diese Staaten können geprägt sein von ländlicher Armut und vom Fehlen von Arbeitsplatzmöglichkeiten in nicht-landwirtschaftlichen Sektoren.

Die Schlussregel ermöglicht den Übergang vom Fakt zur Behauptung. In diesem Beispiel ist es eine „Wenn-Dann“ Implikation. Wenn die Menschen am Land arm sind, keine Beschäftigung haben und es keine Arbeitsplätze gibt, dann sind arbeitsintensive landwirtschaftliche Strukturen nötig um Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn also in einem Land investiert wird, sollen der Staat und der Investor auf landwirtschaftliche Strukturen setzen, die viele ArbeiterInnen benötigen. Dadurch würden die Armen Einkommen erhalten und ländliche Armut würde sich verringern.

Hinter dieser Schlussregel steht die Überlegung, dass arbeitsintensive Landwirtschaft produktiv sein kann. Im Text wird dazu auch ausführlich eine wissenschaftliche Studie zitiert (vgl. ebd.: 8f., Abs. 18). Dies, zusammen mit dem entwicklungspolitischen Ziel des Herausgebers, das Menschenrecht auf angemessene Ernährung zu wahren, soll garantieren, dass Staaten und

Investoren auch zur Entwicklung beitragen. Entwicklung und die Achtung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung wird an dieser Stelle verstanden als Stärkung der Existenzgrundlage und damit Sicherung eines Lohns der dem Existenzminimum entspricht (vgl. ebd.). Mit diesem Hintergrund einher geht auch die Kritik am Festhalten am Paradigma der großstrukturlichen und industriellen Landwirtschaft. Diese sei ungeeignet um Entwicklungseffekte zu erzielen und kleinstrukturliche, arbeitsintensive und von Familien bewirtschaftete Landwirtschaft die bessere und höchst produktive Struktur um Entwicklung voran zu treiben und das Menschenrecht auf angemessene Ernährung sicherzustellen.

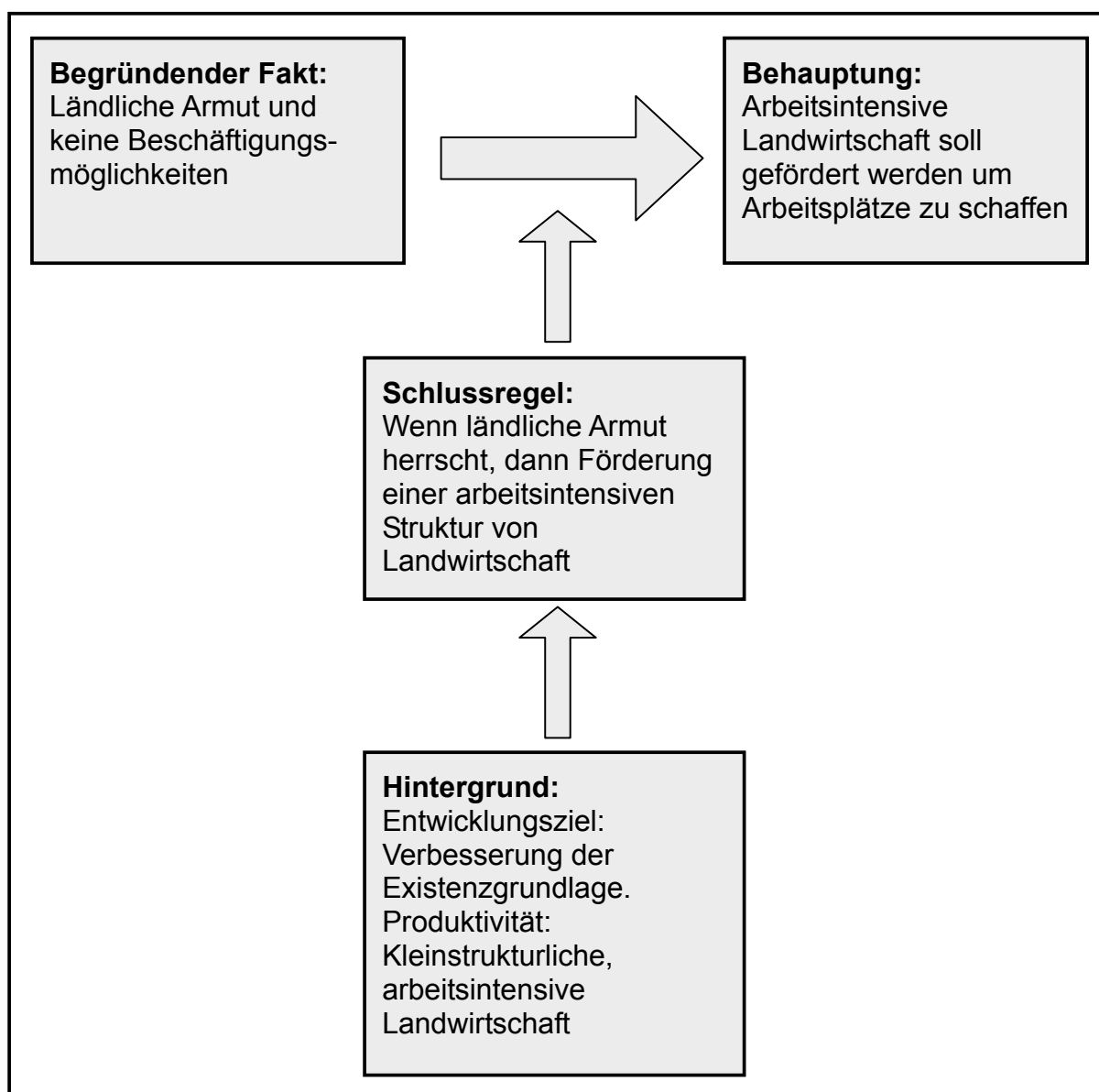


Abbildung 8: Argumentationsschema zu Text No. 1 (Quelle: eigene Darstellung)

Im Text No. 2 (FAO et al. 2010) wird als Maßnahme für die Verbesserung der

Ernährungssicherheit folgendes vorgeschlagen:

[...] Third, attention should be given to improving the people's ability to purchase food [Hervorhebung: PÖSCHKO] by making inputs and technology more available so that yields rise, by creating a better local market, or by better linking them to more profitable distant markets, or by generating downstream employment in packing sheds, processing operations, or ancillary services such as handling, transport or marketing [Hervorhebung: PÖSCHKO]. (ebd.: 7, Abs. 35)

Die im Text aufgestellte Behauptung oder Lösung fordert verbesserte und gestärkte Ernährungssicherheit (siehe Abbildung 9). Das sei wichtig weil "Land Grabbing" möglicherweise Auswirkungen auf Verfügbarkeit, Zugang, Verwendung und Stabilität der Lebensmittelversorgung hat (vgl. ebd.: 6, Abs. 31).

Der begründende Fakt dazu empfiehlt zur Verbesserung der Ernährungssicherheit u.a. die Fähigkeit bzw. Möglichkeit zu verbessern, dass Menschen Lebensmittel kaufen können (siehe erste Hervorhebung). Dazu seien vier Ansätze nötig (siehe zweite Hervorhebung), wobei nicht alle vier Ansätze erfüllt werden müssen, denn sie sind mit der Konjunktion „oder“ alternative Konjunktionen. Erstens sollen „Inputs“ und Technologie verfügbarer gemacht werden damit die landwirtschaftlichen Erträge gesteigert werden können. Zweitens soll ein besserer lokaler Markt geschaffen werden. Drittens soll die Bevölkerung Zugang zu „profitablen“ entfernten Märkten bekommen. Viertens sollen Arbeitsplätze in nachgelagerten Wirtschaftsbereichen geschaffen werden, etwa in der Verpackung, Verarbeitung, dem Transport oder Marketing.

Die Schlussregel für den Übergang zwischen Fakt und Behauptung ist, dass wenn Menschen Lebensmittel kaufen können, Ernährungssicherheit gewährleistet ist. Dieser Überlegung folgend sollen beispielsweise verbesserte Technologien in der Landwirtschaft die Erträge erhöhen und so Ernährungssicherheit durch erhöhte Ertragsmengen schaffen. Ein weiterer Ansatz besteht darin, für die Menschen den Marktzugang zu entfernteren Märkten zu schaffen. Damit kann sowohl der devisenbringende Export von profitablen Lebensmitteln gemeint sein, aber auch die Möglichkeit auf anderen, etwa internationalen, Märkten Lebensmittel zu kaufen, also zu importieren. Wenn man bei den Menschen die Möglichkeit Lebensmittel kaufen zu können erhöht, würde die Ernährungssicherheit sich

verbessern.

Der Hintergrund zur Schlussregel ist die Überzeugung vom Markt als Regulativ. Die Herausgeber setzten auf Märkte und weil Märkte meist nach Angebot und Nachfrage funktionieren, soll dieser Mechanismus Ernährungssicherheit bringen. Dabei spielt der Preis eine wichtige und regelnde Rolle. Die Ernährungssicherheit wird also abhängig gemacht von den vorhanden finanziellen Mitteln oder um es einfach auszudrücken, vom vorhandenen oder nicht vorhandenen Geld. Mit genug Geld ist Ernährungssicherheit gewährleistet, denn die Menschen haben die „ability“ (ebd.: 7, Abs. 35), also die Fähigkeit oder Möglichkeit, Lebensmittel zu kaufen. Ohne Geld auch keine Teilnahme am Markt und somit keine Lebensmittel.

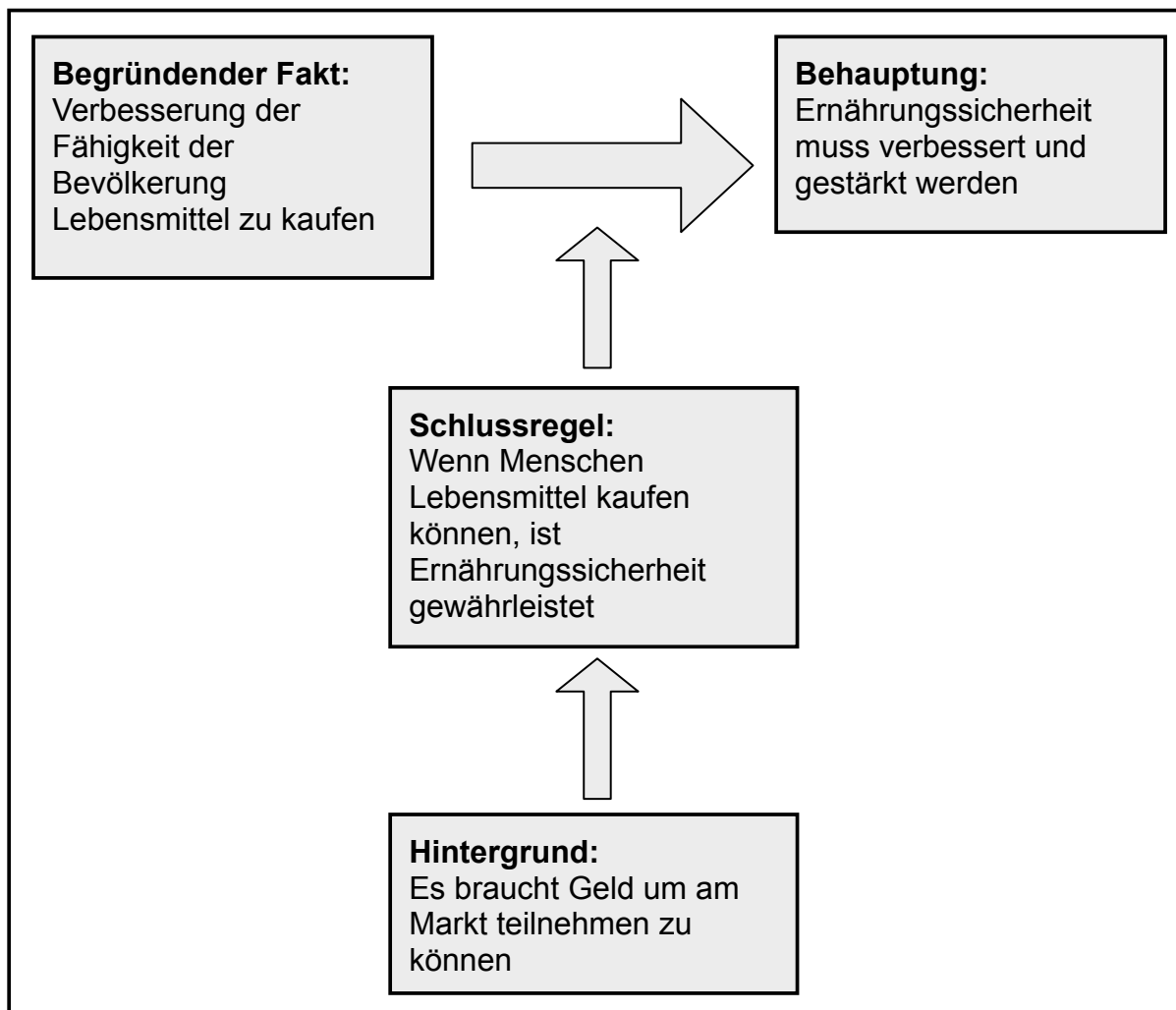


Abbildung 9: Argumentationsschema zu Text No. 2 (Quelle: eigene Darstellung)

Im Text No. 3a (GCAR et al. 2010) wird zum sechsten RAI Prinzip der sozialen Nachhaltigkeit folgender Absatz notiert:

Promoters of projects such as Procana in Mozambique, often highlight the “social sustainability” components of these projects in terms of creating jobs and raising incomes; [Hervorhebung: PÖSCHKO] but there is no discussion at all about “social sustainability” in relation to the death of the long-held tradition of pastoralism [Hervorhebung: PÖSCHKO], nor any investigation into the variety of different options to improve people's livelihoods that respect their control over their resources and lives. From the point of view of the rural poor the main question is what kind of investment they need to realize their rights, not how to mitigate the negative impacts of large-scale investment projects. (ebd.: 6, Abs. 22)

Der begründende Fakt (siehe Abbildung 10) ist, dass hinsichtlich sozialer Nachhaltigkeit "Land Grabbing" Arbeitsplätze schaffen kann und Einkommen erhöht werden können (siehe erste Hervorhebung). So wird das auch im Text durch das Beispiel in Mosambik erwähnt und Arbeitsplatzschaffung und Einkommenssteigerung als mögliche Auswirkungen von industrieller Landwirtschaft im Rahmen von "Land Grabbing" präsentiert.

Die aufgestellte Behauptung (siehe zweite Hervorhebung) ist, dass "Land Grabbing" das Ende der lang-gehegten Tradition der Wanderweidewirtschaft bzw. der nomadischen Wanderwirtschaft bedeutet. Sprachlich dramatisch wird es beschrieben als „Tod“ der Tradition und die HerausgeberInnen meinen damit die Zerstörung der alten Tradition der Wanderweidewirtschaft.

Die Schlussregel macht den Übergang vom begründenden Fakt zur Behauptung klar und gibt die Schlussfolgerung an. Die Schlussregel ist, dass gesteigertes Einkommen zur Aufgabe von traditioneller Landwirtschaft führt. Etwas anders formuliert bedeutet diese Schlussregel, dass durch die geschaffenen Arbeitsplätze in der industriellen Landwirtschaft das Geld so sehr „lockt“, dass althergebrachte Traditionen, wie etwa die Wanderwirtschaft, aufgegeben werden. Dem Gedanken folgend, sind Menschen bereit für „gestiegenes Einkommen“ alte Traditionen aufzugeben.

Der Hintergrund für diese Schlussregel ist die Überzeugung, dass Traditionen, lokale Lebensweisen und von Generation zu Generation überlieferte Erfahrungen

gut für die Menschen sind. Darunter fallen auch landwirtschaftliche Traditionen, eben etwa die Wanderweidewirtschaft. Im Gegensatz dazu wird alles „Neue“, „Andere“ und von „Außen“ kommende abgelehnt. Damit wird ein Entwicklungsverständnis der Landwirtschaft geprägt, dass nachholende Entwicklung nach dem Vorbild der Länder des Nordens ablehnt. Landwirtschaft würde ohne den Methoden und ohne die landwirtschaftliche Entwicklungshilfe der Länder des Nordens bzw. der Investoren auch funktionieren. Als Kritik dazu lässt sich einwenden, dass Traditionen hier geradezu idealisiert werden und vielleicht sogar romantisch verklärt. Es ist durchaus umstritten, ob traditionelle Landwirtschaft den Anforderungen nach Ernährungssicherheit und somit nach einer dauerhaften, nährstoffreichen und preisgünstigen Versorgung der wachsenden Bevölkerung mit Lebensmitteln erfüllen kann.

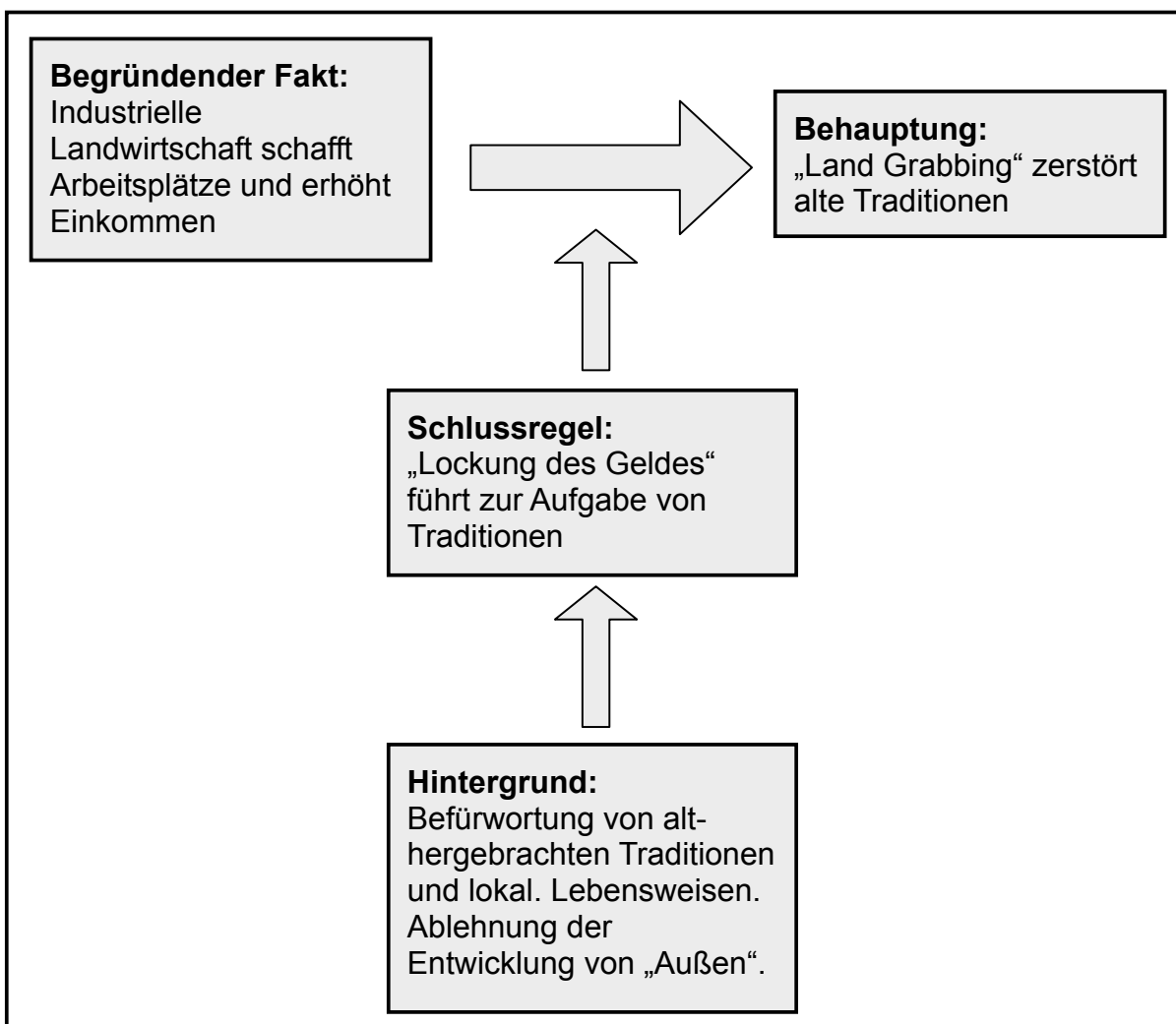


Abbildung 10: Argumentationsschema zu Text No. 3a (Quelle: eigene Darstellung)

5.4. Synoptische Gesamtanalyse im Sinne der Gesamtreflexion

Der in dieser Analyse erfasste Diskurs auf der Diskursebene der Stellungnahmen ist – ganz im Sinne der Maximalen Kontrastierung – durch große Unterschiede geprägt. Wenn man es unnötig vereinfachen würde, könnte man sagen, dass "Land Grabbing" als Entwicklungschance sowohl abgelehnt, als auch befürwortet wird. Die feinen Unterschiede liegen jedoch im Detail und daher der folgende zusammenfassende Vergleich.

Als bedeutendes diskursives Ereignis wird einheitlich die Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 genannt. Die Preissteigerungen infolge mehrerer Krisen führten zur zunehmenden Bedeutung von Landwirtschaft im Allgemeinen und im Speziellen zum erhöhter Nachfrage an landwirtschaftlicher Nutzfläche in Ländern des Südens. Während jedoch die internationalen Organisationen und Herausgeber des Textes No. 2 (FAO et al. 2010) den vermehrten Bedarf an Lebensmitteln als maßgebend sehen, sind die NGOs (GCAR et al. 2010; CECCAM et al. 2011) davon überzeugt, dass die Finanzspekulation auf Nahrungsmittelpreise und auf Land, sowie der Bedarf an Lebensmitteln in den wohlhabenden Ländern des Nordens, der Grund für "Land Grabbing" ist. Der Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessene Ernährung (DE SCHUTTER 2009) befasst sich mit beiden Aspekten und sieht mehrere Ursachen von "Land Grabbing". Diese unterschiedlichen Perspektiven werden auch deutlich, wenn man die Maßnahmen für die Sicherstellung von Ernährungssicherheit oder einfach ausgedrückt, für den Kampf gegen den Hunger, vergleicht. Hier befürworten die internationalen Organisationen und der Sonderberichterstatter die internationale Entwicklungshilfe, die Inklusion der Armen in marktwirtschaftliche Weltmärkte und eine technische und von den Ländern des Nordens geprägte Vorstellung von Hungerbekämpfung, etwa durch Technologietransfer und ausländische Hilfe für die Produktivitätssteigerung. Die NGOs widersprechen diesen Maßnahmen, setzen in Hinblick auf Ernährungssouveränität auf Abgrenzung vom Weltmarkt und auf die Durchsetzung von kleinbäuerlicher Selbstversorgung mit dem Ziel der Ernährungssouveränität. Somit hinterfragen die NGOs bestehende Konzepte und Annahmen, lehnen dadurch den von den internationalen Organisationen geführten Diskurs ab, etwa auch sprachlich durch die Ablehnung von Begriffen wie

„Ernährungssicherheit“ und „Investitionsklima“.

Diese Bezeichnungen sind Bestandteil des von den internationalen Organisationen geführten Diskurses. Mit der Ablehnung der hegemonialen Diskursbegriffe lehnen die NGOs auch den von den internationalen Organisationen geführten Diskurs ab. Das zeigt sich beispielsweise in der Verwendung der Bezeichnung für das Phänomen des zunehmenden Interesses an großen Agrarflächen. Die internationalen Organisationen und der Sonderberichterstatter vermeiden oder verzichten komplett auf den Begriff "Land Grabbing", verwenden stattdessen etwa „großstrukturliche Agrarinvestitionen“ oder „Auslandsdirektinvestitionen“. Auf der anderen Seite benutzen regelrecht die NGOs die Bezeichnung "Land Grabbing" und machen damit schon ihren Standpunkt deutlich. Denn aufgrund der aktuellen Verwendung dieser Bezeichnung, etwa in den Medien, der sprachlichen Bedeutung von „Land wegnehmen“ und der damit einhergehenden tendenziell negativen Konnotation ist schon dieser sprachlich-rhetorische Aspekt von großer Bedeutung.

Die AkteurInnen im Diskurs rund um "Land Grabbing" mussten nach der Zunahme des Interesses an Agrarflächen reagieren, Position beziehen und Stellungnahmen liefern, auch um auf die politische und öffentliche Kritik zu reagieren. Eine Gruppe von AkteurInnen, die internationalen Organisationen von Text No. 2, reagierte indem sie mit den Herkunftsländern der Investoren, also den Ländern des Nordens und anderen finanzstarken Staaten, freiwillige Mindestprinzipien erarbeitete. Diese basieren auf Überlegungen der Corporate Social Responsibility und auf best-practice Beispielen, sollen die Verhandlungen unterstützen und für gleiche Aufteilung der Vorteile garantieren. Das Ziel ist somit, dass Investitionen auf jeden Fall stattfinden, diese „gelingen“ und eine „win-win“ Situation hergestellt wird. Stellen sich Hindernisse, etwa die oft unklaren Land- und Ressourcenrechte der Nomaden, gegen die Interessen des „Funktionierens“ der Investition, so werden sie analysiert und diskutiert. Am Ende werden die Nachteile kompensiert und gelindert, sodass die Investition dann doch „funktionieren“ kann. Ein Abbruch der Verhandlungen oder gar eine Absage ist nicht im Konzept vorhanden. Das widerspricht selbstverständlich den Überlegungen der NGOs weil sie Investitionen in Agrarland der Entwicklungsländer grundsätzlich ablehnen. Für sie gibt es kein

„Funktionieren“ der Verhandlungen, keine „win-win“ Situation, keine Möglichkeit auf Einigung oder Ausgleich der Interessen. Um beim Beispiel der Land- und Ressourcenrechte für Nomaden zu bleiben, lehnen die NGOs mit Blick auf möglichen Landbedarf von zukünftigen Generationen jeglichen Verkauf von Land ab. Im Gegensatz zu dem Standpunkt der internationalen Organisationen kann dieser Aspekt aus Sicht der NGOs auch nicht kompensiert oder gelindert werden. Die NGOs von Text No. 3a und 3b lehnen die Freiwilligkeit und den unverbindlichen Charakter der Vorschläge der internationalen Organisationen ab, befürworten und fordern dagegen verbindliche und weitreichende Regeln und Verbote. Zwischen diesen zwei Positionen liegt der Sonderberichterstatter mit seinen auf den Menschenrechten aufbauenden Mindestprinzipien. Er setzt zwar auch auf freiwillige Prinzipien, diese müssen aber das Scheitern von Verhandlungen erlauben und haben nicht das Zustandekommen der Investition als primäres Ziel. Er sieht sowohl Zielstaaten als auch Investoren in der Pflicht, Prinzipien auf der Basis von existierendem internationalem Recht zu achten und in Bedingungen zu operationalisieren. Er misst damit den institutionellen Faktoren hohe Bedeutung zu, etwa der Rechtssicherheit und Rechtssprechung, aber auch dem Willen der Staaten im Sinne der Menschenrechte zu handeln und sich für die lokale Bevölkerung einzusetzen. Am Beispiel der Land- und Ressourcenrechte bedeutet das etwa die Erstellung von Grundbücher sowie die Achtung der Rechte von Nomaden bereits vor Verhandlungen mit Investoren. Ob diese hohen Anforderungen von Staaten erfüllt werden können, die hohe Staatsschulden haben, von undemokratischen politischen Strukturen geprägt sind und sich durch Auslandsdirektinvestition finanzielle und entwicklungspolitische Effekte erhoffen, ist aufgrund der bisherigen Entwicklung zu bezweifeln.

Der analysierte Korpus lässt auch gewisse Aussagen über die Machtverhältnisse im Diskurs zu. Die internationalen Organisationen verstehen sich in ihrem Selbstverständnis als bedeutende und mächtige Gruppe mit den alleinig richtigen Vorschlägen. Sie diskutieren im kleinen Kreis der Mächtigen und inkludieren etwa die NGOs nicht in die Verhandlungen. Diese wiederum wollen gehört werden und das erreichen sie mit Angriff auf die Mächtigen. Daher sind die Texte No. 3a und 3b als Antwort auf die Vorschläge der internationalen Organisationen konzipiert und durch deutliche Ablehnung dieser Vorschläge gekennzeichnet. Die NGOs sind

eine große Gruppe an AkteurInnen, oft (basis-)demokratisch organisiert und mit vielen unterstützenden Organisationen. Im Diskurs sehen sie allerdings kaum Verbündete, auch nicht bei den Vereinten Nationen, sondern setzen auf Zusammenarbeit der NGOs, auch aus den betroffenen Ländern des Südens. Damit schaffen sie im Selbstverständnis Glaubwürdigkeit, Nähe zu den Betroffenen und das Bedürfnis sich gegen die Mächtigen aufzulehnen. Die Kampfrhetorik spielt dabei eine wichtige Rolle, zusammen mit dem inhaltlichen Anprangern von Missständen. Während also die NGOs versuchen, ihre Anliegen zu stärken und ihre Bedeutung zu steigern, scheint es als ob die internationalen Organisationen sehr komfortabel mit ihrer Machtposition umgehen und ihren Machtanspruch gefestigt sehen. Der Sonderberichterstatter wiederum hat weder den Wahrheits- und Machtanspruch der internationalen Organisationen, noch die Rolle des Unterdrückten oder Betroffenen. Er begründet seine Argumentation mit den nicht unumstrittenen Menschenrechten und als unabhängiger Sonderberichterstatter hat er rein formal keinerlei durchsetzbare Macht außerhalb seiner Berichterstattung. Das zeigt sich etwa in der sprachlichen Gewandtheit, dem diplomatischen Versuch eines Interessenausgleichs und somit argumentiert er anders als die beiden bereits erwähnten Gruppen. Die Macht des Sonderberichterstatters liegt in der öffentlichen Wirkung seiner Aussagen, perfektioniert von seinem Vorgänger Jean Ziegler. Der Sonderberichterstatter wird in vielen Texten zitiert, auch in den drei anderen Texten im Korpus. Damit zeigt sich seine doch vorhandene Macht und seine Rolle als wichtige Instanz im Diskurs.

Wie im Kapitel 4 zur Forschungsmethode dargelegt, sind nach JÄGER (2004⁴: 117) Diskursstränge „[...] Abfolgen von Diskursfragmenten mit gleicher Thematik [...]“. Die zu Diskurssträngen gebündelten Diskursfragmente sind in den vier Texten unterschiedlich häufig vorhanden und nicht jedem Diskursstrang kommt in jedem Text die gleiche Bedeutung zu. Zudem sind vielfache Überlappungen und Verschränkungen der Diskursstränge im Diskurs vorhanden, dies wird als Diskursstrangverschränkung bezeichnet. Aufgrund der bisherigen Analyse können sieben Diskursstränge herausgearbeitet werden. Diese sieben Diskursstränge sind im Folgenden alphabetisch geordnet, ihre Bezeichnung wurde möglichst plakativ gewählt.

Diskursstrang 1: Auslandsdirektinvestitionen

Der Diskursstrang der Auslandsdirektinvestitionen bzw. FDI befasst sich vor allem mit den wirtschaftlichen Effekten von "Land Grabbing". Diese umfassen intendierte wirtschaftliche Ziele für den Investor, aber auch für das Zielland und die lokale Bevölkerung.

Zentrale Aspekte die in diesem Diskursstrang angesprochen werden:

- Projektdesign und -verhandlungen
- Exportorientierung bzw. Imports substitution
- Investitionsklima bzw. Vorbedingungen für gutes Wirtschaften
- Wirtschaftlichkeit des Projektes
- Technologietransfer
- Arbeitsmarkt
- Spekulation auf Lebensmittel, Finanzialisierung der Agrarmärkte
- Kommodifizierung der Landwirtschaft bzw. der Lebensmittel
- Armutsreduktion
- Inklusion in den Weltmarkt
- Wertschöpfungskette bzw. Globale Produktionsnetzwerke

Diskursstrang 2: Ernährungssicherheit

Der Diskursstrang Ernährungssicherheit bezieht sich auf die Verfügbarkeit, die Verwendung, die Stabilität und den Zugang zu Lebensmittel (vgl. FAO et al. 2010: 6).

Zentrale Aspekte die in diesem Diskursstrang angesprochen werden:

- Import versus Export von Lebensmitteln
- Abhängigkeit von ausländischen Märkten
- Ernährungspräferenz
- Landwirtschaft für Lebensmittel versus für Agrartreibstoffe
- Landreformen
- Preisregulierung
- Menschenrecht auf angemessene Ernährung

Diskursstrang 3: Herausforderungen an Governance

Der Diskursstrang zu Herausforderungen an die Governance, also an die Regierungsführung eines Staates, beinhaltet die legislativen Rahmenbedingungen im Land in dem investiert wird.

Zentrale Aspekte die in diesem Diskursstrang angesprochen werden:

- Rechtssicherheit
- Transparenz und Offenlegung der Vereinbarungen
- Bedingungen der Vertragserstellung
- Nachvollziehbarkeit von Vereinbarungen
- Überwachung und Kontrolle der Vereinbarungen
- Rechtliche Situation der Land- und Ressourcenrechte
- Partizipation an den Verhandlungen
- Beurteilung der Auswirkungen

Diskursstrang 4: Land- und Ressourcenrechte

Der Diskursstrang der Land- und Ressourcenrechte dreht sich um Aspekte der Nutzung, des Eigentums und des Besitzes von Land und Ressourcen.

Zentrale Aspekte die in diesem Diskursstrang angesprochen werden:

- Landreform
- Räumung und Zwangsäumung von Land
- Vertreibung
- Aufbau und Führung eines Grundbuchs
- Umgang mit Wanderweidewirtschaft, Nomadismus und indigenen Völkern
- Rechte der Frauen
- Umgang mit unregistriertem Land
- Umgang mit staatlichem Land
- Kollektive, öffentliche und individuelle Landrechte

Diskursstrang 5: Ökologische Aspekte

Der Diskursstrang der Ökologischen Aspekte umfasst mögliche Effekte auf die Umwelt durch "Land Grabbing".

Zentrale Aspekte die in diesem Diskursstrang angesprochen werden:

- Wasser und Trinkwasser

- Boden und Bodenerosion
- Pestizide
- Einsatz von landwirtschaftlichem Gerät
- Genmanipuliertes Saatgut
- Ökologische Landwirtschaft
- Monokulturen
- Klimaerwärmung
- Nachhaltigkeit

Diskursstrang 6: Soziale Aspekte

Der Diskursstrang der Sozialen Aspekte umfasst mögliche Effekte auf das soziale Leben der Bevölkerung und auf sozial schwache Gruppen.

Zentrale Aspekte die in diesem Diskursstrang angesprochen werden:

- Arbeitsplatzeffekte
- Armutsbekämpfung
- Soziale Verwundbarkeit
- Kulturelle Aspekte und Traditionen
- Familienstruktur
- Migration
- Einkommen
- Nachhaltigkeit auf das soziale Leben
- Sozial schwache Gruppen, etwa Kleinbauern, Nomaden, Landlose, Frauen, indigene Völker

Diskursstrang 7: Strukturvorstellung von Landwirtschaft

Der Diskursstrang zur Strukturvorstellung von Landwirtschaft befasst sich mit den unterschiedlichen Ansichten welche landwirtschaftliche Struktur für welches Ziel bei "Land Grabbing" zielführend ist.

Zentrale Aspekte die in diesem Diskursstrang angesprochen werden:

- Großstrukturliche Landwirtschaft
- Kleinstrukturliche Landwirtschaft
- Ökologische Landwirtschaft
- Arbeitsintensive Landwirtschaft

- Familienorientierte Landwirtschaft
- Technologieeinsatz
- Wertschöpfungskette bzw. Globale Produktionsnetzwerke

Die Diskursstrangverschränkungen sind äußerst vielfältig, daher werden hier nur exemplarisch zwei Diskursstrangverschränkung erklärt.

Zum Diskursstrang **Auslandsdirektinvestitionen** gehört auch, ob für den Export von Lebensmitteln produziert werden soll oder ob primär der Inlandsbedarf gedeckt werden soll. Dieser Aspekt kann verschränkt sein mit dem Diskursstrang der **Ernährungssicherheit**. Denn bei viel Export von Lebensmitteln und gleichzeitigem Hunger in der Bevölkerung und somit Bedarf an Lebensmitteln, verschränken sich die Diskursstränge Auslandsdirektinvestitionen und Ernährungssicherheit. Zudem lässt sich eine Diskursstrangverschränkung mit dem Diskursstrang der **Sozialen Aspekte** machen. Denn von Problemen in der Ernährungssicherheit sind arme und sozial schwache Bevölkerungsgruppen besonders betroffen.

Die **Strukturvorstellung von Landwirtschaft** kann eine kleinstrukturliche, arbeitsintensive und für den lokalen Bedarf produzierende Landwirtschaft befürworten. Dazu gibt es eine Diskursstrangverschränkung mit den **Ökologischen Aspekten** wenn angenommen wird, dass diese landwirtschaftliche Struktur auf ökologische und pestizidfreie Landwirtschaft ohne genmanipuliertes Saatgut setzt und damit lokaltypisches und nur lokal absetzbares Gemüse produziert wird. Dieses nur lokal absetzbare Gemüse kann etwa auf dem Weltmarkt nicht gefragt sein oder kann auch nicht transportfähig sein. Das wiederum kann Auswirkungen auf den Diskursstrang der **Auslandsdirektinvestition** haben, etwa wenn Auslandsdirektinvestitionen gemacht werden mit dem Ziel des Exports von Ölsaaten für Agrartreibstoff. Es kommt zum Zielkonflikt zwischen dem Anbau von Ölsaaten für den Export und dem Anbau von lokal absetzbarem Gemüse.

5.5. Beantwortung der Forschungsfragen

Die bisherigen Ergebnisse aus diesem Kapitel geben bereits Antworten auf die Forschungsfragen (siehe Kapitel 2 Forschungsfragen). An dieser Stelle werden diese erneut gestellt und lassen sich nun zusammenfassend beantworten.

Wie wird im Diskurs die bisherige Entwicklung von „Land Grabbing“ in Afrika bewertet?

Im Gesamtdiskurs wird die bisherige Entwicklung durchaus kritisch gesehen, von eindeutigen Vorteilen ist selten die Rede. So weisen alle HerausgeberInnen auf Gefahren, negative Beispiele und Verbesserungsmöglichkeiten hin.

Gewissermaßen waren sie von der Schnelligkeit der Entwicklung und dem Ausmaß von "Land Grabbing" seit der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 überrascht und konnten erst im Nachhinein Überlegungen zur Regulierung anstellen. Die öffentliche Meinung und die Medien waren wesentlich schneller (siehe Reuters 2009), zeigten Ablehnung gegenüber "Land Grabbing". Die Reaktionen der AkteurInnen sind auch als Antwort auf eine kritische Weltöffentlichkeit zu interpretieren.

Am deutlichsten wird die bisherige Entwicklung von den NGOs kritisiert und zwar auf gesamter Linie. Auch wenn die Entwicklungen rasant voran schreiten und daher schwer zu überblicken sind, wird von zerstörerischen bisherigen Auswirkungen ausgegangen. Laut den NGOs hatte die Übernahme von Grund und Boden katastrophale Konsequenzen auf die lokale Bevölkerung.

Beispielsweise kann damit der Zugang zu Wasser abgeschnitten werden, die Kommodifizierung der Lebensmittel schreitet voran und die Vorteile sind nicht ersichtlich. Die Versuche "Land Grabbing" zu regulieren und zu legitimieren würden zu spät kommen und ein rein taktisches und täuschendes Manöver sein um von der Finanzialisierung der Lebensmittel abzulenken.

Die internationalen Organisationen und dabei federführend die Weltbank berufen sich auf gelungene best-practice Beispiele und sahen bisher eine, wenn auch mit Vorbehalten, positive Entwicklung. Die best-practice Beispiele hätten bisher

funktioniert, weil es Zusammenarbeit von lokalen mit internationalen AkteurInnen gab. Zusammenfassend sahen die internationalen Organisationen bisher keine großen Probleme oder Gefahren von "Land Grabbing".

Der Sonderberichterstatter auf angemessene Ernährung ist da schon vorsichtiger, auch in seiner Wortwahl. Er sieht Gefahren, aber auch Chancen in der bisherigen Entwicklung. Diese Differenzierung ist daher besonders zu betonen. Er steht Auslandsdirektinvestitionen in der Landwirtschaft positiv gegenüber, sieht das Potential, lehnt aber „Land Grabbing“, im Sinn der unerlaubten und nicht regulierten Landnahme, ab.

Wie wird „Entwicklung“ überhaupt definiert und wie soll diese erreicht werden?

Im Diskurs rund um "Land Grabbing" lassen sich viele entwicklungstheoretische Standpunkte erkennen, auch wenn diese nicht immer explizit werden. Sowohl die internationalen Organisationen als auch der Sonderberichterstatter sehen Entwicklung als Verbesserung der Lebensumstände, orten in Afrika südlich der Sahara Entwicklungsbedarf und stehen dem Konzept der Entwicklung positiv gegenüber. Beide weisen auf Erfolge in der bisherigen Entwicklungspolitik hin und begründen diese mit der Teilnahme von unterentwickelten Ländern am Weltmarkt. Die Ansichten des Sonderberichterstatters lassen sich nicht eindeutig in eine Denkschule einordnen, er nimmt etwa Anleihen an der Grundbedürfnisstrategie. Entwicklung soll in erster Linie über Achtung der Menschenrechte stattfinden, und somit auch auf sozialer und ökologischer Ebene. Die internationalen Organisationen definieren Entwicklung schon deutlicher und lehnen sich an neoliberale Entwicklungstheorien an. Die Weltbank als leitender Herausgeber befürwortet etwa die Strukturanpassungsprogramme und definiert den Entwicklungsbegriff hauptsächlich als wirtschaftliches Nachholen durch unterentwickelte Staaten. Ganz im Gegenteil dazu stehen die NGOs mit einer Entwicklungsdefinition die nahe an den Post-Development Ansätzen ist. Sie lehnen die Entwicklung von „Außen“ ab, kritisieren den herrschenden Ethnozentrismus und den hegemonialen Entwicklungsbegriff. Die internationalen Organisationen und Finanzinstitute sollen sich nicht mit Entwicklungspolitik

beschäftigen und die Länder des Südens sollen auf Eigenständigkeit und im Fall von "Land Grabbing" auf Ernährungssouveränität setzen.

Kann „Land Grabbing“ eine Entwicklungschance für Afrika sein? Wenn ja, zu welchen Bedingungen?

Auch dazu gibt es unterschiedliche Antworten. Die NGOs sehen keine Möglichkeit, dass "Land Grabbing" zur Entwicklung in Afrika beitragen könnte.

Auslandsdirektinvestitionen in einen so wichtigen Wirtschaftssektor wie der Landwirtschaft seien gerade für Afrika keine sinnvolle Maßnahme. Grund und Boden sei die Existenzgrundlage speziell für die ländliche und arme Bevölkerung Afrikas und "Land Grabbing" eine Bedrohung dieser Existenzgrundlage. Mit diesen Gefahren befasst sich auch der Sonderberichterstatter, er lehnt aber "Land Grabbing", im Sinne der Auslandsdirektinvestitionen in die Landwirtschaft, nicht grundsätzlich ab und sieht eine mögliche „win-win“ Situation. Denn speziell im Afrika südlich der Sahara gäbe es großen Entwicklungsbedarf der auch besteht, weil in der Vergangenheit die Landwirtschaft kaum Beachtung in der Entwicklungspolitik gefunden habe. Entwicklungschancen seien vorhanden und wenn ökologische und soziale Aspekte zusammen mit Land- und Ressourcenrechten gewahrt werden, können Auslandsdirektinvestition in die Landwirtschaft Afrikas durchaus Entwicklungschancen bieten. „Land Grabbing“ im Sinne der unerlaubten Landnahme lehnt der Sonderberichterstatter in jeglicher Form selbstverständlich ab und befürwortet, wenn auch mit Bedingungen, nur geregelte Auslandsdirektinvestitionen in die Landwirtschaft. Ähnlich argumentieren auch die internationalen Organisationen, auch wenn sie die gesellschaftliche Entwicklung Afrikas nicht als primäres Ziel haben und wirtschaftliche Entwicklung im Vordergrund steht. Dennoch sehen die internationalen Organisationen abseits der positiven wirtschaftlichen Effekte auch als Nebeneffekt nicht-wirtschaftliche, etwa soziale und gesellschaftliche, Entwicklungschancen für durch "Land Grabbing" entwickelte Staaten Afrikas.

Welche Auswirkungen können und sollen Investitionen auf lokaler Ebene haben?

Es würde den Rahmen sprengen, hier alle Auswirkungen aufzuzählen. Interessant ist ob diese Auswirkungen tendenziell eher negativ oder positiv bewertet werden. So gehen die internationalen Organisationen von positiven und für die Entwicklung förderlichen Auswirkungen auf die lokale Ebene aus. Eine bereits oftmals erwähnte „win-win“ Situation, auch für die lokale Bevölkerung. Darunter fallen Arbeitsplatzschaffung im ländlichen Raum, Technologietransfer von landwirtschaftlichem Gerät oder auch die Schaffung von lokalen Märkten. Der Sonderberichterstatter legt besonderen Wert auf das Sicherstellen von Vorteilen für die lokale Bevölkerung. Diese soll durch "Land Grabbing", in seinem Sinne der Auslandsdirektinvestitionen in die Landwirtschaft, beispielsweise an Ernährungssicherheit gewinnen und lokale Arbeitsplätze etwa in der Form von Vertragsanbau sollen entstehen. Somit werden Auswirkungen, auch wenn mögliche Nachteile erwähnt werden, ebenfalls eher positiv bewertet. Ganz im Gegenteil zu den NGOs, denn diese beurteilen die Auswirkungen von "Land Grabbing" ausschließlich negativ. Für die lokale Bevölkerung gebe es keinerlei Vorteile, denn die Gewinne würden nicht dort ankommen und soziale und ökologische Probleme auf lokaler Ebene hinterlassen.

Welche wünschenswerten und nicht wünschenswerten Normen von Entwicklung für Afrika werden verwendet bzw. konstruiert?

Die NGOs verwenden vor allem von ihnen unerwünschte und negativ konnotierte Normen von Entwicklung um "Land Grabbing" zu beschreiben (Ausbeutung, Existenzbedrohung, Ausnützung, usw.). Doch auch der angebliche „Zwang zur Entwicklung“ und somit der Entwicklungsbegriff an sich wird als unerwünschte Norm betrachtet. Dagegen wird Tradition, lokales Wissen und Abwesenheit von Technologie als wünschenswerte und in Afrika noch teilweise vorhandene Norm beschrieben. Beispielsweise ist das Vertrauen auf die lokale Tradition der Wanderweidewirtschaft eine wünschenswerte Norm und der hohe Technologieeinsatz in der Agrarindustrie eine nicht wünschenswerte Norm für die NGOs. Damit stehen sie im Kontrast zu den internationalen Organisationen und deren Konstruktion wünschenswerter Normen von Entwicklung, Modernität, Technologie und Weltwirtschaft. Das sind Normen die von Ländern des Nordens geprägt wurden. Beispielsweise wird die wünschenswerte Norm konstruiert der

wirtschaftlichen Integration von Afrika in die Weltwirtschaft und damit der globale Warenverkehr als einzige und alternativlose Wahrheit gesehen. Eine andere wünschenswerte Norm ist moderne Technologie in der Landwirtschaft und sie steht wiederum im Kontrast zur nicht wünschenswerten Norm der Abwesenheit von moderner Technologie. Der Sonderberichterstatter nimmt als Norm etwa die Menschenrechte her, geht in seinem Entwicklungsbegriff aber auch von Normen der Länder des Nordens aus, etwa von den Vorteilen eines globalen Marktes für Nahrungsmittel. Der entwicklungspolitische Diskurs rund um "Land Grabbing" ist somit geprägt von konstruierten Wahrheiten über Länder des Südens und geprägt ebenso von angeblich unumstrittenen Normen. Einzig die NGOs von Text No. 3a und 3b hinterfragen die hegemonialen Konzepte von Entwicklung, versuchen sich an einer Kritik und am Begründen von Alternativen.

Wie ist die Rolle der AkteurInnen im entwicklungspolitischen Diskurs zu bewerten?

Die heftigen und umfangreichen Reaktionen auf die RAI der internationalen Organisationen lassen sich auch so interpretieren, dass diese Gruppe von AkteurInnen als besonders bedeutend eingeschätzt wird. Denn obwohl die RAI freiwillige Prinzipien sind und ein Schlüsseltext des Diskurses, wurden sie etwa von NGOs deutlich abgelehnt. Diese müssen sich international Gehör verschaffen, kämpferisch argumentieren und zu Gruppen zusammenschließen um eine mächtige Position im Diskurs zu erhalten. Eine Position, die den internationalen Organisationen und auch dem Sonderberichterstatter aufgrund ihrer Machtposition zugesichert scheint. Die internationalen Organisationen und damit die Weltbank und der Internationale Währungsfond scheinen in ihrer Machtposition als bedeutende AkteurInnen unumstritten. Denn diese unumstrittene Rolle wird auch durch die Erwähnung und Kritik durch die NGOs so weitergeführt, wenn auch die NGOs andere Ansätze verfolgen. Die NGOs sind somit gewissermaßen die „underdogs“, die kampflustigen Außenseiter mit der Rolle, den Unterdrückten eine Stimme zu geben. Das schafft Sympathie und öffentliche Aufmerksamkeit für die Außenseiter und somit können sie auch als bedeutende AkteurInnen bezeichnet werden.

Welche entwicklungspolitischen Ansätze und Argumentationen kennzeichnen den Diskurs rund um Investitionen im Agribusiness in Afrika?

Die Ansätze und Argumentationen deuten auf sehr unterschiedliche entwicklungspolitische Grundpositionen hin. Der Diskurs ist somit von Vielfalt geprägt und damit von starken Kontrasten, etwa in der Frage der Strukturvorstellung von Landwirtschaft. Während mancheR AkteurIn großstrukturliche Landwirtschaft fordert und das mit dem Entwicklungsziel der Ernährungssicherheit begründet, setzen andere AkteurInnen auf Rückbesinnung auf traditionelle und kleinstrukturliche Landwirtschaft und begründen das ähnlich mit der Wahrung von Ernährungssouveränität. Zumindest in dem in dieser Arbeit analysiertem Ausschnitt des Diskurses zeigt sich somit durchaus ein „Ende der großen Theorien“. Die analysierten AkteurInnen begründen nicht monokausal, sondern mit Bedacht auf viele Gründe, die Länder des Südens treten als AkteurInnen auf und man ist sich den vielfältigen Wechselwirkungen und Verschränkungen bewusst. So bleibt ein höchst kontroversieller Diskurs, aktuell und dramatisch, wobei deutlichere Positionen und auch klare Prinzipien wie mit „Land Grabbing“ umzugehen ist, erst gefunden werden müssen.

6. Fazit und Ausblick

Der Diskurs rund um „Land Grabbing“ ist gekennzeichnet von höchst unterschiedlichen Annahmen über die Realität. Im Sinne der Kritischen Diskursanalyse sollen diese Realitäten hinterfragt werden und ihr ideologischer Hintergrund offengelegt werden. Die unterschiedlichen Annahmen sind geprägt von oft konträren Positionen der AkteurInnen und führen zu einem regelrechten Kampf der Diskurse. Das zeigt sich schon bei der Bezeichnung für das wachsende Interesse an großen Agrarflächen in Afrika. Während die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) (GCAR et al. 2010; CECCAM et al. 2011) kämpferisch, dramatisch und medienwirksam den negativ konnotierten Begriff „Land Grabbing“ (dt. Landnahme, auch „das Greifen nach Land“) verwenden, vermeiden die internationalen Organisationen (FAO et al. 2010) und der Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessene Ernährung (DE SCHUTTER 2009) diese Bezeichnung. Sie sprechen euphemistisch von „Auslandsdirektinvestitionen in die Landwirtschaft“ und „großstrukturliche Agrarinvestitionen“. Sowohl die NGOs auf der einen Seite als auch die internationalen Organisationen/der Sonderberichterstatter auf der anderen Seite lehnen die jeweils andere Bezeichnung ab, bestätigen damit sich selbst in der Wortwahl und kämpfen um die Bedeutungshoheit der jeweiligen Bezeichnung. Ähnlich ist der Kampf der Diskurse auch bei der grundlegenden Einschätzung von „Land Grabbing“. So gehen die internationalen Organisationen rund um FAO und Weltbank grundsätzlich von einer „win-win“ Situation aus, also von Vorteilen für alle AkteurInnen. Genau das bezweifeln die NGOs und sehen ausschließlich Risiken und Ausbeutung. Das ergibt geradezu eine binäre Differenzierung im Diskurs zwischen den entgegengesetzten Polen „gut“ und „schlecht“ mit den Argumenten „von uns“ und „von den Anderen“.

Die Gräben zwischen den unterschiedlichen Diskurspositionen sind also tief. Hinter den grundlegenden Annahmen stecken ideologische Vorstellungen. Beispielsweise die Vorstellungen von Entwicklung, die laut den NGOs erreicht werden kann indem die Länder des Südens Ernährungssouveränität anstreben, auf traditionelle kleinstrukturliche Landwirtschaft setzen und dem „Zwang

Weltmarkt“ entsagen. Die internationalen Organisationen propagieren die Inklusion der Länder des Südens in den Weltmarkt und befürworten Technologietransfer, Produktivitätssteigerung und Arbeitsplatzbeschaffung durch die investierenden Länder. Die Diskursposition des Sonderberichterstatters ist irgendwo dazwischen einzuordnen. Er geht wie die internationalen Organisationen auch von „benefit-sharing“ und einer „win-win“ Situation aus, befürwortet Entwicklungspolitik etwa durch wirtschaftliche Inklusion, sieht aber konkrete, wenn auch lösbare, Herausforderungen für das Menschenrecht auf angemessene Ernährung. Diese Differenzierung lässt sich auf andere Diskursstränge anwenden. Am Beispiel der Land- und Ressourcenrechte: Sollen diese auf einem (Welt-)Markt handelbar sein oder soll es ein (Menschen-)Recht der ländlichen Bevölkerung auf ernährungssichernde Landwirtschaft geben? Dahinter verbergen sich unterschiedliche entwicklungspolitische Ansätze und Argumentationen. Während die NGOs Entwicklung bezeichnen als Verbesserung der sozialen Situation der Menschen in den Ländern des Südens, gehen die internationalen Organisationen von Verbesserung der ökonomischen Stellung aus. Erreicht werden soll das durch Prinzipien, Vorschläge und Verhaltensregeln. Die internationalen Organisationen und der Sonderberichterstatter mussten auf die dramatischen Entwicklungen v.a. in Afrika nach der Lebensmittelpreiskrise 2007/2008 und die schlechte öffentliche Meinung reagieren, sahen ihre Machtposition als bedeutende entwicklungspolitische Instanz gefährdet und reagierten mit ihren Vorschlägen. Darauf reagierten wiederum die NGOs und lehnten die RAI kämpferisch ab. Es zeigt sich also eine Bewegung von Aktion, Reaktion und erneuter Reaktion. Die von den internationalen Organisationen vorgeschlagenen Prinzipien sind freiwillig, basieren auf selektiven best-practice Beispielen und allgemeinen Verhaltensvorschlägen zu nachhaltigem unternehmerischem Handeln. Genau diese Freiwilligkeit kritisieren die NGOs als zahnlos und fordern dagegen das Verbot von „Land Grabbing“. Auch hier zeigen sich wieder die unterschiedlichen Grundannahmen für Investitionen nach den multiplen Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die internationalen Organisationen setzen auf technische und rechtliche Lösungen, der Sonderberichterstatter auf Lösung durch Wahrung des Menschenrechts auf Nahrung und die NGOs setzen auf den Rückgriff auf traditionelle und kleinstrukturliche Landwirtschaft.

Die AkteurInnen im Diskurs befinden sich also im Kampf um Bedeutungshoheit und um Macht. Das gilt, wie die Analyse gezeigt hat, gleichermaßen für die internationalen Organisationen, den Sonderberichterstatter und die NGOs. Alle AkteurInnen müssen sich behaupten, denn ihre jeweilige Machtposition im Diskurs ist nicht gefestigt. Selbst die angesehen internationalen Organisationen müssen laufend auf Kritik der Medien und der NGOs reagieren und sind bei weitem nicht unumstritten. Denn die Zivilgesellschaft, die kritischen Medien und vielleicht auch vermehrt die Geographie werden in Zukunft einen genauen Blick auf den entwicklungspolitischen Diskurs rund um „Land Grabbing“ werfen. Das alles geschieht während in den Ländern des Südens, vor allem in Afrika, Agrarflächen von ausländischen Investoren gekauft oder gepachtet werden, Ernten eingefahren werden und auf den Export in Länder des Nordens warten. Nahrungsmittel werden für Agrartreibstoffe verwendet, Lebensmittel werden auf den Börsen der Länder des Nordens weiterhin gehandelt und die Suche nach Agrarland geht weiter. Während Millionen AfrikanerInnen jeden Tag hungern, scheint es ein Luxusproblem zu sein sich mit Diskursen zu beschäftigen. Die Lösung der entwicklungspolitischen Herausforderungen ist brisant wie nie zuvor und konnte durch dieses Forschungsprojekt selbstverständlich nicht gelöst werden. Aber es konnte ein Einblick gewonnen werden in die geführten Diskurse rund um „Land Grabbing“. Die grundlegenden Ansätze und Argumentationen der AkteurInnen sind höchst unterschiedlich, ob sie „richtig“ und entwicklungsfördernd sind, bleibt abzuwarten.

7. Literaturverzeichnis

ALTVATER E. und GEIGER M. (2011): Die Mehrfachkrise: warum Land knapp und immer wichtiger wird. – In: EXNER A., FLEISSNER P., KRANZL L. und ZITTEL W. (Hrsg.): Kämpfe ums Land. Gutes Leben im postfossilen Zeitalter. – Wien, 8-44.

ANSEUWW W., BOCHE M., BREU T., GIGER M., LAY J., MESSERLI P. und NOLTE K. (2012): Transnational Land Deals for Agriculture in the Global South. Analytical Report based on the Land Matrix Database. CDE, CIRAD, GIGA. – Bern u.a.

AUFHAUSER E. (2006²): überBevölkerung und unterEntwicklung. Diskurse um Bevölkerungspolitik. – In: FISCHER K., HÖDL G., MARAL-HANAK I. und PARNREITER C. (Hrsg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. – Wien, 217-235.

BELINA B. und DZUDZEK I. (2009): Diskursanalyse als Gesellschaftskritik – Ideologiekritik und Kritische Diskursanalyse. – In: GLASZE G. und MATTISSEK A. (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. – Bielefeld, 129-152.

BEYENE A. (2011): Smallholder-led transformation towards biofuel production in Ethiopia. – In: MATONDI P.B., HAVNEVIK K. und BEYENE A. (Hrsg.): Biofuels, land grabbing and food security in Africa. – London und New York, 90-105.

BRAUN J. VON und MEINZEN-DICK R. (2009): "Land Grabbing" by Foreign Investors in Developing Countries: Risks and Opportunities. IFPRI Policy Brief 13; online April 2009, <http://www.ifpri.org/sites/default/files/publications/bp013all.pdf> (14.12.2013).

CECCAM (Centro de Estudios para el Cambio en el Campo Mexicano, Study Centre for Change in the Mexican Countryside), FIAN International, Focus on the Global South, Friends of the Earth International, Global Campaign on Agrarian Reform, GRAIN, La Via Campesina, Land Research Action Network, Rede Social de Justicia e Direitos Humanos (Social Network for Justice and Human Rights) und World Forum of Fisher Peoples (Hrsg.) (2011): It's time to outlaw land grabbing, not to make it „responsible“!; online 17.04.2011, <http://www.grain.org/e/4227> (24.09.2013).

COTULA L., VERMEULEN S., LEONARD R. und KEELEY J. (2009): Land grab or development opportunity? Agricultural investment and international land deals in Africa. IIED, FAO, IFAD. – London und Rom.

DE SCHUTTER O. (2009): Large-scale land acquisitions and leases: A set of minimum principles and measures to address the human rights challenge. Report of the United Nations Special Rapporteur on the right to food; online 28.12.2009, http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20100305_a-hrc-13-33-add2_land-principles_en.pdf (24.09.2013).

DEININGER K. und BYERLEE D. (2011): Rising global interest in farmland: Can it yield sustainable and equitable benefits? The World Bank. – Washington D.C.

ESCOBAR A. (2008 [1992]): Die Hegemonie der Entwicklung. – In: FISCHER K., HÖDL G. und SIEVERS W. (Hrsg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. – Wien, 264-277.

EXNER A. (2011): Land Grabbing: die große Enteignung. – In: EXNER A., FLEISSNER P., KRANZL L. und ZITTEL W. (Hrsg.): Kämpfe ums Land. Gutes Leben im postfossilen Zeitalter. – Wien, 130-169.

EXNER A., FLEISSNER P., KRANZL L. und ZITTEL W. (Hrsg.) (2011): Kämpfe ums Land. Gutes Leben im postfossilen Zeitalter. – Wien.

FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), IFAD (International Fund for Agricultural Development), UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) und The World Bank (Hrsg.) (2010): Principles for Responsible Agricultural Investment that Respects Rights, Livelihoods and Resources. Discussion Note, Extended Version; online 25.01.2010, http://siteresources.worldbank.org/INTARD/214574-1111138388661/22453321/Principles_Extended.pdf (24.09.2013).

Farmlandgrab (Hrsg.) (o.J.): Farmlandgrab; <http://farmlandgrab.org> (25.12.2013).

FIAN International (Hrsg.) (o.J.): Who We Are; <http://www.fian.org/about-us/who-we-are/> (25.12.2013).

FISCHER G. und SHAH M. (2010): Farmland Investments and Food Security – Washington, DC.

FISCHER K., HÖDL G., MARAL-HANAK I. und PARNREITER C. (Hrsg.) (2006a²): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. – Wien.

FISCHER K., HÖDL G., MARAL-HANAK I. und PARNREITER C. (2006b²): Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? – In: FISCHER K., HÖDL G., MARAL-HANAK I. und PARNREITER C. (Hrsg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. – Wien, 13-54.

FISCHER K., HÖDL G. und SIEVERS W. (Hrsg.) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. – Wien.

FLICK, U. (2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. – Reinbeck bei Hamburg. (= Rowohlt's Enzyklopädie).

FOUCAULT, M. (1997 [1969]): Archäologie des Wissens. – Frankfurt/M.

FRANK A.G. (2008 [1966]): Die Entwicklung der Unterentwicklung. – In: FISCHER K., HÖDL G. und SIEVERS W. (Hrsg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. – Wien, 148-167.

GEBHARDT H., GLASER R., RADTKE U. und REUBER P. (Hrsg.) (2011²): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. – Heidelberg.

GCAR (The Global Campaign for Agrarian Reform Land Research Action Network), FIAN International, Focus on the Global South, La Via Campesina und Social Network for Justice and Human Rights (REDE SOCIAL) (Hrsg.) (2010): Why we oppose the Principles for Responsible Agricultural Investment (RAI); online Oktober 2010, <http://viacampesina.org/en/images/stories/pdf/whyweopposerai.pdf> (24.09.2013).

GLASZE G. und MATTISSEK A. (Hrsg.) (2009a): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. – Bielefeld.

GLASZE G. und MATTISSEK A. (2009b): Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. – In: GLASZE G. und MATTISSEK A. (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. – Bielefeld, 11-59.

GRAIN (Hrsg.) (o.J.): Organisation; <http://www.grain.org/pages/organisation> (25.12.2013).

HOLDEN J. und PAGEL M. (2013): Transnational land acquisitions. What are the drivers, levels, and destinations, of recent transnational land acquisitions?; online 04.03.2013, <https://partnerplatform.org/?azrv33t9> (14.12.2013).

JÄGER S. (2001): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse – In: KELLER R., HIRSELAND A., SCHNEIDER W. und VIEHÖVER W. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. – Opladen, 81-112.

JÄGER S. (2004⁴): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. – Münster. (= Edition DISS 3).

JÄGER J. und NOVY A. (2006²): Wissenschaft und Entwicklungspolitik. Politische Konsequenzen von Entwicklungstheorien. – In: FISCHER K., HÖDL G., MARAL-HANAK I. und PARNREITER C. (Hrsg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. – Wien, 159-176.

KELLER R. (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse. – In: KELLER R., HIRSELAND A., SCHNEIDER W. und VIEHÖVER W. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. – Opladen, 113-143.

KELLER R. (2005): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. – Wiesbaden.

KELLER R. (2007a³): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. – Wiesbaden. (= Qualitative Sozialforschung 14).

KELLER R. (2007b): Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung. – In: Forum Qualitative Sozialforschung 8 (2), Artikel 19, 46 Absätze; <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702198> (27.09.2013).

KELLER R., HIRSELAND A., SCHNEIDER W. und VIEHÖVER W. (Hrsg.) (2001): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. – Opladen.

KELLER R., HIRSELAND A., SCHNEIDER W. und VIEHÖVER W. (Hrsg.) (2004²): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. – Wiesbaden.

KOLLAND F. (2006²): Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. – In: FISCHER K., HÖDL G., MARAL-HANAK I. und PARNREITER C. (Hrsg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. – Wien, 79-104.

La Via Campesina (Hrsg.) (2011): Organisation. The international peasant's voice; online 09.02.2011, <http://www.viacampesina.org/en/index.php/organisation-mainmenu-44> (25.12.2013).

La Via Campesina, FIAN, Land Research Action Network und GRAIN (Hrsg.) (2010): Stop land grabbing now!; online 22.04.2010, <http://farmlandgrab.org/12200> (25.12.2013).

MATONDI P.B., HAVNEVIK K. und BEYENE A. (Hrsg.) (2011): Biofuels, land grabbing and food security in Africa. – London und New York.

MATTISSEK A. (2007): Diskursanalyse in der Humangeographie - „State of the Art“. – In: Geographische Zeitschrift 95 (1+2), 37-55.

Ministry of Foreign Affairs of Japan (Hrsg.) (2009a): Promoting Responsible International Investment in Agriculture: Roundtable concurrent with the 64th United Nations General Assembly; online 29.09.2009, <http://www.mofa.go.jp/policy/economy/fishery/agriculture/investment.html> (25.12.2013).

Ministry of Foreign Affairs of Japan (Hrsg.) (2009b): Promoting Responsible International Investment in Agriculture: Roundtable concurrent with the 64th United Nations General Assembly. Chair's Summary; online 29.09.2009, <http://www.mofa.go.jp/policy/economy/fishery/agriculture/summary0909.pdf> (25.12.2013).

PARENTI C. (2011): Die Welt in einem Laib Brot. Ein Lehrstück über unser tägliches Grundnahrungsmittel. – In: Le Monde diplomatique, 09.09.2011, 9594.

Parson T. (1951): The Social System. – New York.

PETERS E.D. (2006²): Neoliberalismus und exportorientierte Industrialisierung. – In: FISCHER K., HÖDL G., MARAL-HANAK I. und PARNREITER C. (Hrsg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. – Wien, 125-142.

POTTER R.P., BINNS T., ELLIOTT J.A. und SMITH D. (2004²): Geographies of development. – Harlow u.a.

PREBISCH R. (2008 [1964]): Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer. – In: FISCHER K., HÖDL G. und SIEVERS W. (Hrsg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. – Wien, 131-146.

REUBER P. und PFAFFENBACH C. (2005): Methoden der empirischen Humangeographie. – Braunschweig. (= Das Geographische Seminar).

Reuters (Hrsg.) (2009): Daewoo finds African land is a risky business; online 20.03.2009, <http://www.reuters.com/article/2009/03/20/africa-land-idUSLJ18138720090320> (14.12.2013).

ROSENSTEIN-RODAN P.N. (2008 [1944]): Die internationale Entwicklung ökonomisch rückständiger Gebiete. – In: FISCHER K., HÖDL G. und SIEVERS W. (Hrsg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. – Wien, 27-38.

ROSTOW W.W. (2008 [1960]): Die fünf Wachstumsstadien. Eine Zusammenfassung. – In: FISCHER K., HÖDL G. und SIEVERS W. (Hrsg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. – Wien, 40-52.

SCHOLZ F. (2004): Geographische Entwicklungsforschung. – Berlin und Stuttgart. (= Studienbücher der Geographie).

SPIESS C. (2013): Texte, Diskurse und Dispositive. Zur theoretisch-methodischen Modellierung eines Analyserahmens am Beispiel der Kategorie Schlüsseltext. – In: ROTH K.S. und SPIEGEL C. (Hrsg.): Angewandte Diskurslinguistik. Felder, Probleme, Perspektiven. – Berlin, 17-42.

STRÜVER A. (2009): Grundlagen und zentrale Begriffe der Foucault'schen Diskurstheorie. – In: GLASZE G. und MATTISSEK A. (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. – Bielefeld, 61-81.

The Journal of Peasant Studies 40 (3) (Hrsg.) (2013): Special Issue: JPS Forum on Global Land Grabbing Part 2: on methods. – o.O.

The World Bank (Hrsg.) (o.J.): What We Do; <http://www.worldbank.org/en/about/what-we-do> (25.12.2013).

The World Bank (Hrsg.) (2010): Protecting land rights is key to successful large-scale land acquisitions; online 07.09.2010, <http://go.worldbank.org/OAV3EK4F00> (25.12.2013).

TOULMIN S.E. (1958): Der Gebrauch von Argumenten. – Weinheim. – Zitiert in: GEBHARDT H., GLASER R., RADTKE U. und REUBER P. (Hrsg.) (2011²): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. – Heidelberg.

UNCTAD (Hrsg.) (2013): Inward and outward foreign direct investment flows, annual, 1970-2012; online 24.07.2013, <http://unctadstat.unctad.org> (12.12.2013).

United Nations (Hrsg.) (o.J.): Structure and Organization; <http://www.un.org/en/aboutun/structure/> (25.12.2013).

United Nations Special Rapporteur on the Right of Food (Hrsg.) (o.J.a): Special rapporteur – Curriculum Vitæ; <http://www.srfood.org/images/stories/pdf/otherdocuments/cv-odsen-30-8-2012.pdf> (25.12.2013).

United Nations Special Rapporteur on the Right of Food (Hrsg.) (o.J.b): Special rapporteur – Olivier De Schutter; <http://www.srfood.org/en/special-rapporteur> (25.12.2013).

WALDSCHMIDT A. (2004²): Der Humangenetik-Diskurs der Experten: Erfahrungen mit dem Werkzeugkasten der Diskursanalyse. – In: KELLER R., HIRSELAND A., SCHNEIDER W. und VIEHÖVER W. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. – Wiesbaden, 147-168.

WEBER M. (1905): Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus. – In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 20 (1), 1-54 und 21 (1), 1-110.

WEINGÄRTNER L. und TRENTMANN C. (2011): Handbuch Welternährung. – Frankfurt am Main.

WHITE B., BORRAS S.M., HALL R., SCOONES I. und WOLFORD W. (2012): The new enclosures: critical perspectives on corporate land deals. – In: The Journal of Peasant Studies 39 (3-4), 619-647; DOI: 10.1080/03066150.2012.691879.

8. Anhang

8.1. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Preissteigerung der Grundnahrungsmittel von Jänner 2003 bis Oktober 2008 (Quelle: COTULA et al. 2009: 52).....	33
Abbildung 2: Wachstum von Auslandsdirektinvestitionen im Afrika südlich der Sahara in Millionen US\$ zwischen 1970 und 2012 (Datengrundlage: UNCTAD 2013; eigene Darstellung).....	36
Abbildung 3: Anzahl der „Land Grabs“ in der weltweiten Landwirtschaft 2000-2010 (Quelle: ANSEUWW et al. 2012: 6).....	37
Abbildung 4: Flächenverfügbarkeit und Potential für steigende Erträge (Quelle: DEININGER und BYERLEE 2011: xxxvi; Datengrundlage: FISCHER und SHAH 2010) ..	39
Abbildung 5: Verteilung zwischen Lebensmittel und Agrartreibstoffe bei Fläche und Preis. Fünf Staaten, 2004-2009 (Quelle: COTULA et al. 2009: 51).....	40
Abbildung 6: Anzahl der „Land Deals“ nach ihrer Verwendung für den Export, für den Binnenkonsum oder für beides (Quelle: ANSEUWW et al. 2012: 35)	40
Abbildung 7: Analyseschema nach TOULMIN (Quelle: TOULMIN 1958. – Zitiert in GEBHARDT et al. 2011 ² : 180; eigene Darstellung).....	61
Abbildung 8: Argumentationsschema zu Text No. 1 (Quelle: eigene Darstellung) ..	94
Abbildung 10: Argumentationsschema zu Text No. 3a (Quelle: eigene Darstellung)	98

8.2. Abstract, deutsch

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sorgte eine Vielzahl von Krisen für wachsendes Interesse an großen Agrarflächen in Afrika. Diese oft als „Land Grabbing“ bezeichnete Entwicklung ist höchst umstritten und die entwicklungspolitischen Ansätze und Argumentationen der AkteurInnen unterscheiden sich stark. Die Kritische Diskursanalyse dieser entwicklungspolitischen Diskurse rund um „Land Grabbing“ zeigt die sprachlich-rhetorischen und inhaltlich-ideologischen Argumentationen von einigen Schlüsseltexten. Die internationalen Organisationen rund um die Weltbank befürworten „Land Grabbing“, sehen Entwicklungschancen und Vorteile für alle Beteiligten. Dahinter steckt eine Entwicklungsideologie mit dem Ziel der wirtschaftlichen Inklusion der unterentwickelten Länder. Der Sonderberichterstatte für das Recht auf angemessene Ernährung argumentiert vorsichtiger, sieht Chancen für Auslandsdirektinvestitionen in die Landwirtschaft,

allerdings auch konkrete Gefahren für die betroffene Bevölkerung. Sein Entwicklungsverständnis ist stark geprägt von der Wahrung der Menschenrechte und der Erfüllung von Grundbedürfnissen. Einige Nichtregierungsorganisationen verurteilen die bisherige Entwicklung, sehen keinerlei Vorteile und grenzen sich stark von anderen AkteurlInnen im Diskurs ab. Sie propagieren Ernährungssouveränität und kleinstrukturliche Landwirtschaft. Die unterschiedlichen Grundannahmen über Entwicklungspolitik sorgen für einen Kampf um Bedeutungshoheit und um Macht im Diskurs.

8.3. Abstract, englisch

At the beginning of the 21st century a multiple crisis caused a growing interest in large-scale agricultural investment in Africa. This development, often named „Land Grabbing“, is highly controversial and the development approaches and argumentations differ between the stakeholders. The Critical Discourse analysis of the development discourses concerning „Land Grabbing“ reveals linguistic-rhetorical and content-ideological argumentations of a few key texts. The international organisations around The World Bank are in favour of „Land Grabbing“ and they see positive aspects for all stakeholder concerning development. This ideology of development is characterised by economic inclusion of underdeveloped countries. The special rapporteur on the right to food argues with caution, perceives benefits of foreign direct investment into agriculture as well as specific dangers for the local population. His ideological background shows a predominance of ensuring the human rights as well as the basic human needs. Some non-governmental organisations condemn the current development, they see no advantages and distinguish themselves from other stakeholders. They propagate food sovereignty and small-scale agriculture. The different basic assumptions concerning development policy causes a battle over the meaning and over power in this discourse.

8.4. Beispiele aus der Feinanalyse

8.4.1. Text No. 1: DE SCHUTTER 2009

N r.	Text	Text- "Oberfläche"	Sprachlich- rhetorische Mittel	Inhaltlich- ideologische Aussagen
7	Three provisos are in order. First, the debate on large-scale land acquisitions or leases, which this addendum seeks to inform, should not distract us from acknowledging that, to a large extent, the rush towards farmland in developing countries is the result of our own failures. We have failed in the past to adequately invest in agriculture and rural development in developing countries, particularly sub-Saharan Africa. We have failed to promote means of agricultural production which do not deplete the soils and exhaust groundwater reserves. And we are failing today to establish well-functioning and more reliable global markets for agricultural commodities. It would be unjustifiable to seek to better regulate agreements on large-scale land acquisitions or leases, without addressing also, as a matter of urgency, these circumstances which make such agreements look like a desirable option.	Vorbehalt #1: Bisheriges Fehlen von Entwicklungshil- fe für LW in Afrika AS: Eingestehen von Fehlern als Begründung von aktueller Entwicklung von LG	Akteursbezeichn- ung „wir“ (wer gemeint? zB SR, UN, westliche Welt, Länder der Investoren, int. Org.), „gemachte Fehler in Entwicklungslän- dern“ (Eingeständnis von bish. Fehlern der EZA, Kontrast Norden- Süden, Westen und der Rest)	Wirtschafts- und Entwicklungsverstän- dnis: Aufgabe der westlichen Welt für Entwicklung in Entwicklungsländer zu sorgen (und in LW zu investieren)
8	Second, the Special Rapporteur has consistently insisted on the need for agricultural systems to support, as a priority, the production of food to respond to local needs. It is only to the extent that investments can improve local food security by increasing productivity and serving local markets, while avoiding an increase in inequalities of incomes in rural areas, that they are justified. It is this concern for local food security that guides, in particular, principle 8 of the set of principles listed in the annex to this report.	Vorbehalt #2: Beachtung lokaler Bedürfnisse hinsichtlich ES. AS: Bedeutung der lokalen Lösungen für Entwicklungshil- fe herausstreich- en		Wirtschaft: Investitionen erhöhen die Ernährungsmittelsich- erheit durch gesteigerte Produktivität, das Bedienen von lokalen Märkten und dem Vermeiden von Einkommensuntersc- hieden.
9	Third, the Special Rapporteur insists on the fact that the principles listed in the annex are minimum principles. This means that a large-scale investment in land will not necessarily be justified even though it may comply with the various principles listed. Indeed, these principles call for governments to carefully examine the opportunity costs involved in ceding land to an investor (principle 1); to examine alternatives to agreements that have an impact on land tenure (principle 4); and to perform a participatory impact assessment prior to the conclusion of such agreements (principle 9). In the vast majority of cases of large-scale investments examined by the Special Rapporteur, the benefits of the investment (in terms of creation of infrastructure, marketing opportunities, and access to credit) could be achieved — and work for the benefit of both the investor and the producer — by the use of other business models such as contract farming, without any change being made to the rights over the land. Such alternatives should be explored prior to any shift in rights over the land. Unless such alternatives are prioritized, the development of large-scale land acquisitions or leases will result in nothing less than an agrarian counter-reform; such a consequence would be completely unacceptable and run directly counter to the realization of the right to food, further marginalizing the communities that depend on access to land for their livelihoods.	Vorbehalt #3: Die Prinzipien sind Minimalstandar- ds, Alternativen müssen immer und schon vor Investments beachtet werden. AS: Zu der Funktion der vorgeschlagen- en Minimalprinzipi- en, Ausschließen von Gefahren und Fehlern	Vorteile (engl. benefits, hauptsächlich wirtschaftliche Vorteile werden erwähnt), Szenarium der möglichen Gegensätze (Wenn nicht über Alternativen nachgedacht wird, bedeutet LG agrarische Gegenreform; „further marginalizing“: bereits bestehende Probleme werden dann weitergeführt)	Vorteile sind für alle (!) möglich, mit gleichem Ausmaß (etwa: Wenn LG korrekt gemacht wird ist es für alle vorteilhaft)

8.4.2. Text No. 2: FAO et al. 2010

Nr.	Text	Text-“Oberfläche“	Sprachlich-rhetorische Mittel	Inhaltlich-ideologische Aussagen
69	RESPONSIBLE AGRO-ENTERPRISE INVESTING Principle 5: Investors ensure that projects respect the rule of law, reflect industry best practice, are viable economically, and result in durable shared value. As key players in this sensitive arena, investors have a special responsibility to apply high standards in the design and execution of their projects. Economic viability, which in turn rests on technical feasibility, is a precondition for the generation of benefits that can then be distributed among shareholders and cooperating stakeholders. Fairly assessing likely viability, and then taking steps to make sure it is achieved, are both in the interest of all involved, not just the private investor. Where the resources in question are publicly owned, or if other public assets such as tax breaks and complementary infrastructure are being offered as incentives, cognizant governmental agencies have an obligation to carefully check the feasibility analysis to ensure that host countries, affected communities, and local stakeholders are all likely to benefit. National or regional bodies may have to assist states, provinces or municipalities that are technically unable to review major projects proposed within their jurisdiction. On the recipient country side there is also a need to integrate the proposed enterprise into broader strategies.	Verantwortungsvoll es agroindustrielles Investment: Wirtschaftliche Rentabilität als Grundlage für dauerhafte Verteilung von Vorteilen AS: Damit alle Vorteile haben, muss Wirtschaftlichkeit gegeben sein (Gewinne, Produktivität, Wachstum)	Implikation: Investoren („key players“) garantieren verantwortungsvoll es Investieren und überwachen dies, „economic viability“ (Implikation: Wirtschaftlichkeit ist das Wichtigste, davon abgeleitet sind alle anderen, möglicherweise positiven Effekte für Nachhaltigkeit)	Wirtschaftsverständnis (siehe auch links): Wirtschaftlichkeit als das Wichtigste, Verantwortung , Nachhaltigkeit ist nachrangig
70	As far as the investors are concerned, aside from conducting proper due diligence and project analysis, they should be expected to: (i) comply with laws, regulations, and policies applicable in the host country (and ideally with all relevant international treaties and conventions); (ii) adhere to global best practices for transparency, accountability and corporate responsibility in all sensitive areas; and (iii) strive not only to increase shareholder value but also to generate significant and tangible benefits for the project area, affected communities, and host country.	Verpflichtungen des ausländischen Investors	„ideally“ (dt. idealerweise/im Idealfall; Implikation: Wäre zwar schön, wenn nicht dann sind int. Konventionen wie etwa auch nicht so wichtig), shareholder-value	Corporate Social Responsibility Leitlinien werden betont, eigene best-practice Beispiele

8.4.3. Text No. 3a: GCAR et al. 2010

Nr.	Text	Text-„Oberfläche“	Sprachlich-rhetorische Mittel	Inhaltlich-ideologische Aussagen
18	(5) RAI Principle on economic viability and responsible agroenterprise investing: projects are viable in every sense, respect the rule of law, reflect industry best practice, and result in durable shared value. What is “economic viability”? To tailor all policies and strategies in the host country to suit foreign investors so that they can be competitive in the world market? This principle reveals the far-reaching implications of landgrabbing in terms of the political economy of the host countries.	Argumentation: Wirtschaftlichkeit wird in den RAI als ökonomischer Begriff verwendet	„economic viability“ (siehe 15/16, infrage stellen des Begriffes durch Fragesätze, Kritik und in Frage stellen des Begriffes „viable“)	Wirtschaft: RAI sind bestimmt von polit-ökonomischen Vorstellungen der Heimatländer der Investoren (hier: Anpassen von Rahmenbedingungen für den ausl. Investor um am Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein)
19	Instead of prioritizing a model of agricultural production where women, farmers/peasants, pastoralists and all small-scale food producers are at its core, in which agro-ecological forms of farming and raising livestock are supported, and through which local markets and economies are strengthened, the RAI principles give legitimacy to policies that put the government and country at the service of large investors (foreign and domestic) and the destructive model of industrial agriculture. The International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD) made very clear that this cannot be an option any longer. In light of the food and climate crises it is irresponsible to promote these kinds of investments. In human rights terms this is discriminatory and does not comply with state obligations related to realising the right to adequate food.	Industrielle Agrarwirtschaft ist zerstörend, unverantwortlich gegenüber der Umwelt, den Menschenrechten und der Ernährungssicherheit, stattdessen soll kleinstrukturelle Landwirtschaft propagiert werden. AS: Wirtschaftlichkeit wird verbunden mit maximaler Produktivitätssteigerung, aber keinerlei Nachhaltigkeit	Oppositionen gut-schlecht (etwa bei den Adjektiven „agro-ecological“-„large“, „destructive“), Verknüpfung von FDI (Distanz durch „these kind of investments“) und „food and climate crises“	Wirtschaftsverständnis: Frauen, Kleinbauern, Nomaden, kleinstrukturelle Produzenten, agro-ökologisch, lokale Märkte und Ökonomien. Wahrheit: Industrielle Landwirtschaft ist unverantwortlich in Zeiten der Lebensmittel- und Klimakrise
20	The economic viability of an agro-industry and agro-industries that respect the rule of law and follow industry “best” practices do not necessarily result in processes and outcomes that advance the interests of project affected peoples and communities. In fact, there are endless examples where we see economically viable agro-enterprises that respect the rule of law, but which in varying degrees, have resulted in the dispossession of poor people/communities and/or the adverse incorporation of the latter in the emerging agribusiness enclaves. Viable economic businesses are not to be equated to viable welfare of the working poor or to the realisation of their economic, social and cultural rights.	Wirtschaftlichkeit und „best practice“ muss nicht im Interesse der lok. Bevölkerung liegen AS: Ökonomische Kriterien sind nicht gleichgestellt mit sozialen Kriterien	Anführungszeichen bei „best“ (siehe 15), Oppositionspaar	Wahrheit: Beispiele (ohne Quellenangabe) von Investitionen die wirtschaftliche und gesetzeskonform waren, aber negative soziale Effekte hatten. Wirtschaft: Realisierung von Wohlstand, ökonomischer, sozialer und kultureller Rechte der arbeitenden Armen.

8.5. Lebenslauf

Persönliche Angaben

Herr Clemens Pöschko	Geburtsdatum: 15.08.1987
	Geburtsort: Linz
	Staatsangehörigkeit: Österreich

Bildungsweg

Lehramtsstudium an der Universität Wien mit den Schulfächern Englisch und Geographie/Wirtschaftskunde	10/2007 – 03/2014
Zivildienst bei pro mente in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung, Linz	09/2006 – 05/2007
Handelsakademie mit Schwerpunkt Informationstechnologie, Freistadt/Oberösterreich, Abschluss mit Matura	2001 – 2006

Studienrelevante Berufserfahrung

Sprachassistent für Deutsch in zwei Schulen, Leicester, Großbritannien	10/2012 – 05/2013
---	----------------------

Sprachkenntnisse

Deutsch	Muttersprache
Englisch	Nach GERS auf Stufe C1+, ausgezeichnet in Wort und Schrift Zertifikat: First Certificate in English, University of Cambridge
Französisch	Nach GERS auf Stufe B1, selbstständig in Wort und Schrift

Wissenschaftliche Schwerpunkte und Kompetenzen

Zertifizierung in Projektmanagement
Erfahrung in Mediation und Moderation
Pädagogische Interessenschwerpunkte: CLIL (Content and Language Integrated Learning, „Englisch als Arbeitssprache“), Globales Lernen, Projektunterricht, Neue Medien im Unterricht
ECDL – Europäischer Computer Führerschein
Sehr gute Kenntnisse in MS Office und Bildbearbeitung
